

ISS AKTUELL



Herwig Jedlaucnik (Hrsg.)

Zur strategischen Lage

Jahresbeginn 2017

Globale Akteure und internationale Organisationen



Impressum:

Medieninhaber, Hersteller, Herausgeber:

Republik Österreich / Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport
Rossauer Lände 1
1090 Wien

Redaktion:

Landesverteidigungsakademie
Institut für Strategie und Sicherheitspolitik
Stiftgasse 2a
1070 Wien

Copyright:

© Republik Österreich / Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport
Alle Rechte vorbehalten

Periodikum der Landesverteidigungsakademie

ISBN: 978-3-903121-15-7

Jänner 2017

Druck

HDruckZ-ASt Stift xxxx/17
Stiftgasse 2a
1070 Wien

Vorwort

Der Überblick zur aktuellen strategischen Lage mit Stand Anfang 2017, den wir Ihnen hiermit vorlegen, erscheint in weltpolitisch interessanten Zeiten. US-Präsident Donald Trump hat sein Amt als 45. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika angetreten und bereits für erhebliche Turbulenzen und Irritationen gesorgt. Diese letzten Entwicklungen haben wir zwar noch nicht in diese Ausgabe unserer strategischen Lage einfließen lassen können, wagen es aber dennoch eine erste Einschätzung der längerfristigen Konsequenzen für die globale und europäische Politik vorzunehmen, ohne in die aktuelle Hysterie mancher medialen Berichterstattung zu verfallen. Insbesondere präsentieren wir Ihnen aber auf den kommenden Seiten kurze Rückblicke auf die Ereignisse des vergangenen Halbjahres. Dabei sollen laufende Entwicklungen in größere Zusammenhänge gestellt, aber auch eine Einschätzung möglicher künftiger Abläufe erleichtert werden. Es geht uns nicht um eine enzyklopädische Darstellung aller Geschehnisse des vergangenen halben Jahres, sondern um eine kurze, aber prägnante Analyse und Bewertung ausgewählter Aspekte unter Berücksichtigung regionaler Zusammenhänge. Der letzte derartige Überblick erschien im Juli 2016; die einzelnen Beiträge des vorliegenden Berichts wurden Anfang Jänner 2017 fertig gestellt.

Die Leitung und Redaktion dieser Zusammenschau lag wieder in den bewährten Händen von Oberstleutnant des höheren militärfachlichen Dienstes Mag. Herwig Jedlaucnik. Ihm und allen Kollegen, die an der Erstellung dieses Überblicks beteiligt waren, gebührt unser Dank. Neben den Angehörigen des ISS (Dr. Rastislav Báčora, der derzeit dem Büro für Sicherheitspolitik dienstzugeteilt ist, Dr. Gerald Brettner-Messler, Dr. Gunther Hauser, Oberst des höheren militärfachlichen Dienstes Dr. Otto Naderer, und Dr. Felix Schneider) möchte ich Dr. Walter Posch und Dr. Gerald Hainzl (vom Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement) sowie Dr. Johannes Maerk nennen und danke allen für ihre Mitwirkung. Ganz besonderen Dank schulden wir Dr. Felix Schneider, der neben seiner wissenschaftlichen Mitwirkung, alle Beiträge - unter wie gewohnt übermäßigem Zeitdruck - lektoriert hat. Für die Administration und Verteilung sorgte wie immer Major Wolfgang Gosch.

Wie auch bisher üblich, erscheinen die einzelnen Beiträge unter der Verantwortung der jeweiligen Autoren als Wissenschaftler und repräsentieren daher ausschließlich deren persönliche Einschätzung, nicht aber irgendeine offiziöse Meinung des Ressorts oder der LVAK.

Die Mitarbeiter des ISS wünschen eine spannende Lektüre und gleich auch einen erholsamen Sommer.

Hofrat Univ.-Doz. Dr. Erwin A. Schmidl
Leiter des Instituts für Strategie und Sicherheitspolitik

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	1
Inhaltsverzeichnis.....	2
Polarisierung als dominanter Faktor strategischer Entwicklungen	4
Die Veränderung der globalen Ordnung.....	4
Integrationismus versus Nationalismus – die Polarisierung der europäischen Gesellschaften	4
Die äußeren Herausforderungen Europas	7
Die westliche Welt	10
Weltmacht USA.....	10
Barack Obama (2008-2016) – (k)ein Resümee.....	10
Intermezzo: Anmerkung (nicht nur) in eigener Sache	12
Donald Trump – das „Ende der Nachkriegswelt“?	13
Europa und die EU	16
Die Rede zur Union und der Zustand der EU.....	16
Die neue „Sicherheitsunion“	16
„EU-Armee“ bleibt Illusion	17
Die Flüchtlings- und Migrationskrise.....	19
Brexit: Der Termin für die Austrittsgespräche.....	20
Türkei: Einfrieren der Beitrittsgespräche	20
Die NATO und die transatlantischen Beziehungen	22
Die wesentlichen Ergebnisse des NATO-Gipfeltreffens in Warschau, 8. – 9. Juli 2016	22
Umsetzung der Gipfelbeschlüsse „Reassurance“	22
Erstes US-Armored Brigade Combat Team in Europa.....	23
Maritime Operationen	23
Anti-IS Koalition.....	23
Rüstungsvorhaben.....	23
Partner.....	24
Ausblick: Unsicherheiten durch den Alliierten Türkei, wachsenden Nationalismus beiderseits des Atlantiks und die kommende US-Administration	25
... und ihre Partner und Herausforderer.....	28
Russland und der zentralasiatische Raum.....	28
Russische Innenpolitik	28

Russische Außen- und Sicherheitspolitik	28
EU-Sanktionen und wirtschaftliche Entwicklung.....	30
Ausblick	31
Der indo-pazifische Raum.....	32
Indien – Pakistan: neue Eskalation des Konflikts	32
Nordkorea: Kommt 2017 der nukleare Durchbruch?.....	32
Präsident Trump: US-Bündnispolitik am Prüfstand	33
Südchinesisches Meer: Der Konflikt wird schärfer.....	34
Wie wird Trumps China-Politik aussehen?	35
Myanmar: Verfolgung der Rohingya wird zu regionalem Problem	36
Syrien und die Folgen	38
Instabil und fremd geworden: die Türkei.....	38
Vorsichtig und selbstbewußt: die Islamische Republik Iran	40
Subsahara-Afrika.....	44
Gambia als Prüfstein für das Krisenmanagement der ECOWAS.....	44
Mali –Verstärktes deutsches Engagement im internationalen Krisenmanagement	44
Nigeria – Erfolge in der Terrorbekämpfung aber gravierende wirtschaftliche Probleme.....	44
Südsudan – Präsident Kiir festigt seine Macht.....	44
Äthiopien – Ethnonationalismus als Gefahr für die Stabilität.....	45
Zimbabwe – Vorbereitung auf Post-Mugabe-Zeit	45
Lateinamerika	46
Chinas aufstrebende Rolle als Rüstungsausrüster in der Region.....	46
Marineübung IBSAMAR	46
Lateinamerikanische Friedenssicherung im Rahmen der UNO.....	47
Inter-American Defense Board (IADB).....	47
Kolumbiens Annäherung an die NATO.....	47
Schwierige Entwicklung der globalen Ökonomie in unsicheren Zeiten.....	48
Der globale Freihandel.....	49
Industriestaaten	50
Wachstumsmärkte, regionale Mächte und Schwellenländer	52
Bildnachweis	54
Autoren.....	56

Polarisierung als dominanter Faktor strategischer Entwicklungen

Die Veränderung der globalen Ordnung

Die internationalen Beziehungen befinden sich in einem Umstrukturierungsprozess. Da vor allem die nicht-westlichen Mächte weiterhin und verstärkt die Hegemonie der USA und ihrer Verbündeten ablehnen, bestätigt sich der generelle Trend zu einem konfrontativen und multipolaren globalen Umfeld. Diese Auseinandersetzungen finden einerseits zwischen den traditionellen Mächten der Post-Weltkriegsära statt, andererseits zwischen diesen und neuen Herausforderern. Konfrontationen erfolgen dabei in unterschiedlichen Konfigurationen und Gruppierungen. Die konkurrierenden Mächte versuchen, vorhandene Einflusssphären zu beherrschen bzw. solche zu schaffen.

Die USA sind dabei zwar weiterhin die einzige globale Supermacht – der Konsens, dass eine US-Hegemonie sowohl für die Welt als auch für die USA selbst positiv ist, wurde und wird jedoch nicht nur von zahlreichen anderen Staaten, sondern auch von den USA selbst zunehmend in Frage gestellt. Die globale Multipolarität wird sich somit auch dadurch verstärken, dass die USA zumindest teilweise auf die gewohnte Gestaltung der internationalen Ordnung verzichten. Sie werden vermutlich mehr als bisher Verantwortung auf ihre Verbündeten und Partner übertragen. Inwieweit sich die Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten auf die globale Lage auswirken wird, kann sicher noch nicht abschließend beurteilt werden, auch wenn manche Kommentatoren bereits den Untergang der internationalen Ordnung zu erkennen glauben.

Auch die Funktionalität und Rolle internationaler Organisationen wird aus unterschiedlichen Gründen sowohl von nicht-westlichen als auch von westlichen Staaten in Frage gestellt. Das System der Global Governance als die kooperative, multilaterale Gestaltung der Globalisierung wird tiefgreifend lahmgelegt. Neben anderen verlieren UNO, Weltbank, IWF und WTO massiv an Bedeutung. Regionale oder multilaterale Vereinbarungen werden zusehends durch wechselnde Allianzen und Vereinbarungen auf Basis nationaler Interessen ersetzt werden. Regelungen auf Basis von Macht und Interessen werden an Relevanz gewinnen – auf Kosten der von westlichen Ordnungsvorstellungen geprägten Regime des internationalen Völkerrechts. Einerseits steht damit die bisher gewohnte Einschränkung und Eindämmung (bewaffneter) Konflikte zur Disposition, andererseits wird jedoch auch die Befuerung solcher Konflikte durch Einmischung von außen reduziert. Insbesondere die äußere Einmischung vor allem aus fremden Kulturkreisen war in den vergangenen Jahren oftmals

ein ständiger Herd zusätzlicher Gewalt. Dennoch ist es mehr als fraglich, dass dies zu weniger Gewalt in nationalen und internationalen Krisen führen wird. Es ist aber zu erwarten, dass die damit verbundenen Anforderungen und Anstrengungen mehr regionaler als globaler Natur sein werden. Auch werden sowohl in der Diplomatie als auch im internationalen Krisenmanagement „Coalitions of the willing“ von größerer Bedeutung sein.

Für Österreich stellt dies eine massive Herausforderung dar, zumal es seine Sicherheitspolitik in den letzten Jahrzehnten primär von effektiven internationalen Organisationen wie UNO, OSZE oder EU abhängig gemacht hat, und – obwohl selbst nicht Mitglied – von der NATO. Nationale Anstrengungen und bilaterale Kooperationen werden somit jedoch möglicherweise auch für Österreich in den kommenden Jahren an Bedeutung gewinnen.

Kultur und Religion als zentrale Konfliktursachen

Ideologien und Weltanschauungen werden nach dem vorläufigen Ende des US-Interventionismus in den Hintergrund treten. Wir erleben stattdessen die Rückkehr eines strategischen Wettbewerbes zwischen starken Staaten mit widerstreitenden Interessen. Nationale Interessen, aber auch die religiöse Orientierung sind und werden dabei von zentraler Bedeutung sein. Die religiöse Frage ist dabei insbesondere bezüglich des Islam äußerst konfrontativ. Einerseits findet eine innerislamische Auseinandersetzung vornehmlich zwischen Sunniten und Schiiten statt sowie zwischen islamistischen und säkularistischen bzw. moderaten Kräften. Andererseits stellt sich der militante Islamismus auch gegen externe Kräfte und wird mittelfristig diesbezüglich wohl auch eine Gegenbewegung auslösen. Generell prägen die Kultur und die Identität von Kulturkreisen Auseinandersetzungen und desintegrative Prozesse. Die dominierenden Ursachen für bewaffnete Konflikte werden jedenfalls in absehbarer Zukunft vor allem kultureller Natur sein.

Kampf um Einfluss und Macht

Unsicherheiten bedingt durch den mit sich selbst beschäftigten und nach innen konzentrierten Westen und Unklarheiten über die Ziele und Möglichkeiten von Konfliktprävention und Menschenrechten führen vor allem zu einer Ausdehnung des Einflusses alternativer regionaler Mächte, insbesondere Chinas und Russlands. Dabei wird es jedoch auch Herausforderungen bezüglich der Interessen und des Einflusses des Westens geben – und dabei insbesondere der USA. Konflikte zwischen diesen Mächten werden allerdings unter der Schwelle eines offenen und heißen Krieges bleiben. Dennoch besteht eine erhöhte Gefahr von

wechselseitigen Fehlern in der Kalkulation des jeweiligen Gegners und damit die Gefahr direkter, auch bewaffneter Konfrontationen. Sowohl die völkerrechtliche Illegitimität bewaffneter Konflikte, als auch der Versuch, direkte bewaffnete Konfrontationen zwischen mächtigen Staaten zu vermeiden, führt gegebenenfalls zu hybriden Konflikten, in denen sowohl klassische als auch asymmetrische Bedrohungen nebeneinander bestehen und sich gegenseitig verstärken. Dabei sind oft auch die (staatlichen) Akteure diffus und sie sind schwierig zu identifizieren.

Die Natur bewaffneter Konflikte ist gleichzeitig einem stetigen Wandel unterworfen. In zahlreichen Konflikten ist der Unterschied zwischen Kriegszonen und Zonen des Friedens, bzw. zwischen legitimen und illegitimen Kombattanten sowie Zivilisten fließend und diffus. In rüstungstechnischer und taktischer Hinsicht verursachen Kombinationen einfacher und hochentwickelter Technologie sowie konventioneller und unkonventioneller Taktik immer neue und schwer berechenbare Dynamiken am Gefechtsfeld. Dies stellt die oft trägen Strukturen moderner Armeen vor große Herausforderungen.

Integrationismus versus Nationalismus – die Polarisierung der europäischen Gesellschaften

Parallel zu den globalen Entwicklungen erleben die westlichen Gesellschaften eine innere politische Auseinandersetzung, deren zentraler, auch (sicherheits)politisch strategischer Aspekt die Frage der Ausrichtung nach globalistisch-integrationistischen oder patriotisch-nationalistischen Zielen ist. Die globalen Abhängigkeiten und Vernetzungen führen durch das eingeschränkte wirtschaftliche Wachstum zu zunehmenden Spannungen innerhalb und zwischen Gesellschaften. Der Liberalismus in seiner derzeitigen Form wird dabei sowohl von linken als auch rechten politischen Gruppierungen in Frage gestellt. Innerhalb der EU nehmen die weit rechts oder links positionierten Parteien tendenziell zumeist europaskeptische Positionen ein, während die Parteien der politischen Mitte der europäischen Integration meist positiv gegenüber stehen. Populismus und Radikalismus werden dabei grundsätzlich rechtsgerichteten patriotisch/nationalistischen Parteien unterstellt, sind jedoch zumeist keine sachliche Kategorisierung, sondern „Kampfbegriffe“ gegen politische Gegner. Die patriotisch/nationalistischen Parteien befinden sich jedenfalls seit Jahren im Aufwind; dies wider die integrationistischen und globalisierenden Tendenzen, die in den letzten Jahrzehnten bestimmend waren.

Die EU hat in den vergangenen Jahren versucht, die Nation als mentalitätsprägendes und identitätsstiftendes Element zu entsorgen. Projekte wie das Europa der Regionen sollten dabei den Nationalstaat delegitimieren und die Vorbereitungen für ein föderales Europa

schaffen. Der EU ist es aber offensichtlich in den vergangenen Jahrzehnten nicht gelungen, aus diesem Konstrukt politischer Vernunft eine emotionale Identität zu schaffen. Daher vertrauen die europäischen Bürger trotz aller Politikverdrossenheit ihren nationalen Parlamenten weiterhin mehr als den Brüsseler Institutionen. Überdies ist eine deutliche Distanz zwischen großen Teilen der Gesellschaft und den politischen Eliten bzw. dem sogenannten Establishment zu erkennen.

Innereuropäisch stellten sich zahlreiche Repräsentanten der EU in den vergangenen Monaten aggressiv gegen alternative politische Positionierungen, wie etwa der Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker oder der Präsident des Europäischen Rates Donald Tusk. Die Diskussion der Frage, was der unabdingbare Kern der europäischen Integration sei und ob die EU in ihrer aktuellen Form eventuell eine überambitionierte Idee europäischer Einheit darstelle, wird von der europäischen Elite dabei verweigert. Dadurch besteht aber die Gefahr, dass die EU die eigenen Kräfte und Fähigkeiten überdehnt. Es droht dieses einzigartige Friedensprojekt europäischer Geschichte an zu hoch gesteckten Zielen zu scheitern und an einer zumindest so empfundenen Arroganz der europäischen Eliten. Es werden als ausschließliche Alternativen die immer tiefere Integration Europas bis zur Realisierung eines Einheitsstaates einerseits und als nationale Option die Unabhängigkeit des Einzelstaates andererseits entgegengestellt. Ob dies die erfolgreiche Strategie zur Aufrechterhaltung der europäischen Einheit darstellt oder eine Basis für die Demontage eben dieser Einheit, ist jedoch umstritten. Sicher ist jedoch, dass es dabei zu einer Polarisierung nicht nur der Gesellschaft gekommen ist, sondern auch der politischen Akteure.



Migration als Ursache von Polarisierung

Ungleichheit bei Einkommen und Wohlstand, das Schwinden der Mittelschicht sowie gesellschaftliche

Polarisierung sind neben Migrations- und Einwanderungsfragen die größten Risiken für Europa. Die Bürger erwarteten von ihren Regierungen Sicherheit und Wohlstand. Beides scheint zu schrumpfen. Dadurch erwecktes Misstrauen und die Polarisierung der Gesellschaft werden ein erfolgreiches Regieren in den nächsten Jahren erschweren. Die Tatsache, dass ein Grundkonsens in den europäischen Gesellschaften verloren gegangen ist, wird jedoch mittelfristig zu einer Reduktion der inneren Stabilität und damit zu begrenzter äußerer Handlungsfähigkeit führen.

Medien, fake news und postfaktische Politik

Auch die Bedeutung der Medien als Vierte Macht wurde in den letzten Jahren durch schwindendes Vertrauen in ihre Integrität massiv beschädigt. Neue und soziale Medien erlauben es überdies dem Einzelnen aber auch politischen Akteuren, unabhängig von klassischen Medien Informationen zu erhalten und zu kommunizieren. Dabei wird vor allem den alternativ zu den klassischen Medien Kommunizierenden gerne vorgeworfen, postfaktische Politik zu betreiben, also ihre politische Tätigkeit losgelöst von Fakten zu betreiben. Den klassischen Medien wiederum wird vielfach vorgeworfen, Informationen nach eigenem Gutdünken und nach zumeist nicht offen deklariertem politischer Positionierung zu filtern oder zu interpretieren. Klassische Medien, die gewohnt waren, ihren Konsumenten ein moralisch überlegenes Narrativ aufzuzwingen, haben ihre exklusive Deutungshoheit verloren. Gesellschaftspolitisch problematisch ist dabei nicht nur der potenzielle Verlust der von der breiten Gesellschaft akzeptierten Machtkontrolle durch die Medien als Vierte Macht demokratischer Gesellschaften, sondern auch die damit einhergehende Polarisierung der Gesellschaft. Überdies stellt diese Situation den optimalen Nährboden für strategische Desinformation durch gegnerische Staaten dar. Auch dadurch sind die innere Stabilität und potenziell auch die äußere Handlungsfähigkeit Europas bedroht.

Cyberkampf und strategische Informationskriege

Dabei tritt auch der Cyberraum zunehmend in den Vordergrund. Sowohl Russland als auch China werden von westlichen Staaten zahlreiche Cyberattacken der vergangenen Monate zugeschrieben. Während chinesische Gruppierungen dabei zumeist wirtschaftliche Ziele zu verfolgen schienen, zeigten russische Gruppen auch massive politische Aktivitäten. Wenn auch von Russland bestritten, gehen zahlreiche Beobachter von einer massiven Involvierung letzterer im US-amerikanischen Wahlkampf aus. Cyberattacken waren dabei mehrfach die Grundlage für strategische Informationskampagnen zur Unterstützung spezifischer Akteure oder Zielsetzungen. Der Westen sieht sich dabei erstmals seit dem Zusammenbruch der

Sowjetunion in der ungewohnten Rolle des Opfers einer solchen Kampagne. Denn bislang waren die politischen Akteure mächtigerer westlicher Staaten gewohnt, in umgekehrter Weise andere Staaten und Regime zu beeinflussen. Nunmehr scheint insbesondere Russland Mittel gefunden zu haben, solche Maßnahmen gegen seine Gegner zu richten. Für 2017 wird befürchtet, dass diese Vorgangsweise auch bei den wichtigen nationalen Wahlen in Frankreich und Deutschland zum Einsatz kommen wird.

Der Cyberspace ist aber nicht nur der Ausgangsraum für (Des)Informationskriege, sondern auch für viel weiträumigere Ansätze hybrider Kriegsführung. Er bietet nicht nur neue Möglichkeiten für Spionage, sondern auch für Sabotage. Cyberangriffe sind dabei potenziell deshalb so gefährlich, weil sie kritische Infrastruktur schädigen oder gar zerstören können, wie etwa die Energieversorgung und die Kommunikation. So sieht sich beispielsweise die Ukraine seit Beginn der Ukraine-Krise massiver Cyberangriffe ausgesetzt. Ende 2015 wurden dabei auch Teile der Stromversorgung lahmgelegt. Cyberkrieg ist dabei zumeist auch ein hybrider Krieg, da es zu einem verdeckten Einsatz staatlicher Kräfte, staatlich beauftragter Hackergruppen und Cyberfirmen kommt. Insbesondere die Tatsache, dass es in einzelnen Staaten hochspezialisierte Hackergruppen gibt, die im Auftrag oder zumindest mit Billigung der jeweiligen Staaten agieren, macht diese Form der internationalen Auseinandersetzung so gefährlich und intransparent. Da es auch an entsprechenden völkerrechtlichen Regelungen mangelt, ist dies vorerst faktisch auch eine Auseinandersetzung im international rechtsfreien Raum.

Cyber-Attacken gefährden somit in unterschiedlicher Art und Weise die Stabilität von Staaten. Da einzelne Länder aber klargemacht haben, bei Bedrohung vitaler staatlicher Funktionen gegebenenfalls auch konventionelle militärische Mittel gegen Cyber-Gegner einsetzen zu wollen, stellt dies für die Zukunft einen potenziell gefährlichen Ausgangspunkt für bewaffnete Konflikte dar. Auch die NATO hat zuletzt festgehalten, Cyberangriffe einer bestimmten Größenordnung könnten einen Bündnisfall nach Artikel 5 auslösen. Besonders problematisch ist dabei jedoch die spezifische Natur von Cyber-Akteuren, die nicht nur versuchen, ihre Gegner über die wahre Quelle eines Angriffs zu täuschen, sondern auch bewusst versuchen, diesen falsche Gegner vorzugaukeln. Dies birgt die Gefahr in sich, dass ein Cyber-Angriff einem falschen Akteur zugeordnet wird. Überlegungen über notwendige Maßnahmen gegen Cyber-Angriffe müssen jedenfalls eine besonders hohe Relevanz in der politischen Bedrohungsanalyse der kommenden Jahre erhalten. Die NATO hat dazu bei ihrem letzten Außenministertreffen im Dezember 2016 beschlossen, diesem Thema erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen.

Die äußeren Herausforderungen Europas

Faktisch wird Europas äußere Sicherheit durch die NATO garantiert, welche sich dabei bisher nicht nur im Hinblick auf Ressourcen auf die USA abgestützt hat, sondern auch von der US-amerikanischen Führungsrolle abhängig war. Bisher musste keine militärisch relevante Sicherheitsfrage innerhalb Europas bzw. der EU entschieden werden. Die EU begnügte sich bisher mit Aufgaben, die mit dem Einsatz von „Soft Military Instruments“¹ das Auslangen finden konnten. Die USA werden jedoch nicht nur in ihrer Forderung nach Erfüllung von Verteidigungsausgaben in der Höhe von zwei Prozent des BIP unnachgiebiger werden, sondern die europäischen Partner auch zunehmend zu mehr Verantwortung in den Konflikträumen an der europäischen Peripherie drängen.

Die Verwerfungen an der europäischen Peripherie werden nicht nur deshalb die Sicherheitsvorsorge der Europäischen Union und der europäischen Staaten auch in absehbarer Zukunft bestimmen, sondern vor allem wegen der direkten und indirekten Konsequenzen. Neben dem Konflikt mit Russland um die Ukraine sind es vor allem die instabilen Staaten im Süden und im Südosten der EU, die mit ihren schwachen staatlichen Institutionen und Strukturen eine permanente Herausforderung für europäisches Krisenmanagement darstellen werden.

Die Kriege bzw. bewaffneten Konflikte unter anderem in Afghanistan, Irak, Libyen, Syrien und im Jemen destabilisieren nicht nur den islamischen Raum, sondern treiben auch weiterhin Millionen in die Flucht. Überdies besteht weiter die Gefahr, dass sich ein militanter Islamismus im gesamten Nahen Osten zu etablieren vermag. Da sich die USA sukzessive aus diesem Raum zurückziehen – jedoch nicht ohne ihre (auch extremistischen) sunnitischen Verbündeten weiterhin vor allem logistisch und rüstungstechnisch zu unterstützen – und Europa weder die Stärke noch den Willen hat, diese Krisen zu bewältigen, werden diese Konflikte auch weiterhin und in den kommenden Jahren die europäische Sicherheit dominieren. Neben den unmittelbaren Auswirkungen in diesen Ländern sind diese Krisen auch ein wesentlicher Grund für die Migrationsbewegungen, die Europa belasten.

¹ Soft Military Instruments sind militärische Mittel, die bei der Lösung von Sicherheitsproblemen ohne die zielgerichtete Anwendung oder Androhung von Gewalt zur Durchsetzung von Zielen oder Aufgaben auskommen, bzw. zu einer zielgerichteten Anwendung oder Androhung von Gewalt zur Durchsetzung von Zielen oder Aufgaben nicht befähigt sind. Auf politisch-strategischer Ebene sind Soft Military Instruments: diplomatieunterstützende Einsätze, Traditional und Multidimensional Peace Keeping sowie Robust Peace Keeping, sofern bei letzterem Gewalt nur zur Selbstverteidigung, Nothilfe und der Verteidigung schutzloser Dritter eingesetzt wird.

Migration

Die Migrationskrise der vergangenen Jahre hat die EU in ihren Grundfesten erschüttert. Die europäischen Akteure waren dabei auch in den vergangenen Monaten vollkommen uneinig – sowohl hinsichtlich ihrer Ziele als auch hinsichtlich einer gemeinsamen Vorgangsweise zur Krisenbewältigung. Die EU war dabei nicht nur bei der Bewältigung einer fundamentalen Herausforderung gescheitert, sondern auch bei der Einhaltung des gemeinsamen EU-Rechtsbestandes. Die nationalen Staaten mussten und müssen daher im Wesentlichen selbst bzw. in bi- und multilateralem Rahmen die Krise lösen. Damit zeigte sich deutlich, dass die Nationalstaaten in zentralen (Sicherheits)Fragen handlungsfähig bleiben müssen.

Die Migrationskrise ist dabei für Europa noch nicht ausgestanden bzw. wird vor allem auf Grund der demografischen Entwicklung in Afrika nicht nur 2017 eine Dauerproblematik bleiben, sondern noch viel langfristiger. Wenn es Ziel europäischer Politik ist – worüber offensichtlich innerhalb Europas keine Einigkeit besteht –, die Migrationskrise bzw. die aktuelle Völkerwanderung zu beenden, müssen Pull-Faktoren massiv reduziert werden, insbesondere die für Asylanten vorgesehenen Sozialleistungen. Dass Europa in der Lage sein wird, die Push-Faktoren wie mangelnde ökonomische Entwicklung sowie ethnische und religiöse Konflikte sowohl im Nahen Osten als auch in Afrika zu beseitigen, muss gleichzeitig eher als Wunschvorstellung beurteilt werden. Dennoch wird Europa aber zumindest bei Soft-Power-Aktivitäten wie bei humanitärer Hilfe in Flüchtlingslagern und Programmen zur Unterstützung instabiler Regierungen mehr leisten müssen – und auch können.

Im direkten Bezug zur Migrationslage steht auch die European Union Naval Force Mediterranean SOPHIA (EUNAVOR MED SOPHIA). Diese multinationale maritime EU-Mission sollte im südlichen zentralen Mittelmeer zwischen europäischer und tunesisch/libyscher Küste den Menschensmuggel im Generellen und Schlepper und deren Infrastruktur im Speziellen bekämpfen. Symptomatisch für die Sicherheits- und Migrationspolitik der EU ist die Operation SOPHIA bisher jedoch ein völliger Fehlschlag. Das Aufgreifen der Flüchtlingsboote an der Seegrenze zu den internationalen Gewässern des Mittelmeeres hat nur dazu geführt, dass die Schlepper billigere und seeuntüchtige Einweg-Schlauchboote verwenden, welche die ohnehin lebensgefährlichen Überfahrten noch gefährlicher gemacht haben. Trinkwasser und Treibstoff werden nur noch zum Erreichen internationaler Gewässer benötigt, da ab deren Erreichen die Weiterfahrt nach Europa durch die Schiffe der EUNAVFOR sichergestellt wird. Operation SOPHIA funktioniert faktisch ausschließlich als

Seenotrettungsmission. In Kombination mit einer europäischen Migrationspolitik, die jedem Migranten, der ein europäisches Schiff erreicht, die faktisch ungehinderte Einreise nach Europa ermöglicht, hat SOPHIA sich als „Ergänzungstransportdienst“ des Menschenschmuggels im zentralen Mittelmeer etabliert und damit zum Magneten für Migranten entwickelt. Real wird den Schleppern damit das Geschäft erleichtert und verbilligt.



Die Verteidigungsministerinnen Deutschlands und Italiens beim Besuch des Hauptquartiers von EUNAVFOR MED SOPHIA in Rom

Sofern das Türkei-Abkommen aufrechterhalten wird, ist daher in den kommenden Monaten vor allem mit Migrationsbewegungen über Italien zu rechnen. Als wirtschaftlich leistungsfähiger und sozial freizügiger europäischer Staat wird Österreich zunehmend ein noch attraktiveres Zielland. Mittelfristig ist dabei auch nicht damit zu rechnen, dass Zuwanderung in Europa durch eine wie immer geartete Einwanderungspolitik bestimmt wird, sondern weiterhin von Fluchtmigration und Familiennachzug.

Europas Positionierung zu seinen großen Nachbarn

Eine an Stabilität orientierte Politik der EU hat das Verhältnis zu seinen großen Nachbarn an der europäischen Peripherie, zu Russland und zur Türkei, ausgeglichen und stabil zu gestalten.

Von Russland droht zwar keine unmittelbare Gefahr, jedoch wird Moskau aus einer Position der Stärke seine weitere globale und europäische Rolle zu definieren versuchen. Wenn die EU nicht in der Lage ist, Russland eine eigene auch militärisch hinterlegte Stärke entgegenzusetzen, ist ein gedeihliches Miteinander wohl schwer zu erreichen. Der Ukrainekonflikt und andere eingefrorene Konflikte im kaukasischen Raum können dabei bestenfalls als eingedämmt bezeichnet werden. Eine Konfliktlösung ist nicht in Sicht und teilweise auch gar nicht gewünscht. Russland nutzt dabei die Instabilität für die Absicherung seines strategischen Umfeldes. Russland tut dies mit strategischem Kalkül,

um eine Integration dieser Räume in die feindlich gesinnte westliche Machthemisphäre zu verhindern. Damit ist Russland in der Lage, zumindest einen Teil des im Zuge der Auflösung der Sowjetunion verlorenen Raumes weiter zu beherrschen.

Der im Sommer 2016 durchgeführte „Pseudostaatsstreich“ in der Türkei hat Präsident Recep Erdogan die Gelegenheit gegeben, bürgerliche Freiheitsrechte weiter einzuschränken und seine Macht weiter zu konsolidieren. Dies ist auch die beste Voraussetzung, um die seit Jahren schleichend vorgenommene Islamisierung der Türkei offen und offensiv zu finalisieren. Dies wird im Übrigen von der türkischen Bevölkerung mehrheitlich unterstützt und mitgetragen.

Die EU hat dabei weder den Willen noch die Fähigkeit, diese Entwicklung zu verhindern. Die strategische Handlungsunfähigkeit der EU in der Türkeifrage hat dabei ihren Ausgangspunkt in einer seit vielen Jahren fehlorientierten Türkei politik. Ziel der EU war es, in Verkennung kultureller und religiöser Gegebenheiten, ein Land mit einem nicht kompatiblen Kultursystem integrieren zu wollen. Dabei wurden alle Anzeichen, dass sich die säkularen Vorstellungen und Werte Europas nicht mit den Vorstellungen und Werten der türkischen Bevölkerung decken, ignoriert. Auf dieser Grundlage wurde der Türkei eine Beitrittsoption präsentiert, welche nunmehr eine sinnvolle und zukunftsorientierte strategische Beziehung hemmt, wenn nicht sogar blockiert. In Kombination mit der inneren Schwäche der EU und der daraus bedingten Unfähigkeit, die Migrationskrise notfalls auch selbst zu lösen, hat dies zu der paradoxen Situation geführt, dass die autoritär und antidemokratisch geführte und sukzessive zu einem islamischen Staat umgewandelte Türkei formell weiterhin Beitrittskandidat der EU ist. Da die EU selbst handlungsschwach und in der Migrationspolitik uneinig ist, bleibt die Aufrechterhaltung der Migrationsvereinbarung mit der Türkei als Voraussetzung für die Entspannung bzw. Stabilisierung in der Migrationsfrage. Eine potenzielle Aufkündigung dieser Migrationsvereinbarung lähmt daher faktisch eine zukunftsorientierte und europäische Türkei-Politik, die den realen Gegebenheiten angepasst ist.

Die westliche Welt ...

Weltmacht USA

Der hier vorliegende Beitrag wurde im Rahmen des vorgegebenen Redaktionsschlusses mit 31.12.2016 inhaltlich abgeschlossen.

Barack Obama (2008-2016) – (k)ein Resümee

Barack Obama wird seine Spuren im (Treib)Sand der US-amerikanischen Politik hinterlassen. So viel ist sicher. Auch wenn nichts von seinem politischen Vermächtnis übrig bleiben sollte – was, nebenbei gesagt, ziemlich unwahrscheinlich ist – so bleibt er doch auf immer im Gedächtnis als erster farbiger Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika.

Blättert man gar nicht so weit zurück im (für unseren europäischen Verhältnisse) noch recht schmalen Buch US-amerikanischer Geschichte, so fällt auf, dass die Welt der USA noch zu Zeiten eines John Fitzgerald Kennedy eine völlig andere war. Als sich der Student James Meredith damals als erster „Schwarzer“ im Bundesstaat Mississippi an der Universität von Oxford als ordentlicher Hörer einschreiben wollte, musste Präsident John F. Kennedy Polizei und selbst Militär aufbieten, um das zu ermöglichen. Die darauf folgenden Ausschreitungen kosteten damals 2 Menschen das Leben und verletzten weitere 70 Personen. Kennedys Einschätzung der eigenen politischen Lage damals: „*This thing could cost me the election, but I have no intention of turning back now or ever!*“.

Auch wenn die Vereinigten Staaten heute noch immer stark mit Minderheitenproblemen zu kämpfen haben (Stichwort: weiße Polizeigewalt), so ist doch die Stellung von Minoritäten in der US-amerikanischen Gesellschaft mit jener der 60er-Jahre nicht mehr zu vergleichen. Wir hatten bereits unter George Bush jun. mit Colin Powell den früheren Generalstabschef der US-Streitkräfte im Golfkrieg 1991 als Außenminister, Condoleezza Rice erst als Nationale Sicherheitsberaterin und später als Außenministerin unter demselben Präsidenten. Weitere Prominente ließen sich nennen, blickt man allein z.B. auf die heutige Zusammensetzung des Obersten Gerichtshofes der USA.

Und nun also auch ein Präsident mit „afro-american roots“. Noch dazu einer, der einen Teil seiner Jugend nicht einmal in den USA verbrachte. Barack Obama wurde 1961 auf Hawaii geboren und war das Kind eines Mannes mit kenianischen Wurzeln und einer Frau aus Wichita, Kansas. Als seine Mutter nach ihrer Scheidung 1964 in zweiter Ehe 1967 einen indonesischen Manager heiratete, zog Barack im Alter von sechs Jahren nach Jakarta. Erst 1971 kehrte er nach Hawaii zurück. Wenn

man so will, war Barack Obama der erste pazifische Präsident der USA.

Was kann sich Barack Obama nun auf seine Fahnen heften? Was bleibt von ihm wirklich? Was konnte er durchsetzen, worin scheiterte er? Im Folgenden eine kleine Zusammenschau von 8 Jahren Administration Barack Obama.

Eines der wichtigsten Projekte, das er bereits viele Jahre vor seiner eigentlichen Präsidentschaft mit großem Enthusiasmus verfolgte, wird schließlich unter „Obamacare“ in die Geschichte eingehen: Die Verabschiedung des „Patient Protection and Affordable Care Acts (PPACA)“, d.h. die erstmalige reale Möglichkeit des Zugangs für Millionen US-Bürger zu einer Krankenversicherung. Auch wenn der bisherige Erfolg hinter den Erwartungen zurückbleibt, so kommen schon heute mehr als 12 Millionen US-Amerikaner, die früher über keine Krankenversicherung verfügten, in den Genuss von „Obamacare“. Zu wenig, um sich zu rechnen, meinen die Versicherungsexperten, die mit 21 Millionen Polizzen gerechnet hatten. Tatsächlich ist heute „Obamacare“ von einer Krankenversicherung mitteleuropäischen Zuschnitts noch weit entfernt und deckt oft nur die notwendigste Versorgung ab. Die Verluste für die Versicherer steigen jährlich. Und der republikanisch-dominierte Kongress tat in der jüngsten Vergangenheit sein Übriges, um geplante staatliche Subventionen für Versicherungsgesellschaften zurückzuhalten.

Zum Zeitpunkt der Übernahme seiner Amtsgeschäfte fand Barack Obama eine von wirtschaftlicher Stagnation, ja Rezession geprägte USA vor. Die Auswirkungen der globalen Wirtschaftskrise, die Mitte 2007 als Folge der geplatzten US-Immobilienblase letztlich von den Vereinigten Staaten ausgegangen war und in der Folge zahllose Wirtschaften der Welt mit sich reißen sollte, waren bereits eklatant. Ein Jahr nach Barack Obamas Amtsantritt im Jänner 2008 schätzte der Internationale Währungsfond (IWF) die durch die Krise entstandenen Wertpapierverluste auf unvorstellbare 4 Billionen US-\$. Das mit der Wirtschaftskrise verbundene rapide Anwachsen der Arbeitslosigkeit war eine der großen Aufgaben und Herausforderungen der Administration Obama. Tatsächlich wurden in der Folge der Krise unter seiner Präsidentschaft nicht nur 15 Millionen neue Jobs geschaffen und die Arbeitslosenquote damit auf unter fünf Prozent halbiert, sondern auch die US-Wirtschaft wieder stabilisiert und zurück auf (moderaten) Wachstumskurs gebracht.

Barack Obama ist es zu verdanken, dass das Umweltbewusstsein in der Vereinigten Staaten heute einem zwar langsamen, doch nachhaltigen Wandel zu unterliegen scheint. Vor allem in seiner zweiten Amtszeit machte sich der US-Präsident für seine

Umweltanliegen stark und veranlasste per Dekret zahlreiche diesbezügliche Maßnahmen am Kongress vorbei, was die Kluft zu den Republikanern zusätzlich vertiefte. Unter den Neuerungen sollen an dieser Stelle vor allem die Regeln zur Reduktion des CO₂-Ausstosses und die gelungene Popularisierung von Solarzellen als alternative Energiequelle genannt sein. Krönender Abschluss von Obamas Umweltoffensive war schließlich die Unterzeichnung des Pariser Klimaabkommens (21. UN-Klimakonferenz) aus 2015. Inwieweit der designierte Nachfolger Obamas, Donald Trump, gewillt ist, den (moderat)-neuen Kurs der US-Klimapolitik doch mitzutragen, ist aufgrund seiner bisherigen kritischen Äußerungen zum Thema jedoch äußerst fraglich.

Außenpolitisch kann sich Barack Obama auf seine Fahnen schreiben, jener US-Präsident zu sein, der die Annäherung zu Kuba auf den Weg gebracht hat. Die jahrzehntelange Feindschaft der beiden ungleichen Staaten, die durch eine sehr schwierige Historie miteinander verbunden sind, konnte so beendet und diplomatische Beziehungen nach 54 Jahren wieder aufgenommen werden. Obamas historische Reise nach Havanna im März 2016 war schließlich der erste Besuch eines US-Präsidenten auf der Karibikinsel seit mehr als 90 Jahren. Das ist gut für beide Seiten, so viel steht fest. Genommen hat er damit einem linken diktatorischen Karibik-Regime den alles rechtfertigenden Satan vor der Haustür genommen, und auch vielen US-Amerikanern ein fast liebgewonnenes Feindbild, das viele irgendwie vermissen werden (nicht nur die Lobby der Exil-Kubaner), da ganze Generationen von US-Politikern damit so herrlich Schwarzweißmalerei betreiben konnten.

Bei so viel karibischer Sonne ist aber auch Schatten zu konstatieren. Gerade ein winziger Fleck im Osten der karibischen Zuckerinsel ist durch die ständige Präsenz der USA in Form der *Guantanamo Bay Naval Base* für viele bis heute ein Schandfleck, unvereinbar mit den verfassungsmäßig-garantierten Grundrechten der US-amerikanischen Demokratie. Und auch wenn sich Ende 2016 nur noch 59 von ehemals 779 „ungesetzlichen Kombattanten“ dort aufhielten, so ändert deren Zahl nichts daran, dass es sich hier um ein rechtswidriges Internierungslager handelt, in dem grundlegende Menschenrechte systematisch missachtet werden. Dass es nicht einmal ein entschlossener US-Präsident in acht Jahren Amtszeit fertigbrachte, trotz wiederholter Ankündigung diese Basis zu schließen, ließ seine Kritiker, die sich pikanter Weise vor allem aus dem Potential seiner eigenen enttäuschten Wählerschaft rekrutieren, bis heute nicht verstummen.

Innenpolitisch übergibt Obama seinem Nachfolger eine geteilte Nation. War schon die Kluft bei seinem Amtsantritt sehr tief, so verschärfen sich die

Gegensätze – nicht zuletzt aufgrund des grotesken Wahlkampfes der vergangenen Monate – noch mehr. Obama weiß das, doch ihn trifft dabei im Grunde die geringste Schuld, auch wenn er selbst seine Leistung heute äußerst kritisch beurteilt: *„Das ist eines der wenigen Dinge meiner Präsidentschaft, die ich bereue: Dass der Groll und das Misstrauen zwischen den Parteien schlimmer wurden, statt besser.“*

Es mag möglicherweise zu viel verlangt sein, in zwei Amtsperioden eine wirtschaftlich derart angeschlagene Supermacht wieder auf die Beine stellen zu wollen (was ihm gelang).

Es mag möglicherweise zu viel verlangt sein, ein aus dem Ruder gelaufenes militärisches Engagement im Mittleren Osten bei gleichzeitigem Anbruch des „Arabischen Frühlings“ (2010) beenden zu wollen und dabei die Interessen der eigenen engen Verbündeten in der Region (Israel, Saudi-Arabien, Ägypten, Türkei) im Gleichgewicht zu halten.

Es mag möglicherweise zu viel verlangt sein, den eigenen Bürgern erklären zu müssen, dass nach unzähligen Amokläufen mit Dutzenden Toten in den USA die Ultima Ratio nicht in der verstärkten Bewaffnung der Bürger, sondern in verstärkter Kontrolle der Waffentragenden liegt – und man sich dabei automatisch mit der mächtigen US-Waffenlobby anlegt.

Es ist definitiv zu viel verlangt, all das in nur acht Jahren zu bewältigen.

So wird das Urteil über den 44. Präsidenten der Vereinigten Staaten wohl ein differenziertes sein. Obama war nicht der strahlende Erlöser, den sich nicht nur seine Anhänger in den USA, sondern nicht zuletzt die meisten europäischen Verbündeten 2008 gewünscht und erhofft hatten. Die „Vorschusslorbeeren“, die ihm schon kurz nach Amtsantritt in Form des Friedensnobelpreises überreicht worden waren, kamen definitiv verfrüht. Ihnen folgte das Nicht-Einlösen seines Guantanamo-Versprechens, die Tötung Osama bin Ladens und Tausende Opfer der „Targeted Killings“ (gezielten Tötungen) im Rahmen des durch Amtsvorgänger George W. Bush begonnenen Drohnenkriegs. Selbst wenn letztere Aufzählung in den Katalog der „notwendigen Übel“ eines US-Präsidenten fallen mögen – so fällt es doch schwer, mit „Tuesday Terror Briefings“, also den alldienstäglichen Besprechungen im Weißen Haus, welche Personen durch Drohneneinsätze als nächste zu exekutieren seien, einen Friedensnobelpreis zu belasten.

Barack Obama hat die USA in einem wirtschaftlich wie außenpolitisch angeschlagenen Zustand übernommen und kann nun – zum Ende seiner Amtszeit – eine (noch nicht vollständig) genesene Supermacht präsentieren,

deren Nimbus jedoch für viele gelitten hat. Tatsächlich gelang es Obama in seinen beiden Amtsperioden, Fehler seines Vorgängers zu korrigieren – der Rückzug aus Afghanistan und dem Irak sind hier prominent zu nennen. Nun sind Rückzüge selten populär – notwendig waren sie allemal, weil beide Kriegsschauplätze für die USA zu einem Fass ohne Boden zu werden drohten. Die unbarmherzige Historie des Arabischen Frühlings und daraus resultierend die Libyen-Krise führte – nach Obamas eigener Einschätzung – zu seiner wohl schwersten außenpolitischen Niederlage: Auf die Frage des US-Senders Fox News (2016) nach dem schlimmsten Fehler seiner Amtszeit antwortete der US-Präsident: *"Wahrscheinlich, dass ich nicht für den Tag nach der Intervention in Libyen geplant habe, die mir damals als richtige Entscheidung erschien."*

Eine nachhaltige Intervention der USA nach der militärischen Eroberung von Tripolis durch die Aufständischen (2011) hätte möglicherweise Destabilisierung und Bürgerkrieg sowie ein Erstarken des IS in der Region verhindert.

So groß das Versäumnis in Libyen eingeschätzt wird, so stolz ist Obama auf eine andere Nicht-Intervention. Syrien. Gerade die Ereignisse des letzten Jahres jedoch ließen ernste Zweifel daran aufkommen, ob die kriegsmüden USA, die sich über mehr als zwei Dekaden in der Region stark engagierten, hier nicht doch militärisch hätten auf den Plan treten sollen.

Wenn man als Supermacht rote Linien zieht, so muss klar sein, dass im Falle einer Überschreitung derselben durch den Gegner ultimativer Handlungsbedarf besteht. Nichts ist schlimmer in der Weltpolitik, als Drohungen ohne Konsequenz. Man läuft sofort Gefahr, nicht mehr ernst genommen zu werden, sei es von gegenwärtigen oder zukünftigen Kontrahenten.

Im August 2012 hatte Obama den syrischen Machthaber noch gewarnt: *"Ich habe bis jetzt kein militärisches Eingreifen angeordnet, aber für uns ist eine rote Linie überschritten, wenn eine ganze Menge chemischer Waffen bewegt oder eingesetzt wird"*.

In Syrien wurde die „rote Linie“ vom syrischen Staatspräsidenten Baschar Hafiz al-Assad in der Folge mehrfach überschritten. Im Juni 2013 schließlich bestätigte das Weiße Haus, dass es zu Giftgasangriffen durch das Regime Assad gekommen sei. Die Reaktion Washingtons: Lieferung leichter Waffen an die Rebellen. Weder Panzer- noch Flugabwehrraketen befanden sich darunter. Zu groß war die Angst in beiden großen politischen Lagern der USA, Demokraten wie gleichsam Republikanern, hochsensible Waffensysteme könnten in die falschen Hände gelangen oder die Vereinigten Staaten in ein neues militärisches Engagement quasi „hineingezogen“ werden. Doch die unmittelbare

Reaktion auf das Überschreiten der „roten Linie“ oblag letztlich dem US-Präsidenten.

Obama selbst gab später an, sich in der Folge nicht, wie man es bislang von einem US-Präsidenten gewohnt gewesen war, an das Washingtoner „Playbook“ gehalten zu haben. Er habe sich für eine eigene Linie entschieden, nachdem ihm niemand habe sagen können, was eine Bombardierung Syriens letztlich bringen würde, so Obama in seiner Rechtfertigung. Obama wörtlich: *"Bomben auf jemanden zu werfen, um zu beweisen, dass du bereit bist, Bomben auf jemanden zu werfen, das ist so ziemlich der schlechteste Grund zur Gewaltanwendung."*

Was angesichts der Bilder der letzten Monate aus Aleppo und anderswo bleibt, ist ein ungutes Gefühl, diesem Staatsterror doch besser Einhalt geboten und nicht Assad und seiner russischen Luftwaffe das Feld überlassen zu haben. Die Frage, die sich uns militärisch-zahnlosen Europäern dabei stellt, ist eine altbekannte: Wer? Niemand außer den Vereinigten Staaten hätte hier realistisch eine Option gehabt. Vielleicht ist es nicht Libyen, sondern Syrien, das einmal als größtes Versagen der Administration Obama in die Geschichte eingehen wird.

Was von Obama wirklich bleiben wird, hängt letztlich auch von seinem Nachfolger Donald Trump ab. Viele von Obamas Exekutivanordnungen scheinen nun in Gefahr, vom 45. Präsidenten der USA wieder zurückgenommen zu werden, sobald letzterer am 20. Jänner 2017 vereidigt werden wird. Ob es sich nun um den Atomdeal mit dem Iran, die Fortschritte in der US-Klimapolitik oder den Abschiebestopp für Millionen illegaler Einwanderer handelt – Trump könnte all das noch am Tag seiner Inauguration mit einem Pinselstrich wieder rückgängig machen.

Intermezzo: Anmerkung (nicht nur) in eigener Sache

Unsere europäische „Welt von Gestern“ ist eine andere geworden. Eine andere US-amerikanische, wohlgemerkt. Und wenn es vielen Europäern auch nicht passt, die Welt in der wir leben, ist – besonders für unsere jüngere Generation - von den USA stark geprägt. Sie war es schon in den 50er und 60er-Jahren des vorigen Jahrhunderts – als ein Ergebnis des Zweiten Weltkrieges, des darauf folgenden Kalten Krieges und natürlich des European Recovery Programms (ERP), besser bekannt unter „Marshall-Plan“. Und heute - nach der Implosion des bipolaren Systems 1989/91 - ist sie es erst recht.

Die digitale Globalisierung und die damit verbundene Vorreiterrolle der USA in unserem Informationszeitalter haben große Teile der freien Welt zu einer US-

amerikanischen Kleinstadt gemacht. Das merkt man auch an Kleinigkeiten:

Wem von uns wäre es noch vor 20 Jahren in den Sinn gekommen, Halloween (obwohl eigentlich iro-keltischen Ursprungs) oder – seit neuestem - einen „Black Friday“ zu begehen? Wer hätte sein Haus früher zu Weihnachten mit schrillen Lichterketten, der so typisch-amerikanischen Weihnachtsbeleuchtung, geschmückt? Die medialen Hypes um kulturelle, technische oder politische Standards der Welt jenseits des Großen Teichs, sei es nun die Verleihung der Oscars, die Präsentation von Apfel-Telefonen, Gesichtsbüchern oder sei es auch nur die intensive Berichterstattung rund um die letzten US-Wahlkämpfe – von „Yes, We Can!“ bis „Make America Great Again!“ haben in unseren Medien bereits feste und prominente Plätze eingenommen. Auch ein kurzer Blick in das kulturelle Angebot selbst hiesiger Rundfunk- und Fernsehanstalten genügt. Die Überfrachtung unserer europäischen Sprachenvielfalt mit Anglizismen aller Art via Facebook, Twitter, MTV und Hollywood et al ist da nur logische Konsequenz und authentisches Zeichen für die kulturelle Dominanz der USA.

Vielen von uns, vor allem den etwas älteren Semestern, ist diese US-Kultur, deren Produkte uns an jeder Ecke begegnen und vor der es kaum ein Entrinnen zu geben scheint, manchmal schon etwas zu dominant. Man kommt sich manchmal vor, wie sich einst unsere frühen keltischen Vorfahren vor etwa 2.000 Jahren vorgekommen sein mögen, deren eigene „alte“ Welt von der römischen Kultur und ihrer wirtschaftlichen, kulturellen und militärischen Dominanz und Allgegenwärtigkeit schlichtweg überrollt und 15 v. Chr. unter Kaiser Augustus schließlich Teil des Römischen Reiches wurde. Nun mag letzterer Vergleich zwar hinken – Tatsache ist jedoch, dass die USA die unumstrittene und wohl noch für lange Zeit alternativlose Führungs- und Schutzmacht der freien westlichen Welt ist und sein wird. Aus diesem und aus vielen anderen Gründen kann und darf es uns nicht völlig gleichgültig sein, wer an der Spitze dieses Staates steht.

Donald Trump – das „Ende der Nachkriegswelt“?

Donald Trump - der Mann, der von seinem langjährigen Biographen und Pulitzer-Preisträger David Johnson selbst als „größter, erfolgreichster Hochstapler“ klassifiziert worden ist - wird 45. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika. Es ist schwierig, zum jetzigen Zeitpunkt detaillierte Prognosen zur zukünftigen US-Außen- und Sicherheitspolitik zu machen. Der Zeitpunkt, an dem vorliegender Artikel verfasst wurde, war aus redaktionellen Gründen Ende Dezember 2016 und Donald Trump noch nicht im Amt. Seine Inauguration ist für 20. Januar 2017 geplant.

Niemand kann bis dato sagen, wie die zukünftige Politik des designierten US-Präsidenten wirklich aussehen wird. Der aufmerksame Beobachter konnte sich am Wahlabend doch tatsächlich des Eindrucks nicht ganz erwehren, Donald Trump selbst sei es gewesen, der am meisten von seinem Wahlsieg überrascht worden ist.

„Der amerikanische Schirm für Europa ist für immer weggezogen“. Diese unmittelbare Reaktion auf die Wahl Donald Trumps zum 45. Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika kommt von einem Erfahrenen: John Kornblum, seines Zeichens langjähriger US-Botschafter der einstigen Administration Bill Clinton in Deutschland. Und Kornblum geht noch weiter: Er sehe mit Trump „das Ende der Nachkriegswelt“ gekommen, eine Einschätzung, die bei jedem (Sicherheits-)Politiker des freien Europa die Alarmglocken in den schrillsten Tönen läuten lassen müsste.



Der 45. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, Donald J. Trump

Seit 1945 hatte die westliche Führungsnation in Europa über ihren Verbündeten ihren (nuklearen) Sicherheitsschirm aufgespannt und nicht zuletzt dadurch eine rasche wirtschaftliche Genesung des vom Zweiten Weltkrieg zerstörten Kontinents ermöglicht. Mit der Gründung des nordatlantischen Verteidigungsbündnisses NATO im Jahre 1949 wurde eine Verteidigungsgemeinschaft unter der Führung der USA ins Leben gerufen, die eine Wiederbewaffnung (West)Deutschlands inkludierte. Bis zum Ende der Bipolarität und des Kalten Krieges war die NATO per se nie in Frage gestellt – schon aus Mangel an jedweder realistischer europäischer Alternative. Mit dem Fall des Eisernen Vorhanges und der stufenweisen EU-Osterweiterung wurde der Gedanke einer gemeinsamen europäischen Verteidigungspolitik zwar wieder aufgegriffen, eine Umsetzung der verschiedensten Initiativen lässt aber weiterhin auf sich warten. Wie sich

das Ausscheren Großbritanniens als eines der militärisch-potentesten EU-Mitglieder auf diese Planungen auswirken wird, bleibt abzuwarten. Die Wahl Donald Trumps als entschiedener Verfechter eines Rückzuges der USA (aus Europa) und die damit verbundene (Rück)Besinnung auf primär eigene Interessenslagen („America first“) stellt die Europäer jetzt – just in einer Phase interner Zerwürfnisse – vor eine schwere Aufgabe. Blicken wir zurück.

Noch im Sommer 2016 waren die Umfragen für die Kandidatur um das Amt des US-Präsidenten ziemlich eindeutig gewesen. Die Affäre rund um die über alle Maßen sexistischen Äußerungen, die er im Rahmen eines im Sommer veröffentlichten Tonband-Mitschnittes einer 2005 unternommenen Tour in Anwesenheit des TV-Moderators Billy Bush tätigte, schienen die Chancen des Großmauls Trump im laufenden Wahlkampf endgültig vernichtet zu haben. Trumps Quoten fielen in den Keller, der Sieg der demokratischen Bewerberin um das höchste Amt im Staate schien nur noch Formsache. Aufgrund des Ekhlats begannen sich zahlreiche prominente Republikaner endgültig von Trump abzuwenden. Immer mehr Frauen meldeten sich in den Medien, die nun behaupteten, Trump habe sie sexuell belästigt. Trump wies aller Vorwürfe von sich und wurde dabei von seiner Gattin Melania unterstützt, die sich öffentlich an die Seite ihres Mannes stellte.

Doch Donald Trump gab nicht auf. Wieder und wieder verstand er es brillant, die US-Medien in seinem Sinne zu instrumentalisieren. Mit immer neuen starken Sprüchen sorgte er dafür dass er praktisch Dauergast der Schlagzeilen blieb. Seine Attacken auf Hillary Clinton wurden auch vor dem Hintergrund seiner eigenen Dauer-Skandale nicht schwächer, deren „E-Mail-Gate“ sollte noch bis wenige Tage vor der Entscheidung im November die Wählerschaft im Bann halten.

Dessen ungeachtet: Donald Trump hat große Schwachpunkte: Mit seinem ans Narzisstische grenzenden Umgang mit Kritik aller Art, der damit verbundenen Diabolisierung der Medien als Teil des „Establishments“ und nicht zuletzt seinen großmäuligen Sprüchen scheint er vor allem eines übertünchen zu wollen: Unwissen.

Nun mag es in manchen Fällen selbst in der Weltpolitik zutreffen, dass der Umstand, unvoreingenommen an ein Problem heranzugehen, auch hin und wieder von Vorteil sein kann, um vielleicht zu einem unkonventionellen Lösungsansatz zu gelangen. Dies gilt jedoch – wie gesagt – nicht in der Regel. Postwurfsendungen verteilen zu lassen, in denen beispielsweise Sikhs als „Muslims“ bezeichnet werden, Belgien als „wunderschöne Stadt“ charakterisiert und

Paris in Deutschland verortet wird oder etwa die Schotten für „Brexit“-Befürworter zu halten, lässt bei uns in Europa hie und da leichte Unruhe aufkommen.

Donald Trumps Mangel an Bildung geht sogar so weit, dass der republikanische Mehrheitsführer im Senat, Mitch McConnell, noch im Juli 2016 Trump dringend dazu riet, einen sehr erfahrenen Vizepräsidenten zu nominieren, um sein Manko auszugleichen: *„Er braucht jemanden mit viel Erfahrung und viel Wissen, denn es ist ziemlich klar, dass er nicht viel über die Themen weiß“*, so McConnell zu „Bloomberg Politics“ im Sommer 2016.

Nun wurde Donald Trump nicht müde, seinen Landsleuten zu erklären, dass er – zum Unterschied zu seiner Kontrahentin Clinton – nicht dem „Establishment“ angehöre. Mehr noch, er wolle letzteres am liebsten aus Washington vertreiben. Ganz gelungen scheint es ihm nicht zu sein, wenn man auf die Liste seines zukünftigen Kabinetts blickt: Hier geben sich Milliardäre und Investmentbanker, Konzernchefs und Lobbyisten die Klinke in die Hand. Auch für die überwiegende Mehrheit dieser Personen gilt: Sie verfügen über keinerlei politischen Erfahrungen.

Das wirkliche Problem, das viele Kommentatoren und Politikwissenschaftler jedoch mit Donald Trump haben, ist, dass es ungemein schwierig ist, bei ihm eine rote politische Linie zu erkennen. Fast scheint es so, als dass er das, was er erst gestern mit markigen Sprüchen gefordert oder vertreten hat, heute schon wieder relativiert, getreu dem Motto: „Was gehen einen Mann wie mich meine Reden von gestern an?“

Und genau das ist das möglicherweise größte Problem, das die (Welt)Politik mit Donald John Trump haben wird: seine Unberechenbarkeit. Doch Unberechenbarkeit ist so ziemlich die gefährlichste Eigenschaft, die den mächtigsten Mann der Welt auszeichnen sollte. Der gesamte Kalte Krieg - und die Tatsache, dass dieser nie „heiß“ wurde – beruhte letztlich auf dem Faktor Berechenbarkeit. Die Eliten beider Antagonisten wussten letztlich den Gegner einzuschätzen. Selbst auf dem Höhepunkt der Kubakrise, die, wie wir heute aus den Dokumenten wissen, der bis dato mit Abstand gefährlichste Moment in der Geschichte der Menschheit war, waren es in dem entscheidenden Geheimtreffen zwischen dem damaligen US-Justizminister Robert Kennedy und dem sowjetischen Botschafter Anatoly Dobrynin letztlich persönliches Vertrauen und rationale Entscheidungsfindung vor dem Hintergrund einer völlig aus dem Ruder gelaufenen Weltkrise, die die Entscheidungen hüben wie drüben in Richtung einer sofortigen Beilegung des Konfliktes lenkten.

Wie hätte ein Ego des Typus Trump in jenen 13 Tagen im Oktober 1962 entschieden? - Stay tuned.

Europa und die EU

Die Rede zur Union und der Zustand der EU

Am 14. September 2016 beklagte EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker in seiner Rede zur Lage der Union: „Aber nie zuvor habe ich so wenige Gemeinsamkeiten zwischen unseren Mitgliedstaaten gesehen“ und verwies auf äußerst wenige Bereiche, bei denen sich Mitgliedstaaten darauf einigen könnten, zu kooperieren. Mehr Integration geht derzeit nicht. Juncker setzte fort: „Nie zuvor habe ich so viele Spitzenpolitiker nur von ihren innenpolitischen Problemen reden hören, wobei Europa stets nur beiläufig erwähnt wurde – wenn überhaupt.“ Gleichzeitig finden global 40 bewaffnete Konflikte statt, die jedes Jahr an die 170.000 Menschen fordern. Seit Madrid 2004 ereigneten sich bis September 2016 mehr als 30 Terroranschläge in der EU (die schwersten davon in Paris, Brüssel, Nizza, Ansbach und auch im Dezember 2016 in Berlin). Der Terroranschlag in Berlin zeigte erneut - wie schon in Paris - die Schwächen der Kooperation zwischen den Sicherheitsdiensten in der EU bei der Terrorprävention auf. Seitens der EU-Staaten erfolgt mittlerweile eine enge Kooperation mit Internetfirmen, um terroristische Propaganda aus dem Internet zu löschen. Die Bekämpfung von Radikalisierung in Schulen und Gefängnissen muss zudem verstärkt werden. Die Verknüpfung zwischen Sicherheit sowie Bildung und Entwicklung gewinnt – gerade auch in der EU – enorm an Bedeutung, vor allem, was die Integration von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in die Gesellschaft und in den Arbeitsmarkt betrifft. Es gilt auch, den afrikanischen Kontinent mittel- bis langfristig zu stabilisieren. Juncker verwies in seiner Rede auf eine großangelegte Investitionsoffensive als Ergänzung zur Entwicklungshilfe für Afrika und die EU-Nachbarschaft im Umfang von 44 Milliarden Euro, die von den EU-Mitgliedstaaten auf 88 Milliarden Euro aufgestockt werden könnte. Diese soll die Hauptursachen für Migration bekämpfen helfen und einen Beitrag für nachhaltige Entwicklung ermöglichen. Deutschlands Entwicklungsminister Gerd Müller warnte vor einer massiven Zunahme der Migration aus Afrika in den kommenden Jahren, „wenn wir es nicht schaffen, wirtschaftliche Perspektiven in den afrikanischen Ländern zu schaffen.“ Juncker kündigte auch an, die Mittel des EU-Investitionsfonds EFSI aufzustocken, dessen Ziel es ist, die kriselnde Wirtschaft in den meisten EU-Mitgliedstaaten anzukurbeln. Bis September 2016 wurden Projekte mit mehr als 100 Milliarden Euro finanziert, die Laufzeit des Fonds soll verlängert und sein Volumen auf 500 Milliarden Euro bis 2020 und auf 630 Milliarden Euro bis 2022 erhöht werden. Seit 2013 existiert eine EU-Jugendgarantie, fast

10 Millionen junge Menschen haben dadurch Arbeits-, Praktikums- bzw. Ausbildungsplätze erhalten.

Die EU wird in Zukunft mehr auf sich selbst angewiesen sein, die Partnerschaft mit den USA wird sich unter dem neuen Präsidenten Donald Trump deutlich verändern – auf allen Ebenen. So bezeichnete Trump Mitte Jänner 2017 den Brexit als „großartig“ und erwartet sich von weiteren EU-Staaten, diesem Beispiel zu folgen.

Juncker verwies auch auf die Relevanz für die EU, eine Strategie für Syrien zu entwickeln: mehr als über eine Million Flüchtlinge aus Syrien befinden sich in der EU, während Australien, die USA, Kanada und Japan zusammen gerade einmal 40.000 Flüchtlinge aus Syrien aufnehmen. Bei den Waffenstillstandsverhandlungen für Syrien war die EU nicht präsent, der Syrien-Konflikt bleibt weiterhin Sache Russlands, der Türkei und noch der USA.

Die EU wird demographisch abnehmen, während die Bevölkerung der restlichen Welt enorm anwächst. 2016 betrug der EU-Anteil an der Weltbevölkerung 8%, bis 2050 wird dieser Anteil auf 5% gesunken sein. Die sicherheitspolitischen Herausforderungen werden jedoch steigen – in der EU und um die EU. Eine handlungsfähige EU ist somit mehr denn je eine strategische, politische und ökonomische Notwendigkeit.

„Die größte Gefahr für die EU ist die Zersplitterung“, betonte der Außenminister der Tschechischen Republik, Lubomír Zaorálek. Die EU war für derartige Krisen, wie sie heute stattfinden, nicht konzipiert, so müssten „Antworten im Gehen“ (Zaorálek) entwickelt werden. Der Bevölkerung müsste demonstriert werden, dass die EU funktionsfähig sei und „in diesem Projekt noch Leben steckt.“ Die EU bleibt nach wie vor äußerst fragmentiert und polarisiert. Der Präsident des EU-Parlaments, Martin Schulz, meinte über den Zustand der EU Ende Oktober 2016: „Die Situation ist dramatisch, wir laufen Gefahr, auseinanderzubrechen.“ Sein Resümee: „Wir müssen Vertrauen wiedergewinnen, mobilisieren und Reformen durchführen.“ Dass die EU dringend Reformen bedarf, haben Brexit und die CETA-Verhandlungen gezeigt. Elmar Brok, Vorsitzender des auswärtigen Ausschusses des EU-Parlaments, meinte dazu: „Manchmal können Dinge erst bewegt werden, wenn die Katastrophe vor der Tür steht. Jetzt haben wir den Druck.“

Die neue „Sicherheitsunion“

Seit September 2016 gibt es mit dem Briten Julian King erstmals einen EU-Kommissar für die Sicherheitsunion, der sich mit Terrorbekämpfung, Radikalisierung, dem

Umgang mit zurückgekehrten Dschihadisten, dem Kampf gegen Cyberkriminalität und der Förderung der Kooperation zwischen den nationalen Antiterrorbehörden auseinandersetzt. So entlastet King EU-Kommissar Dimitris Avramopoulos, der für Migration und innere Sicherheit zuständig ist. Die 2015 beschlossene Europäische Sicherheitsagenda ist Kings Leitfaden geworden, sie legt den Schwerpunkt auf Maßnahmen zur Verbesserung internationaler Kooperationen, die bessere Nutzung bereits vorhandener rechtlicher Möglichkeiten – etwa der Richtlinie zum Verkauf von Feuerwaffen – und den Ausbau der bestehenden Sicherheitsagenturen wie Europol. In Bezug auf innere Sicherheit muss laut King die Zusammenarbeit zwischen den Justiz- und Innenministern deutlich verstärkt werden, was auch der Terroranschlag in Berlin im Dezember 2016 verdeutlichte. Auch konnten in Hinblick auf die Terrorsanschläge in Paris am 13. November 2015 einige der Täter illegal in die EU einreisen. Sie konnten sich frei bewegen, weil Hinweise auf sie nicht grenzübergreifend weitergegeben wurden, obwohl einige Ermittlungsbehörden auf sie aufmerksam geworden waren. Hier muss mit den EU-Mitgliedstaaten enger kooperiert werden, um die Vernetzung der Datenbanken zu verstärken. Der Schengen-Kodex wird nun dahingehend überarbeitet, dass jeder, der die EU betritt oder verlässt, in den Datenbanken überprüft werden soll, auch EU-Bürger. Am Flughafen Roissy / Charles-de-Gaulle ist das bereits heute Realität. Ziel bleibt es, mögliche Terroristen bereits an der Grenze zu stellen, in diesem Kontext sollen auch ihre Angehörigen deradikalisiert und integriert werden. Es gibt dokumentierte Fälle, in denen Terroristen für ihre Rückkehr in die EU dieselben Routen wie Flüchtlinge verwendet haben. Die EU setzt sich deshalb zum Ziel, ihre Kontrollen an den Grenzen zu verstärken, so durch die Frontex/ Europäische Grenz- und Küstenwache und Europol in den EU-Hotspots, aber auch durch die griechischen und italienischen Behörden. Italien brachte die Kontrollen, die Maßnahmen zur Identifikation und die notwendigen Befragungen auf einen neuen Standard und führt 90% davon außerhalb der Hotspots durch. Die Bekämpfung der Radikalisierung beginnt im Internet, hier wird die Kooperation mit Internet Providern verstärkt, um Inhalte zu identifizieren. Bei Europol existiert seit 2015 eine Einheit, die tausende problematische Inhalte gefunden hat. In 9 von 10 Fällen, so King, haben die Provider diese dann aus dem Netz genommen. Hier geht es jedoch nur um 30.000 bis 40.000 Vorfälle. Es gibt aber Hunderttausende derartiger Postings oder Videos, sodass seitens der EU hier massiv aufgestockt werden muss. Das Abkommen über den Austausch von Daten von Flugpassagieren wird im Frühjahr 2018 in Kraft treten und den Austausch aller Daten von

Flugpassagieren sicherstellen, die in die EU einreisen. Das wird auch Flüge zwischen einzelnen EU-Staaten betreffen. Die EU-Kommission plant auch ein neues Visum-Clearing-Abkommen nach dem Vorbild der USA. Der Vorschlag der EU-Kommission für ein Europäisches Reiseinformations- und Genehmigungssystem (ETIAS) erfolgte am 16. November 2016 und basiert auf dem ESTA-System der USA. Damit sollen alle Nicht-EU-Bürger, die kein Visum für den Schengen-Raum benötigen, erfasst werden, analog zu ESTA muss jeder Grenzübertritt zunächst online angekündigt und genehmigt werden. Nicht nur Personendaten, sondern auch Informationen über den Zweck der Reise u.a. müssen bekannt gegeben werden. So soll auch niemand seine Visa-Aufenthaltsdauer überschreiten. ETIAS könnte pro Jahr mindestens 500 Millionen Euro für den EU-Haushalt bringen. Angenommen wurde bei dieser Berechnung eine 13-Euro-Gebühr, die USA verlangen derzeit 14 US-Dollar. Von den 600 Millionen Touristen, die die EU besuchten (2014), mussten nach Angaben der Welttourismuskommission 30 Millionen kein Schengen-Visum beantragen; sie würden also in das ETIAS-System fallen. Die Kommission veranschlagt die Errichtungskosten von ETIAS mit 212 Millionen Euro, der Betrieb soll 85 Millionen Euro pro Jahr kosten und durch Einnahmen aus den Bearbeitungsgebühren gedeckt sein. Im Fall einer Einigung soll bis 2020 diese Regelung implementiert werden. So sollen auch „Schlupflöcher für Terroristen“ (Juncker) verhindert werden.

„EU-Armee“ bleibt Illusion

Im März 2015 forderte aufgrund der Ukraine-Krise im Zusammenhang mit der Annexion der Krim durch Russland Jean-Claude Juncker die Schaffung einer „europäischen Armee“. Die EU soll in die Lage versetzt werden, „auf eine Bedrohung des Friedens in einem Mitgliedsland oder in einem Nachbarland der EU effizienter reagieren zu können.“ Gemeinsame EU-Streitkräfte würden demnach „Russland endlich den Eindruck vermitteln, dass wir es Ernst meinen mit der Verteidigung der Werte der Europäischen Union.“ Eine derartige „europäische Armee“ soll „aber keine Konkurrenz zur NATO sein, sondern Europa stärken.“ Zudem soll eine intensive Kooperation der EU-Staaten bei der Entwicklung und beim Kauf von militärischem Gerät „erhebliche Einsparungen bringen.“ Vorstöße für eine „EU-Armee“ kamen Anfang September 2016 auch aus der Tschechischen Republik und aus Ungarn. Italien sprach sich für die Etablierung einer Verteidigungsunion aus – nach dem Prinzip der „Koalition der Willigen“. Demnach soll sich eine limitierte Zahl von EU-Staaten enger militärisch vernetzen und der EU als Kern eines

künftigen gemeinsamen Heeres Streitkräfte bereitstellen. Nach den Vorstellungen Deutschlands und Frankreichs sollen EU-Staaten zunächst bei der Transportlogistik, Satellitenaufklärung und der medizinischen Versorgung zusammenarbeiten, mittelfristig soll auch ein EU-Hauptquartier in Brüssel für die Koordination ziviler und militärischer Einsätze errichtet werden. Folglich soll es sich auch hier dabei um keine Konkurrenz zur NATO handeln. Es bleibt also weiterhin Ziel der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP), die transatlantischen Sicherheitsbeziehungen zu stärken und nicht zu schwächen. Großbritannien, Dänemark sowie Estland, Lettland und Litauen lehnen die Schaffung von Strukturen innerhalb der EU, die auf militärischer Ebene in der NATO bereits existieren, vehement ab. Im Zuge des informellen Treffens der EU-Verteidigungsminister in Bratislava am 27. September 2016 kündigte Großbritanniens Verteidigungsminister Michael Fallon an, London werde jene Vorhaben blockieren, die eine Vertiefung der GSVP der EU zum Ziel haben, da derartige Pläne die NATO „schlicht und einfach untergaben.“ Litauens Staatspräsidentin Dalia Grybauskaitė hielt fest, die Idee einer „EU-Armee“ sei ein „Missverständnis“. Im Oktober 2016 schlossen sich Italien und Spanien der deutsch-französischen Initiative (ausgearbeitet von den Ministern Ursula von der Leyen und Jean-Yves Le Drian) für eine stärkere verteidigungspolitische Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten an. In einem gemeinsamen Schreiben an die Hohe Beauftragte der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Federica Mogherini, plädierten die Verteidigungsminister der vier Staaten für eine „stärkere, realistische und glaubwürdige“ EU-Verteidigungspolitik. Demnach wird die EU sich „in absehbarer Zeit äußerst wahrscheinlich“ in Gegendeng engagieren müssen, „in denen die NATO keinen Einsatz erwägt.“ Als Beispiele wurden Mali, Somalia und auch die Demokratische Republik Kongo genannt. So müsse die EU „in die Lage versetzt werden, notfalls selbst militärische Einsätze bis zu einem hohen Intensitätsgrad“ durchzuführen. Der Vorschlag der vier Länder beinhaltet auch:

- eine engere Kooperation in der europäischen Verteidigungsindustrie;
- öftere und regelmäßiger Treffen der Verteidigungsminister;
- bessere Verzahnung der Fähigkeiten von NATO und EU – insbesondere in der zivil-militärischen Kooperation verfügt die EU über Fähigkeiten, die der NATO fehlen.

Im Gegensatz zum Juncker-Vorschlag vom März 2015 ist die Bildung einer EU-Armee nicht Ziel der vier Länder. Auch kann sich Österreichs Bundeskanzler Christian Kern nicht vorstellen, dass sich das

Bundesheer nicht unter österreichischem Kommando befindet. Verteidigungsminister Hans Peter Doskozil befürwortet zwar ein Mehr an militärischer Zusammenarbeit in Europa, die Idee einer EU-Armee wird aber abgelehnt. Die Streitkräfte der einzelnen Unionsländer sollen somit weiterhin Grundlage für eine gemeinsame Sicherheitspolitik der EU bleiben. „Auch wenn Europa stolz darauf ist, dass wir eine ‚Soft Power‘ von globaler Bedeutung sind, dürfen wir nicht naiv sein“, so Juncker: „Soft Power reicht nicht aus in unserer immer gefährlicheren Welt.“

Derzeit gibt die EU 220 Milliarden Euro aus, jedoch „mit lächerlichen Ergebnissen“, kritisiert Elmar Brok, Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten des EU-Parlaments. In einigen EU-Ländern betragen die Kosten für Bürokratie und Verwaltung sowie Personal 80 Prozent. In der EU gibt es 38 unterschiedliche Typen für Transportpanzer. In Deutschland z.B. wurden Leute in Beschaffungämtern und Ministerien belassen, aber Soldaten und Waffen abgebaut. So betrug beim Beschaffungamt der Bundeswehr in Koblenz die Anzahl der Beamten bei 3500 Panzern 8000 Personen, das änderte sich bis heute - bei 250 Panzern - nicht. Derzeit geben die EU-Mitgliedstaaten doppelt so viel Geld aus wie Russland und verfügen zusammen über ca. 1,84 Millionen Soldaten, mehr als die USA. Somit würde die EU nach China mit 2,25 Millionen Soldaten über die größte Anzahl von Soldaten verfügen.

Die EU, so Deutschlands Bundeskanzlerin Angela Merkel im Dezember 2016, müsse ihre „Verteidigungsstrukturen straffen, was nicht gegen die NATO, sondern gemeinsam mit der NATO geschehen solle. Auf konkrete Vorschläge für die „Straffung der Verteidigungsstrukturen“ konnten sich die Mitgliedstaaten nicht einigen, Vorschläge dazu sollen jedoch ausgearbeitet werden. Die fehlende Zusammenarbeit in Verteidigungsfragen bezifferte Jean-Claude Juncker auf Kosten zwischen 25 und 100 Milliarden Euro pro Jahr. Aus diesem Grund schlug Juncker vor, einen EU-Verteidigungsfonds mit jährlich bis zu 5 Milliarden Euro zu schaffen. Zudem sollen ab 2020 pro Jahr 500 Millionen Euro aus dem EU-Gemeinschaftshaushalt für gemeinsame Rüstungsforschung ausgegeben werden.

In Großbritannien verlieren aus Geldmangel Zerstörer und Fregatten ihre Antischiffsraketen. Im November 2016 wurde bekannt, dass der Kern der Royal Navy – die Zerstörer der Daring-Klasse (Type 45) und Fregatten der Duke-Klasse (Type 23) bis 2018 ihre Hauptwaffe gegen Seeziele verlieren werden: die Harpoon-Raketen. So wird die Royal Navy keine Seeziele auf große Distanz (bis zu 130 Kilometer) mehr angreifen können, für mindestens ein Jahrzehnt. Da die kleineren, von Bordhubschraubern aus startenden Sea-

Skua-Raketen (bis 25 Kilometer) im Frühjahr 2017 ebenso weggelassen werden, wird die Royal Navy vorerst über gar keine Antischiffsraketen verfügen. Harpoons sind zu acht Stück auf den 13 Type-23-Fregatten sowie drei oder vier der sechs Zerstörer; so bleiben ihnen gegen Seeziele lediglich leichte Maschinenkanonen und je eine großkalibrige Kanone mit 30 Kilometern Schussweite. Aktuell verfügt die Royal Navy auch über keinen Flugzeugträger. Lord Alan West, ehemaliger First Sea Lord, meinte dazu: „Das ist wieder ein Beispiel, wo Geldmangel erwürgend ist und das Land weniger macht. Wir werden die Lücke ohne Raketen für viele Jahre haben. Das ist okay – sofern man in der Zeit nicht kämpfen muss.“

Die Flüchtlings- und Migrationskrise

Gemeinsame Grenzen bedeuten nicht nur Freiheit innerhalb Europas, sondern auch gemeinsame Verantwortung. So wurde mit 6. Oktober 2016 das Aufgabengebiet der Frontex erweitert und die Errichtung der EU-Grenz- und Küstenwache zur Sicherung der EU-Außengrenzen eingeleitet. Mit 7. Dezember 2016 übernahm die erweiterte Frontex ihren Betrieb, diese soll von derzeit 400 Mitarbeitern bis 2020 auf 1.000 aufgestockt werden. 1.500 Beamte können nun zusätzlich zu den 1.300 bereits im Einsatz befindlichen für „rapid reaction“ verwendet werden. Mittels „vulnerability assessment“ wird ein laufendes Screening für alle Mitgliedstaaten durchgeführt, um im Bedarfsfall rasch reagieren zu können. 90% des Frontex-Budgets fließen mit Schwerpunkt in die Operationen Joint Operation Poseidon und Joint Operation Triton. Seit 2015 wurden durch EU-Einsätze mehr als 400.000 Menschen aus größter Not im Mittelmeer geborgen. Österreichs Außenminister Sebastian Kurz betonte unterdessen: „So lange aber die Rettung im Mittelmeer verbunden bleibt mit einem Ticket nach Mitteleuropa, desto mehr verdienen die Schlepper.“ Kurz forderte folglich ein hartes Vorgehen gegen Schlepper: „Wer zu uns durchkommt, das müssen wir entscheiden, nicht die Schlepper.“ Allein aufgrund der topographischen Lage entlang der türkisch-griechischen Grenze mit der Vielzahl an Inseln in der Ägäis ist die Kooperation mit der Türkei bei der Bewältigung der Migration notwendig. Während im Oktober 2015 an einem Tag 10.000 ankommende Flüchtlinge/ Migrantinnen auf den griechischen Inseln verzeichnet wurden, waren es Mitte Oktober 2016 im Durchschnitt 100 pro Tag. Laut Frontex-Direktor Fabrice Leggeri funktioniert die Zusammenarbeit mit der Türkei in der Flüchtlings- und Migrationskrise besser, als oft dargestellt. Nach dem Flüchtlingsabkommen zwischen der EU und der Türkei vom März 2016 sei die Zahl der aus der Türkei

eingereisten Migrantinnen um 97% zurückgegangen. Insgesamt gelangten 2016 noch 180.000 Personen über diese Route in die EU, verstärkt habe sich nun die Zuwanderung aus Ägypten und Libyen (insgesamt 170.000). Auch die Rückführung von abgewiesenen Asylwerbern aus Griechenland funktioniert besser. Auf Grundlage des EU-Türkei-Pakts wurden 2016 782 Migrantinnen zurückgeschoben. Abschiebungen gab es auch aufgrund eines bilateralen griechisch-türkischen Abkommens. Auf dieser Grundlage waren 2016 weitere 1.237 Migrantinnen aus Griechenland in die Türkei rückgesendet worden. Sofern ein zurückgeschickter Flüchtling aus Syrien stammt, soll seit dem 4. April 2016 ein anderer Syrier aus der Türkei legal und direkt in die EU einreisen dürfen. Im Dezember 2016 kamen 9.400 Menschen in Griechenland an. Anfang 2016 lag der Schwerpunkt der in die EU kommenden Flüchtlings- bzw. Migrationströme in Griechenland bzw. auf dem Westbalkan, ein Jahr später befindet sich Italien im Zentrum des Ansturms und kämpft mit einem neuen Rekord: 181.405 Menschen kamen laut UNHCR über das Mittelmeer nach Italien, um ein Fünftel mehr als 2015. Tendenz steigend. Insgesamt ist die Zahl der Asylwerber in der EU im dritten Quartal 2016 gegenüber dem zweiten Quartal von 306.000 auf 358.000 gestiegen, eine Erhöhung um 17% laut Eurostat. Die meisten Flüchtlinge/ Migrantinnen wurden im dritten Quartal 2016 in Deutschland registriert: 237.400 Menschen bzw. 66% aller Asylwerber in der EU. Darauf folgten Italien (34.600), Frankreich (20.000) und Griechenland (12.400) sowie Großbritannien (9.200) und Österreich (8.410). Jeder vierte Asylwerber war Syrer. Danach folgten Afghanen (17%) und Iraker (10%). Ziel der EU bleibt es weiterhin, das Geschäftsmodell der Schlepper zu zerstören, die Ankunft der Flüchtlinge zu begrenzen und zu steuern. Das Abkommen mit der Türkei ist ein Beleg dafür, dass wir unsere Grenzen nicht gegen, sondern nur mit unseren Nachbarn gemeinsam wirksam schützen können. Auch setzt die EU nach Aussagen Junckers „auf maßgeschneiderte und vertiefte Partnerschaften mit wichtigen afrikanischen Herkunfts- und Transitländern.“ Entscheidend dabei ist, dass nicht nur Rückführungsabkommen ausverhandelt werden, sondern auch bei den Fluchtursachen angesetzt wird. Es geht vor allem darum, Perspektiven vor Ort zu schaffen. Diesem Ziel dient die Investitionsoffensive für Afrika, die Juncker im September 2016 vorgeschlagen hatte. Bekräftigt wurden somit beim Dezember-Gipfel die Relevanz des Flüchtlingsdeals mit der Türkei und der Partnerschaftsabkommen mit fünf afrikanischen Ländern: „Entwicklung, Sicherheit und Kampf gegen Menschenhandel müssen zusammengehen, damit Menschen nicht in Gefahr geraten“, so Deutschlands Bundeskanzlerin Angela Merkel.

Brexit: Der Termin für die Austrittsgespräche

Eines der großen Themen der nächsten beiden Jahre und wahrscheinlich auch darüber hinaus bleibt der Austritt Großbritanniens aus der EU. Bis Ende März soll – wie von Premierministerin Theresa May am 2. Oktober 2016 angekündigt – der Brexit-Antrag vorliegen. Danach verbleiben zwei Jahre, um den Austrittsvertrag zu verhandeln und zu ratifizieren: „Wir wollen den Prozess so reibungslos und geordnet gestalten, wie möglich. Das liegt nicht nur in unserem Interesse, sondern auch im Interesse des übrigen Europa“, so May. Ursprünglich sollte laut May das britische Parlament beim Verhandlungsprozess nicht eingeschaltet werden, so sollten auch keine Debatten und Abstimmungen erfolgen. Am 3. November 2016 entschied jedoch der High Court in London, dass das Parlament allein das Recht habe, die Entscheidung über den Beginn der EU-Austrittsverhandlungen nach Artikel 50 des EU-Vertrags von Lissabon zu treffen. Vor dem Referendum am 23. Juni 2016 hat sich eine Mehrheit der Abgeordneten für den Verbleib in der EU ausgesprochen. Das Urteil des High Court wird jedoch den Brexit nicht verhindern können. Keiner der 650 Unterhausabgeordneten wird sich über die Entscheidung von 52% bzw. 17,4 Millionen Wählern hinwegsetzen. Die EU Task Force der Kommission für den Brexit wird von Michel Barnier, dem ehemaligen französischen Außenminister, geleitet. Barnier will die Austrittsgespräche mit Großbritannien bis Oktober 2018 abschließen – also während des österreichischen Ratsvorsitzes: „Das Ziel ist weder ein harter Brexit noch ein weicher Brexit, sondern lediglich ein geordneter Brexit“, betonte Barnier. Das EU-Parlament hat den liberalen Fraktionsvorsitzenden Guy Verhofstadt zu seinem Brexit-Beauftragten ernannt. Das EU-Parlament muss einen Brexit-Deal ratifizieren. Gemäß Artikel 50 des EU-Vertrags von Lissabon bleibt nach der offiziellen Kundmachung des Willens eines Mitgliedstaates nach Austritt aus der Union genau 2 Jahre Zeit, um die Modalitäten des Austritts zu verhandeln. Für die eigentliche Verhandlung steht jedoch weniger Zeit zur Verfügung. Der Brexit-Deal muss vom Rat, dem EU-Parlament und Großbritannien ratifiziert werden, und für letzteren Prozess wird laut Barnier die Zeit zwischen Oktober 2018 und März 2019 benötigt werden. Aus rechtlicher Sicht kann Großbritannien erst nach seinem Austritt die künftigen Beziehungen zur EU regeln – als Drittstaat – und nicht als Noch-EU-Mitglied. Fest steht: Ein Drittstaat kann niemals dieselben Vorteile genießen wie ein EU-Mitglied. Großbritannien wird versuchen, sich als ökonomisches Investitionsparadies zu präsentieren. Ende November 2016 kündigte May bei der Jahreskonferenz des britischen Industrieverbandes an, dass Großbritannien die Unternehmenssteuern auf das niedrigste Niveau innerhalb der 20 größten Industrie-

und Schwellenländer (G20) reduzieren werde. Einem Bericht des „Daily Telegraph“ zufolge soll die Körperschaftssteuer in Großbritannien von gegenwärtig 20 Prozent auf unter 15 Prozent verringert werden. So sollen sich möglichst viele Firmen aus anderen Staaten in Großbritannien ansiedeln. In Deutschland liegt der Höchststeuersatz für Unternehmen bei knapp 30 Prozent. So warnte Deutschlands Finanzminister Wolfgang Schäuble Premierministerin May, mit einer massiven Steuersenkung „einen ungesunden Wettlauf auszulösen“. Laut Schäuble sei Großbritannien an die Versprechungen beim G20-Gipfel 2015 gebunden, demnach hatten die Regierungschefs damals vereinbart, Steuerwettbewerbe zu unterlassen. Nachdem der damalige Premierminister David Cameron aufgrund des Brexit zurücktrat, beabsichtigt nun seine Nachfolgerin, sich nicht mehr an die Beschlüsse des damaligen G20-Gipfels zu halten. Rechtliche Konsequenzen gibt es dafür keine.

Türkei: Einfrieren der Beitrittsgespräche

Der jüngste Bericht der EU-Kommission zur Türkei wurde am 9. November 2016 vorgestellt. Kritisiert wurden darin unter anderem die willkürliche Anwendung der Antiterrorgesetze durch die türkische Regierung, die Beeinträchtigung der Meinungsfreiheit und enormen Defizite bei der Rechtsstaatlichkeit. Nach dem fehlgeschlagenen Militärputsch vom 15. Juli 2016 demontiert Präsident Recep Tayyip Erdoğan Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit, Presse- und Meinungsfreiheit und den Schutz ethnischer Gruppen. Von einem „bedrohlichen Umbau des Landes hin zu mehr autoritärer Herrschaft“ spricht Kristian Brakel von der Heinrich-Böll-Gesellschaft in Istanbul. Anfang Dezember 2016 hatte die Website Turkey Purge den aktuellen Stand wie folgt veröffentlicht: Mehr als 115.000 Staatsdiener wurden entlassen oder suspendiert, darunter fast 3.850 Richter und Staatsanwälte sowie rund 6.340 Hochschullehrer. Fast 79.500 Menschen wurden festgenommen, 38.870 befinden sich in Untersuchungshaft. 195 Medienunternehmen wurden geschlossen, 145 Journalisten waren inhaftiert. Trotz der Entwicklungen in der Türkei sprach sich die EU-Kommission jedoch nicht für den Abbruch der Beitrittsverhandlungen aus. Der Vorsitzende des außenpolitischen Ausschusses des EU-Parlaments, Elmar Brok, meinte diesbezüglich, solange das Notstandsrecht in der Türkei gelte, könne nicht mit Ankara weiterverhandelt werden. Die Türkei bleibe jedoch geostrategisch „mindestens so wichtig wie zur Zeit des Kalten Krieges“. Aus Sicht Broks solle keineswegs „mutwillig die Tür“ zugeschlagen werden. Der EU-Vertrag würde auch Zwischenstufen wie z.B. einen gemeinsamen Wirtschaftsraum erlauben, ein

derartiger Weg könne, so Brok, auch „ein Weg für die Ukraine sein“. In der bisher schärfsten Reaktion auf das Vorgehen in der Türkei nach dem Putschversuch hatte das EU-Parlament am 24. November 2016 eine Resolution verabschiedet, die ein „temporäres Einfrieren“ der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei verlangt. Der Entscheid fiel mit 479 zu 37 Stimmen (107 Parlamentarier enthielten sich der Stimme) und zeigt, dass die Stimmung in der EU gegenüber der Politik Erdogans an einem Tiefpunkt angelangt ist. In der Resolution bezeichnet das Parlament die repressiven Maßnahmen der türkischen Führung als „unverhältnismäßig“ und es wird gefordert, dass die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei automatisch abgebrochen werden sollten, wenn die Türkei wie angedroht die Todesstrafe wieder einführt. Das „temporäre Einfrieren“ wäre jedoch kein Verhandlungsabbruch, hätte aber zur Folge, dass laufende Gespräche unterbrochen und keine weiteren Verhandlungskapitel eröffnet würden. Über derartige Schritte entscheiden jedoch die EU-Mitgliedstaaten auf Antrag der EU-Kommission. EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini betonte, dass sie „offene Gesprächskanäle für den besten Weg halte, um die Demokratie in der Türkei zu stärken“. Die EU-Mitgliedstaaten haben bisher einzig die Wiedereinführung der Todesstrafe durch die Türkei als rote Linie für den Beitrittsprozess definiert. Insbesondere Österreichs Außenminister Sebastian Kurz verlangt einen Abbruch der Verhandlungen mit der Türkei: „Allem Türkei-Flüchtlingsdeal zum Trotz: Wenn die Opposition eingeschüchtert wird und die Todesstrafe wieder eingeführt werden soll, dann hat diese Türkei definitiv keinen Platz in der EU.“ Großbritanniens Außenminister Boris Johnson betonte ebenso im November 2016, „es sei sehr wichtig, die Türkei in keine Ecke zu drängen“. Deutschlands Außenminister Frank-Walter Steinmeier meinte: „Ich halte das noch nicht für verantwortungsvolle Außenpolitik, wenn man sich nur einfach hinstellt und sagt: Wir beenden jetzt einmal die Beitrittsgespräche, ohne auch klar zu sagen, was die Folgen sind.“ Berlin befürchtet negative Folgen für die laufenden Gespräche zur Wiedervereinigung Zyperns sowie auch, dass die Türkei sich nicht mehr an den Flüchtlingspakt mit der EU gebunden fühlen könnte, was einen enormen Anstieg der Flüchtlingszahlen zur Folge und vor allem auch auf die für September 2017 geplante Bundestagswahl in Deutschland negativen Einfluss hätte. Bundeskanzlerin Angela Merkel ist die Architektin des Flüchtlingsdeals mit der Türkei, sie möchte in ihrem Amt bestätigt werden. Über den fragilen Flüchtlingsdeal mit der Türkei hinaus hat die EU ein geostrategisches Interesse an einer Anbindung des NATO-Mitgliedes Türkei. Erdoğan bezeichnete die Resolution des EU-Parlaments bereits vor ihrer Verabschiedung als

„wertlos“ und drohte in Istanbul wie folgt: „Wenn Sie noch weitergehen, werden die Grenzen geöffnet, merken Sie sich das.“

Die NATO und die transatlantischen Beziehungen

Die wesentlichen Ergebnisse des NATO-Gipfeltreffens in Warschau, 8. – 9. Juli 2016

Wie schon das Vorgängertreffen in Wales im September 2014 stand auch jenes in Warschau unter dem Eindruck einer offensiven Russischen Föderation und den damit verbundenen Ableitungen. Die schon seit 2014 zu bemerkende Tendenz, nach zwei Jahrzehnten im internationalen Krisenmanagement wieder mehr Augenmerk den „klassischen Aufgaben“ der kollektiven Abschreckung und, wenn nötig, -Verteidigung zu widmen, setzte sich verständlicherweise fort.

So erhielt in der polnischen Hauptstadt die schon mehrmals beschriebene „Speerspitze“ der NATO Response Force (NRF) knapp zwei Jahre nach ihrer Aufstellung offiziell die „volle Einsatzbereitschaft“ und wenige Wochen später wurde der NATO-Raketenabwehr eine Stufe darunter die „vorläufige Einsatzbereitschaft“ verliehen. Damit erhielt die NRF ein rasch aktivierbares Vorelement in Brigadegröße und das Allied Air Command (AIRCOM) in Ramstein/Deutschland ist in die Lage versetzt worden, den Schutz der südeuropäischen NATO-Länder durchgehend zu übernehmen. Beide Beschlüsse zeigen, dass die Allianz unverändert den Schutz ihrer Mitgliedsstaaten gegen militärische Bedrohungen als Hauptaufgabe sieht. Dazu gehören auch die vier multinationalen Bataillone, die auf Drängen der Polen und der Balten in diese Länder verlegt werden („Reassurance“, Anm.).

Natürlich sind diese kleinen Verbände eher als politische Abschreckung zu verstehen, da ihr rein militärischer Wert beschränkt ist. Die NATO wollte aber die Zusicherungen an Russland aus 1997 aufrechterhalten, wonach in neuen Mitgliedsstaaten keine „substanziellen Kampfverbände“ stationiert werden. Auch dürfte diese limitierte Größenordnung insofern einen Kompromiss darstellen, da die südlichen Alliierten berechtigterweise auf Bedrohungen aus „ihren“ angrenzenden Räumen verwiesen. Die multinationale Zusammensetzung sollte letztendlich auch die Wahrscheinlichkeit erhöhen, dass bei einem Einsatz die Wahrscheinlichkeit des Nordatlantikkriegs steigt, diesen als Auslöser für den „Artikel 5“ zu verstehen.

Da aber in der aktuellen Lage die sicherheitspolitischen Herausforderungen unter dem Begriff „hybride Kriegsführung“ wesentlich komplexer geworden sind, kamen auch nichtmilitärische Inhalte wie die Cyber-Abwehr zur Erörterung, die nun in die laufenden NATO-Einsatzplanungen aufgenommen wurde. Eine „Gemeinsame Erklärung NATO – EU“ verfolgt schließlich das Ziel, im Rahmen dieses Bedrohungsbildes die jeweils inherenten Schwächen wechselseitig zu kompensieren und so besser abgestimmt auf gemeinsame Herausforderungen

reagieren zu können. Diese Herausforderung betreffen neben der „hybriden Kriegsführung“ auch die nötigen Stabilisierungsversuche in der östlichen und südlichen Nachbarschaft.

Die NATO zeigte Geschlossenheit beim Gipfeltreffen in Warschau und wird zum ersten Mal in ihrer Geschichte kleine Kampfverbände im Osten stationieren. Diese sollen ein Signal der Solidarität für die beunruhigten Alliierten sein und Russland vor weiteren Schritten im Raum abhalten. Gleichzeitig drohen ihr mit dem Aufkommen nationaler Strömungen beiderseits des Atlantiks Ungewissheiten, die die Substanz des Bündnisses treffen können.

Umsetzung der Gipfelbeschlüsse „Reassurance“

Im Herbst gingen die Allianz bzw. ihre Mitgliedsstaaten daran, konkrete Planungen für die „Reassurance“ einzuleiten. Ministerbesuche der Führungsnationen der vier multinationalen Bataillone in den jeweiligen Zielländern und die konkrete Zusammensetzung der kleinen Verbände standen auf der Agenda. Großbritannien wird das für Estland vorgesehene Bataillon, Kanada jenes für Lettland, Deutschland in Litauen und die USA jenes für Polen befehligen. Noch im September bekräftigte General Pavel, der Vorsitzende des NATO-Militärkomitees, dass alle vier vorgesehenen Bataillone bis Mai 2017 in ihren Stationierungsländern eintreffen würden.

Die Ukraine Krise brachte es auch mit sich, dass sich der Charakter der NATO-Übungen veränderte. Nach Jahren der asymmetrischen Kriegsführung und „Nation Building“ steht nun wieder der konventionelle Kampf im Vordergrund, vorzugsweise im Osten des Bündnisgebietes. So diente in der Tschechischen Republik die Übung „Ample Strike“ der Luft-Boden Koordination bei taktischen und strategischen Luftangriffen. Die Übung „Venerable Gauntlet 16“ hatte als Zweck die Zertifizierung des Kommandos der NRF-Speerspitze für 2017. Nach Spanien wird dieses Jahr Großbritannien die Führung der Brigade übernehmen und dafür auch mehrere militärische Schlüsselkapazitäten einbringen. Und schließlich wurden unter der Führung von AIRCOM Ramstein Abfangübungen über der Nord- und Ostsee abgehalten. Als Zielobjekte dienten Bomber der Typen B-2 und B-52, die direkt von den USA kamen und auch dorthin wieder zurückflogen. Die Abfangensätze selbst wurden hauptsächlich von den Flugzeugen durchgeführt, die in der Luftraumüberwachung über dem Baltikum eingesetzt waren. Ihnen schlossen sich auch JAS-39 „Gripen“ aus Schweden an.

Ergänzt wurden die Übungen durch die Aufstellung der achten NATO Force Integration Unit (NFIU) in Ungarn Mitte November, trotz Protesten der Oppositionspartei „Jobbik“. Ungarn wird sich 2017 auch an der Speerspitze beteiligen.



FAC Exercise AMSE16“, (Anm.: FAC = Forward Air Controller; AMSE = Ample Strike Exercise.)

Erstes US-Armored Brigade Combat Team in Europa

Ein weiterer Schritt der „Reassurance“ sind US-Verstärkungen, wie sie bereits vor einem knappen Jahr angekündigt wurden. In Umsetzung derselben wurde die 3. Brigade der 4. Division in Colorado nach Europa in Marsch gesetzt und traf Anfang Jänner 2017 in Bremerhaven ein. Mit logistischer Unterstützung der Bundeswehr wurde der Verband in Norddeutschland zusammengezogen und anschließend Richtung Polen in Marsch gesetzt. Dort wird er bis September verbleiben, an Übungen teilnehmen und immer wieder ein Bataillon in das Baltikum und ein weiteres nach Rumänien bzw. Bulgarien verlegen. In Übereinstimmung mit "Atlantic Resolve" wird diese Brigade schließlich im September 2017 durch einen vergleichbaren Verband aus Kansas abgelöst. Ihr Einsatz beruht auf bilateralen Vereinbarungen der USA mit den Aufnahmeländern und geht über die in Warschau beschlossenen Verstärkungen der NATO hinaus. Die US-Army Europe verfügt somit wieder durchgehend über drei Brigaden.

Maritime Operationen

Bei der Herbsttagung der NATO-Verteidigungsminister wurden neben anderen Themen auch die Planungen für „Sea Guardian“ erörtert. Diese neue Marineoperation unterstützte ab Mitte November die EU-geführte Operation „Sophia“ in der Logistik und mit Lagedaten, desgleichen wird auch die Zusammenarbeit in der Ägäis fortgesetzt. Andererseits beendete das nordatlantische Bündnis Mitte Dezember 2016 die Anti-Piraterie Operation „Ocean Shield“ vor der somalischen Küste,

wie beim Gipfeltreffen in Warschau vereinbart. Als Grund wird die erfolgreiche Bekämpfung der Piraten genannt, denen es zuletzt 2012 gelang, ein Schiff zu kapern. Ein Aufklärungsflug der niederländischen Marinefliegerei Ende November war die letzte Aktivität, die EU wird hingegen ihre Operation „Atalanta“ im selben Raum fortsetzen.

Anti-IS Koalition

Jeder NATO-Staat beteiligt sich an der US-geführten Koalition gegen Daesh und ab Oktober 2016 unterstützten zusätzlich zusätzlich AWACS-Luftraumüberwachungsflugzeuge. Ihre Aufgabe ist die Verdichtung des Luftlagedbildes, eine Mitwirkung an Luftangriffen ist nicht beabsichtigt.

Rüstungsvorhaben

Neue Tankflugzeuge für NATO und EU ab 2020

Nachdem die Europäische Verteidigungsagentur 2011 die Behebung des Mangels an Tank- und Transportflugzeugen als Priorität eingestuft hat, unterzeichneten nun die Niederlande und Luxemburg einen Vertrag zur Beschaffung von zwei Tankflugzeugen. Die Luft-Luftbetankung kann dabei in einer Höhe von bis zu 11.000 Metern und für mehrere Typen wie F-16, Rafale oder C-17 durchgeführt werden. Die von Airbus gefertigten Flugzeuge eignen sich auch als Transporter und stehen sowohl für Missionen der NATO als auch der EU bereit. Ihr Stationierungsort wird ab 2020 Eindhoven sein, dort befindet sich auch das „European Air Transport Command“ (EATC). Rüstungs- und Verteidigungsexperten hoffen auf den Beitritt Belgiens, Deutschlands, Norwegens und Polens zu dieser „Pooling&Sharing“ Initiative.

„Smart Defence“-Projekte

Die „Smart Defence“ der Allianz ist mit dem europäischen „Pooling and Sharing“ vergleichbar und hier verdienen zwei Projekte eine gewisse Beachtung: Im September 2016 unterzeichneten die Generalstabschefs Ungarns, Bulgariens, Sloweniens und Kroatiens eine Vereinbarung zur gemeinsamen Ausbildung der Fliegereinheiten ihrer Spezialeinsatzkräfte. Diese Kooperation wird vom Special Operations Forces-Headquarters der NATO in Mons unterstützt und ist Teil des seit Juni 2015 angestrebten größeren Programms zur umfassenden Zusammenarbeit auf dem Feld der Spezialeinsatzkräfte. Möglich wären weitere gemeinsame Ansätze in der Beschaffung, der Logistik und der Infrastruktur. Das zweite Projekt betrifft die Beschaffung von Luft-Boden Präzisionsmunition. Hier haben sich acht Staaten, darunter unser Nachbar Tschechien, zusammen-

geschlossen, um entsprechende Lenkwaffen aus US-Beständen kostengünstig zu erhalten und zu betreiben.

Partner

Die Europäische Union

Am Rande des NATO-Gipfeltreffens wurde eine „Gemeinsame Erklärung NATO – EU“ unterzeichnet, mit der das Ziel verfolgt wird, besser abgestimmt auf gemeinsame Herausforderungen reagieren zu können. Beim Treffen der EU-Verteidigungsminister Ende September in Preßburg unterstützte NATO-Generalsekretär Stoltenberg die beginnenden Anstrengungen der Europäer zur Stärkung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Diese stünden nicht im Widerspruch zu einer starken NATO, sofern diese Bemühungen die Fähigkeiten und Strukturen der Allianz nicht duplizierten, sondern ergänzten. Er widersprach damit auch dem erbitterten Widerstand des EU-Mitglieds Großbritannien, das trotz „Brexit“ weiter jegliche europäische Initiative in diese Richtung blockieren will. Als sich Anfang Dezember die Außenminister der Allianz in Brüssel trafen, wurde mit der Hohen Repräsentantin der EU, Frau Mogherini, ein Paket von 40 Umsetzungsmaßnahmen diskutiert. Dieses deckt im Wesentlichen die Themen Cyber-Sicherheit, maritime Operationen, die Bewältigung von „Hybrid-Szenarien“, Fähigkeitenentwicklung und die abgestimmte Stabilisierung der Nachbarstaaten ab. Zur praktischen Unterstützung dieses Pakets werden ab nächstem Jahr Experten beider Organisationen regelmäßig zusammentreffen und auch gemeinsame Übungen im Krisenmanagement sowie der Cyber-Abwehr abgehalten.



NATO-Generalsekretär Stoltenberg und EU-Ratspräsident Tusk

Die Russische Föderation

Sitzungen des NATO-Russland Rats

Wenige Tage nach dem Warschauer Gipfel trafen sich am 13. Juli die NATO und Russland wieder auf Botschaferebene in Brüssel. Nach der Unterrichtung

über die Gipfelbeschlüsse bedeuteten die anderen Themen wie militärische Transparenz, Ukraine und Afghanistan eine Fortführung der Gespräche vom vergangenen April. Dabei sicherte der russische Botschafter Gruschkow die Bereitschaft zu, besser mit den alliierten Vertretern zusammenzuarbeiten, um Zwischenfälle wie jene über der Ostsee zukünftig zu minimieren. Als Replik informierte der US-Botschafter zur NATO über die vorgesehenen Verlegungen der amerikanischen Streitkräfte im kommenden Jahr (s. o.). Keine Fortschritte gab es erwartungsgemäß bei der Beurteilung des Ukraine Konflikts, bezüglich Afghanistans informierte die Allianz die russische Seite über die Fortführung ihrer vielfältigen Unterstützung für Kabul.

Im Sinne des „Defence and Dialogue“-Ansatzes der NATO trat der NATO-Russland Rat ein weiteres Mal am 19. Dezember zusammen. Neben der erwarteten unterschiedlichen Einschätzung der Ukraine Krise waren wie in den Treffen zuvor Afghanistan und militärische Übungen die weiteren Gesprächsthemen. Bei letzterem ging es um transparente Anmeldungen gemäß den OSZE-Regeln und um die Einhaltung von Sicherheitsabständen bei Einsätzen von Kampfflugzeugen. Da die Ostsee einen derartig kritischen Raum darstellt, wird Finnland nächstes Jahr eine Arbeitsgruppe leiten, die die Umsetzung der Empfehlungen des „Baltic Sea Project Teams“ überwachen wird. Ein weiterer Ansatz wäre die Überarbeitung des Wiener Dokuments der OSZE in Bezug auf die Kriterien, die zu einer verpflichtenden Anmeldung von Übungen führen. Da die Spannungen zwischen der Ukraine, dem Westen und Russland auch dort fortbestehen, ist ein Ergebnis aber nur schwer vorstellbar.

Ukraine

Politische, aber militärisch ansonsten nur äußerst eingeschränkte Unterstützung der NATO für diesen Partner prägte auch die bilateralen Beziehungen in der zweiten Jahreshälfte 2016. Mit 1 Million Euro unterstützt die Allianz die Ausbildung von Entminungsspezialisten der ukrainischen Streitkräfte in der Region Charkow. Darüber hinaus wird auch Ausrüstung geliefert, mit der im Osten des Landes eine Fläche von 7.000 qkm entminnt werden kann. Diese Hilfe ist Teil des „Global Assistance Package“, wie es am Gipfeltreffen in Warschau zusammengestellt wurde.

Serbien

Am 23. November 2016 stattete der serbische Premierminister Vukic der NATO einen Besuch ab und nahm dabei erstmals auch an einer Sitzung des Nordatlantikrates teil. NATO-Generalsekretär Stoltenberg würdigte Serbien als wertvollen Partner am

Westbalkan und betonte die Unterstützung der Allianz bei der Ausbildung serbischer Soldaten für das internationale Krisenmanagement. Aber auch die Beteiligung der serbischen Streitkräfte an der Ausbildung der irakischen Armee steht im Raum und Premierminister Vukic unterstrich den aus seiner Sicht großen Wert von KFOR für den Schutz serbischer Minderheiten. Es war das erste Mal, dass ein derart hoher serbischer Politiker der NATO einen Besuch abstattete.

Republik Moldau

Nur wenige Tage später traf der Premierminister der Republik Moldau, Herr Filip, im NATO Hauptquartier in Brüssel ein. Dabei wurde die Einrichtung eines NATO-Verbindungsbüros in Chisinau beschlossen, das mit zivilen Experten besetzt die bilaterale Kooperation unterstützen wird. Die beiderseitigen Zusammenarbeitsfelder betreffen die Cyber-Abwehr, die Sicherheitssektorreform und die Vernichtung gefährlicher chemischer Stoffe. Seit einigen Jahren beteiligen sich die Streitkräfte des Landes auch an KFOR.

Host Nation Support Rahmenabkommen in Schweden

Das im September 2014 anlässlich des NATO-Gipfeltreffens in Wales vereinbarte Host Nation Support Rahmenabkommen wurde Ende Mai im schwedischen Parlament mit großer Mehrheit angenommen. Damit werden die Rechte und Pflichten ausländischer Streitkräfte auf schwedischem Territorium während Übungen oder Krisen genau fixiert, das Abkommen wird politisch als eine weitere Annäherung Stockholms an das nordatlantische Bündnis gewertet. Eine schon lange diskutierte NATO-Mitgliedschaft ist aber noch immer in weiter Ferne, wie der Verteidigungsminister anlässlich der Parlamentsdebatte betonte.

NATO und die OSZE

Anlässlich einer OSZE-Konferenz Anfang Oktober würdigte der stellvertretende Generalsekretär der NATO, Botschafter Vershbow, erneut die Bedeutung dieser Organisation als umfassendes Verhandlungsforum. Er sprach sich auch für die Absenkung der Schwellen aus, die die Ankündigung und Überprüfung einer Übung betreffen. Dies würde allgemein die Transparenz erhöhen und gleichzeitig die Risiken reduzieren. Schließlich forderte er die Russische Föderation auf, der Special Monitoring Mission in der Ukraine ungehinderten Zugang zu den Truppenentflechtungszonen und zur russisch-ukrainischen Grenze zu gewähren.

Ausblick: Unsicherheiten durch den Alliierten Türkei, wachsenden Nationalismus beiderseits des Atlantiks und die kommende US-Administration

Trotz Erfolge wie der beim Gipfeltreffen erzielte Konsens zur Verstärkung der Ostflanke und die sich abzeichnende Vertiefung der Kooperation mit der EU, sieht sich die Allianz Ungewissheiten ausgesetzt.

Die erste ist die Türkei. Es war rasch absehbar, dass dieser wichtige Alliierte im Südosten des Bündnisgebietes nach dem gescheiterten Putsch Mitte Juli zunehmend in antidemokratische und autoritäre Strukturen abglitt. Naturgemäß rief dies bei einigen Mitgliedsstaaten wie den USA und Deutschland Besorgnis hervor, da das Selbstverständnis des Bündnisses grundsätzlich den demokratischen und rechtsstaatlichen Werten verpflichtet ist. Hinzu kommt, dass es völlig ungewiss ist, wie die türkische Armee die Verhaftungswellen überstehen wird. Ein weiteres Element war die seit Sommer zu beobachtende Annäherung an die Russische Föderation, die trotz gegenteiliger Positionen sogar zu einer Kooperation in Syrien führte. Sichtbarstes Zeichen dafür war die gemeinsam mit Moskau und Teheran Mitte Dezember abgehaltene Syrien-Konferenz zur weiteren Vorgangsweise bezüglich Waffenstillstand und Friedensverhandlungen, bei gleichzeitigem Ausschluss der USA aus diesem Prozess. Es ist daher aus heutiger Sicht völlig unklar, wie sich die Türkei als NATO-Alliierte weiter verhalten wird, was in einer Zeit, in der die NATO extern bedroht wird, zu zusätzlicher Destabilisierung führt.

Intern werden multinationale Organisationen durch den wachsenden Nationalismus herausgefordert, was in besonderem Maße eben die NATO und ihren logischen Partner, die EU, betrifft. Neben dem Erstarken von Parteien wie der AfD in Deutschland und der Front National („la France d'abord“) in Frankreich war der „Brexit“ vom vergangenen Juni das sichtbarste Beispiel („want my country back“). Dem folgte die Wahl von D. Trump zum nächsten Präsidenten der USA nur wenige Monate später („America first“). Vorrangiger Profiteur dieser Entwicklung ist die Russische Föderation, da eine Renationalisierung beiderseits des Atlantiks eine massive Schwächung des „Westens“ durch Fragmentierung und gleichzeitig einen erhöhten Handlungsspielraum für Moskau bedeutet. „Prorussische Ernennungen“ Trumps wie z.B. sein zukünftiger Außenminister sowie Moskauenahestehende Wahlsieger in Bulgarien und in Moldawien unterstreichen diese Entwicklung und führten dazu, dass Putin vom „Time“ Magazin zum Gewinner des Jahres 2016 gewählt wurde. Da hilft es vorerst nicht viel, dass US-Vertreter in Osteuropa versichern, dass Washington seine Bündnisverpflichtungen weiterhin ernst nehmen wird, zu viel

wurde vom unkonventionellen, aber erfolgreichen Präsidentschaftskandidaten infrage gestellt. Gewissheit wird erst entstehen, wenn die Gewichte in der US-Außenpolitik klar verteilt sind. Ob dann Befürworter einer klassischen Linie wie der zukünftige Verteidigungsminister oder Isolationisten, „Putin Freunde“ und „Deal Maker“ die Positionen vorgeben, wird Auswirkungen auf die US-Verpflichtung zum „Artikel 5“ haben. Sollte diese nachhaltig in Zweifel gezogen werden, wäre die NATO in ihrem Kern getroffen.

Es ist abschließend bemerkenswert, dass das transatlantische Verhältnis ausgerechnet durch seine langjährigen Stützen, die USA und Großbritannien, gefährdet wird. Beide Male waren nationalistische Impulse die Auslöser (s. o.) und es ist zu hoffen, dass kein zu großer Schaden entsteht. Die europäische Geschichte des 20. Jahrhunderts zeigt nämlich unumstößlich, dass Nationalismus keine tragfähige Basis für das gedeihliche Zusammenleben auf dem Kontinent ist.

... und ihre Partner und Herausforderer

Russland und der zentralasiatische Raum

Laut russischer Regierung haben sich in der zweiten Jahreshälfte 2016 die außen- und sicherheitspolitischen Prozesse im globalen Kontext sowie die eigene Wirtschaftslage „zur Zufriedenheit Russlands“ entwickelt. Zu den aus russischer Sicht positiv verlaufenden Entwicklungen werden unter anderem auch jene in Ländern und Krisenregionen gezählt, die massive Auswirkungen auf die internationale Sicherheitslage haben. Bevor die außen- und sicherheitspolitischen sowie wirtschaftlichen Entwicklungen erläutert werden, wird zunächst auf die innenpolitischen Machtverhältnisse Russlands eingegangen.

Russische Innenpolitik

Neben den günstigen außenpolitischen Entwicklungen konnten zudem die politischen Machtstrukturen des russischen Präsidenten Putin im Inneren institutionell gefestigt und ausgebaut werden. Eine im Westen prognostizierte Schwächung Putins und seiner politischen Machtstrukturen hat sich somit nicht bestätigt – im Gegenteil, Putins Popularität scheint ungebrochen zu sein. Wesentlich für die weitere innenpolitische Gestaltung waren die Parlamentswahlen (Duma). Die Partei Einiges Russland (ER) des Präsidenten konnte bei den Parlamentswahlen am 18. September 2016 mit 54,2% die absolute Mehrheit der Wählerstimmen erringen und somit wurde die dominierende ER-Position um 4,9 Prozentpunkte gegenüber dem Ergebnis 2011 weiter ausgebaut.

Einiges Russland (ER)		Kommunistische Partei (KPRF)	
2016	2011	2016	2011
54,2%	49,3%	13,3%	19,2%
Liberal-Demokratische Partei Russlands (LDPR)		Gerechtes Russland (SR)	
2016	2011	2016	2011
13,1%	11,7%	6,2%	13,2%

Ergebnisse der im russischen Parlament (Duma) vertretenen Parteien nach den Wahlen am 18. September 2016 im Vergleich zu 2011

Mit Zustimmungswerten für Putin von zeitweise über 80% sehen die russischen Wähler ihren Präsidenten in der zweiten Jahreshälfte weit weniger kritisch als z.B. den Regierungschef Dmitri Medwedew. Restriktive Maßnahmen gegen unterschiedliche zivilgesellschaftliche Organisationen sowie

regierungskritische Institutionen wie z.B. das Lewada-Zentrum, das kurz vor der Parlamentswahl als „ausländischer Agent“ eingestuft wurde, wird von der Mehrheit der Bevölkerung lediglich stillschweigend zur Kenntnis genommen oder sogar gutgeheißen. Hohe Zustimmungswerte seitens der russischen Bevölkerung gibt es insbesondere für die Außen- und Sicherheitspolitik ihres Landes. Bei seiner jährlichen Rede zur „Lage der Nation“ hob Putin im Dezember neben innenpolitischen und wirtschaftlichen Themen auch außenpolitische Erfolge – hauptsächlich in Syrien – hervor. Zudem wurden die Beziehungen zu China gewürdigt und die vielen Kooperationen mit zentralasiatischen Staaten hervorgehoben. Im Mittelpunkt stand das Engagement in Syrien.

Die militärischen Erfolge des syrischen Regimes mit russischer Hilfe werden in Russland auch als eine „Niederlage“ des Westens um die geopolitische Dominanz im Nahen und Mittleren Osten perzipiert. Thematisiert wurden von Putin auch die „Einschränkungen der Medienfreiheit im Westen“. Zu dem warnte er vor einer Aufhebung der „atomaren Parität“ zwischen den USA und Russland. Das Kalkül Putins schien jedenfalls 2016 aufgegangen zu sein: Mit außenpolitischer Härte konnte er Wähler für sich mobilisieren. Somit wurde erneut deutlich, dass es kaum eine Trennung zwischen Innen- und Außenpolitik für den russischen Präsidenten gibt.

Im Allgemeinen wurde in Putins Rede eine positive Bilanz des Jahres 2016 gezogen und für Russland eine günstige Entwicklung für 2017 prognostiziert. Insbesondere konnte Moskau die letzten Monate der „relativen Untätigkeit“ der US-Administration unter Präsident Obama für sich nutzen und der künftigen Regierung in Washington eine außen- und sicherheitspolitische Positionierung unter Berücksichtigung russischer Interessen aufdrängen.

Russische Außen- und Sicherheitspolitik

Tatsächlich scheint Russlands optimistische Beschreibung der internationalen Beziehungen zu Jahresende 2016 durchaus berechtigt zu sein. Dies umfasst im Wesentlichen die Konflikte in Syrien, der Ukraine sowie den armenisch-aserbaidshaischen Grenzkonflikt. Außen- und sicherheitspolitische Vorteile erfährt Russland unter anderem auch durch die Streitbeilegung mit Ankara und auch der Machtwechsel in den USA wird positiv interpretiert.

Entwicklungen in Syrien

Russland hat eines der wichtigsten außen- und sicherheitspolitischen Ziele erreicht: Die politische Stärkung des syrischen Machthabers Bashar al-Assad durch militärische Siege gegen Oppositionelle und

unterschiedliche Islamistengruppen mit Hilfe von russischen Luftstreitkräften wird in Russland als ein großer Erfolg gewertet. Vor allem die Eroberung der strategisch wichtigen Stadt Aleppo im Dezember 2016 wird als ein (vorläufiger) Wendepunkt gewertet. Dabei wurde keine Rücksicht auf die Zivilbevölkerung genommen. Laut Angaben des Stadtrats in Aleppo starben bei der Regierungsoffensive über 800 Zivilisten in nur 26 Tagen. Westliche Regierungen und auch die UNO haben Vorwürfe erhoben, wonach das syrische Regime mit seinem russischen Verbündeten in Aleppo Kriegsverbrechen begangen haben sollen. Bereits im November berichtete die UNO auch über Kriegsverbrechen an der Zivilbevölkerung, die von vom Westen unterstützten Rebellen begangen wurden. Auch nach der Eroberung von Aleppo wurde über mögliche Verbrechen der Regierungstruppen und der Rebellen debattiert. Es ist zu befürchten, dass das internationale Interesse an der Aufklärung möglicher Kriegsverbrechen nachlässt und die Verantwortlichen keinem strafrechtlichen Prozess unterworfen werden.

Seitdem der russische Außenminister Sergej Lawrow am 8. Dezember eine Waffenruhe in Aleppo verkündete und die Stadt wenig später vollständig erobert wurde, wird in der internationalen Diplomatie Russland die Rolle des zentralen Akteurs in einer Nachkriegsordnung zugesprochen. Die von Russland aufgestellte „Koalition“ mit dem Iran und der Türkei traf sich auf Außenministerebene in Moskau erstmals am 20. Dezember 2016 und verlautbarte die Implementierung eines Friedensplans in Syrien, ohne substantielle Mitsprache des Westens. Die USA und noch vielmehr die EU waren bei Jahresende hinsichtlich der Gestaltungsmöglichkeiten im syrischen Konflikt lediglich in der Position von Beobachtern.

„Relative Stabilisierung“ der Lage in der Ostukraine

Da es immer wieder zu groben Waffenstillstandsverletzungen durch beide Konfliktparteien in der Ostukraine kommt, wird die Lage von der OSZE als fragil bezeichnet. Die Situation in der Ostukraine und insbesondere die Umsetzung des Minsk II-Abkommens sind für die EU-Sanktionen gegen Russland ausschlaggebend und bestimmen die Beziehungen zwischen Brüssel und Moskau. Bereits im Vorfeld des Gipfels der Normandie-Gruppe, an dem der französische Präsident Hollande, die deutsche Kanzlerin Merkel, der ukrainische Präsident Poroschenko sowie der russische Präsident Putin am 20. Oktober 2016 in Berlin teilnahmen, wurden keine großen Erwartungen für einen diplomatischen Durchbruch zur Konsolidierung des Konfliktes gehegt. Zwar einigten sich Poroschenko und Putin auf die

Erstellung einer „Roadmap für den Frieden“ bis November, doch aufgrund unterschiedlicher Positionen wurde diese nicht in der geplanten Form umgesetzt. Erwartungsgemäß machten sich ukrainische und russische Politiker jeweils gegenseitig für das Scheitern der Initiative verantwortlich. Im Rahmen des OSZE-Ministerratstreffens vom 8. – 9. Dezember 2016 in Hamburg wurden die unterschiedlichen Positionen hinsichtlich des Konfliktes in der Ukraine offensichtlich, so dass keine Abschlusserklärung zustande kam. Zudem wurde die Ukraine Krise durch den Krieg in Syrien überschattet.

Aus russischer Sicht wird der Konfliktverlauf in der Ostukraine zu Jahresende 2016 aus zwei wesentlichen Gründen nicht unbedingt negativ gewertet. Einerseits wurde die Konfliktdynamik unterbunden, so dass keine großflächige Eskalation auf absehbare Zeit realistisch erscheint. Aus westlicher Sicht wird das „Einfrieren des Konfliktes“ als Moskaus Ziel gewertet. Andererseits hat die Ukraine Krise in der zweiten Jahreshälfte in den internationalen Beziehungen erneut an Bedeutung eingebüßt. Dies veranlasste den ukrainischen Präsidenten sogar dazu, sich im Dezember mit einem Appell an den künftigen US-Präsidenten zu richten. Die USA mögen sich weiterhin gegen die „russische Aggression“ einsetzen und die strategische Partnerschaft zur Ukraine stärken.

Westliche Experten schreiben den politischen Bedeutungsverlust der Ukraine in den internationalen Beziehungen den ukrainischen Politiker selbst zu. Diese hätten unter anderen notwendige Reformen nicht umgesetzt und zu wenig gegen Korruption unternommen. Auch das Narrativ, wonach die ukrainische Regierung sich für mehr Demokratie und Menschenrechte einsetzen würde, entspricht nicht vollständig den Tatsachen.

Grenzkonflikt zwischen Armenien und Aserbaidschan

Nachdem bei bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Armenien und Aserbaidschan in der ersten Jahreshälfte 2016 über 200 Menschen auf beiden Seiten getötet worden waren, konnte der Konflikt um Berg-Karabach zumindest oberflächlich eingedämmt werden. Für Russland war der Gewaltausbruch deshalb problematisch, weil dadurch die eigene Ordnungsmacht im Kaukasus und Zentralasien in Frage gestellt wurde. Angesichts des Umstands, dass Armenien Mitglied der von Russland dominierten Collective Security Treaty Organisation (CSTO) ist, gefährden zwischenstaatliche Spannungen Moskaus geopolitische Machtprojektion. Obwohl Russland in der Vergangenheit sowohl Armenien als auch Aserbaidschan mit Waffen belieferte, sind die Beziehungen zu Armenien intensiver, da dort auch russische Truppen stationiert sind.

Am 14. November 2016 unterzeichnete Putin ein Dekret, das unter anderem einen russisch-armenischen Grenzschutz entlang der gesamten armenischen Landgrenze vorsieht. Ein militärischer Angriff auf Armenien würde dann gemeinsam beantwortet werden, so der Plan. Zwar schwillt der Konflikt unter Oberfläche weiter an, wie ein Zwischenfall am 27. Dezember mit vier Toten belegt, eine Ausweitung der bewaffneten Auseinandersetzung konnte jedoch unterbunden werden.

Streitbeilegung mit der Türkei

Die Annäherung der Türkei an Moskaus geopolitische Interessen und somit die Stärkung der russischen Position im Nahen Osten geht einher mit einer internen Schwächung der NATO, was im Interesse Russlands liegt. Die schweren Spannungen zwischen der Türkei und Russland infolge des Abschusses eines russischen Flugzeugs durch türkische Streitkräfte im syrisch-türkischen Grenzgebiet 2015 konnten beigelegt werden. Noch 2015 beschuldigte Putin den türkischen Präsident Erdogan, dieser würde lukrative Ölgeschäfte mit der Terrormiliz Islamischer Staat betreiben. Erdogan wiederum warf Russland ethnische Säuberungen in Syrien vor. Endgültig wurde die Streitbeilegung beim Besuch von Präsident Putin am 10. Oktober in Istanbul besiegelt. Putin lobte ausdrücklich die Stabilität in der Türkei nach der Niederschlagung des Putsches im Juli 2016 und sprach sich für eine Intensivierung der bilateralen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen aus. Die Annäherung zwischen Moskau und Ankara hat eine weitreichende geostrategische Relevanz. In erster Linie akzeptiert die Türkei die Neuordnung Syriens nach russischen Vorstellungen auf der Basis des Fortbestands der jetzigen Machtstrukturen von Bashar al-Assad – zumindest vorläufig. Zum anderen wird durch die Neuausrichtung der russisch-türkischen Beziehungen die NATO geschwächt, da Ankara schärferes Vorgehen der Allianz in den östlichen Bündnisländern blockieren könnte. Beim NATO-Gipfel in Warschau im Juli 2016 wurden Maßnahmen gegen Russland beschlossen, die eine „rotierende Stationierung“ von NATO-Truppen insbesondere im Baltikum und Polen vorsehen. Einem NATO-Engagement über dieses Ausmaß hinaus würde die Türkei künftig wahrscheinlich nicht zustimmen, so das Kalkül Moskaus.

Präsidentenwechsel in den USA

Der Sieg des umstrittenen republikanischen Kandidaten Donald Trump bei den US-Präsidentenwahlen am 8. November 2016 und die daraus möglicherweise resultierende Annäherung der USA an Russland führten in Moskau zum Teil zu euphorischen Reaktionen. Zwar

bemühten sich Vertreter der Kremladministration, eine gewisse Nüchternheit und Distanz nach dem Wahlausgang zu wahren, doch Putin persönlich bestätigte, dass Trump Russlands „Wunsch kandidat“ war. Bereits am 14. November haben Trump und Putin miteinander telefoniert und eine enge Kooperation bei der Terrorismusbekämpfung angekündigt. Vor allem vor dem Hintergrund der Vorwürfe, dass der militärische Nachrichtendienst Russlands die Computersysteme der demokratischen Gegenkandidaten Hilary Clinton gehackt, brisante Inhalte an die Enthüllungsplattform Wikileaks geleitet und somit Trump zum Sieg verholfen haben soll, wird in Europa mit Sorge betrachtet. Russland selbst hat die Vorwürfe der Einmischung in den Wahlkampf stets bestritten, aber kein Hehl daraus gemacht, dass man sich unter Trump eine deutliche Verbesserung der bilateralen Beziehungen erwartet.

Vor allem die Ankündigungen des neuen US-Präsidenten, die NATO nicht mehr als ein Fundament der US-Außen- und Sicherheitspolitik in Europa betrachten zu wollen, wird in Moskau mit Wohlwollen aufgenommen. Zudem stellte Trump auch die Beistandsverpflichtung des Artikels 5 der NATO im Falle eines Angriffs Russlands auf einen Bündnispartner im Baltikum in Frage. Er verwies in diesem Zusammenhang auf die geringen Beitragszahlungen von Allianzmitgliedern. Angesichts der Tatsache, dass gerade im Dezember die in Colorado stationierte dritte Kampfbrigade der vierten Infanteriedivision der US-Armee insgesamt 87 Kampfpanzer, 18 Panzerhaubitzen und 144 Schützenpanzer sowie weitere Militärfahrzeuge und Ausrüstung im Rahmen der NATO-Operation „Atlantische Entschlossenheit“ über Bremerhaven weiter nach Polen verlegte, wird die künftige Außen- und Sicherheitspolitik der USA genau verfolgt. Die NATO-Maßnahmen im Baltikum gelten als Reaktion auf die Annexion der Krim durch Russland, werden aber von Moskau als Bedrohung wahrgenommen. Im Kreml hofft man deshalb auf eine Änderung der Politik unter der neuen US-Administration.

EU-Sanktionen und wirtschaftliche Entwicklung

Trotz der aus russischer Sicht günstigen internationalen Entwicklungen bleiben bis mindestens Jahresmitte 2017 die EU-Sanktionen aufrecht, wodurch ein zentrales außenpolitisches Ziel Moskaus nicht erreicht wurde. Vor allem die deutsche Bundeskanzlerin Merkel und der französische Präsident Hollande haben sich für die Verlängerung der Sanktionen eingesetzt und begründeten dies mit der schleppenden Umsetzung des Minsk II-Abkommens zur Stabilisierung der Lage in der Ostukraine. Für die Nichtumsetzung des Abkommens wird in erster Linie Moskau verantwortlich gemacht.

Somit wurde schließlich beim EU-Außenministerrat am 19. Dezember – trotz wiederholter Kritik einiger EU-Mitgliedstaaten – formell die Verlängerung der Sanktionen gegen Russland bis zum 31. Juli 2017 einstimmig beschlossen.

Da die Sanktionen bislang nicht die gewünschte Änderung der russischen Ukrainepolitik bewirkt haben, wird die Sinnhaftigkeit dieser Maßnahmen zunehmend angezweifelt. Zudem deutet einiges darauf hin, dass die EU-Sanktionen künftig die russische Wirtschaft nicht mehr in jenem Ausmaß beeinträchtigen werden können, wie es 2014 und 2015 der Fall war. Obwohl die Wirtschaftssanktionen zweifelsohne für Russland zunächst enorme Konsequenzen gehabt haben, ist der Ölpreis für die russische Wirtschaft weitaus bedeutender als die Maßnahmen der EU. Von Mitte 2014 bis Ende 2015 verbilligte sich das Erdöl um zwei Drittel, was für Russland dramatische Folgen hatte, denn die Staatseinnahmen hängen bis zu 30% und der Export bis zu 60% von der Ölproduktion ab. In der zweiten Jahreshälfte 2016 hat sich eine wirtschaftspolitische Wende vollzogen, die mit dem Erdölpreis am Weltmarkt zusammenhängt.

Lag der Ölpreis der Sorte Brent pro Barrel zu Jahresbeginn 2016 unter 35 US-Dollar, so erreichte er am 30. Dezember 56 US-Dollar. Rechneten die russische Regierung sowie internationale Institute aufgrund des niedrigen Ölpreises im Jänner 2016 mit einem Verlust von 36 Mrd. Euro und einer Rezession von bis zu -3% des BIP bis Jahresende, verbesserte der IWF bereits im September die Prognose und schätzte eine Verminderung des BIP auf -1,3% bis Jahresende ein. Schließlich fiel die Bilanz mit -0,6% des BIP viel günstiger als erwartet aus. Damit scheint der Abwärtstrend der russischen Wirtschaft, der parallel mit der Ukrainekrise verlief, gestoppt zu sein.

Dass der Ölpreis 2017 weiter steigen wird, gilt laut Wirtschaftsexperten als sicher. Diese Schlussfolgerung basiert auf einem Abkommen der OPEC-Länder, die zusammen mit elf weiteren erdölexportierenden Staaten am 15. Dezember 2016 eine Drosselung der Erdölförderung vereinbart haben. Dieses Abkommen wird in Fachkreisen als „historisch“ bezeichnet, da keine so weitreichende Einigung erwartet wurde. Aus Wirtschaftskreisen wird verlautbart, dass hinter diesem Abkommen Saudi-Arabien und Russland stehen und dadurch mehr Wirtschaftswachstum erreichen wollen. Gerade die enge Abstimmung zwischen Riad und Moskau schien aufgrund der Interessenskonflikte im Syrienkonflikt nicht möglich zu sein, Saudi-Arabien unterstützt Oppositionelle und islamistische Rebellengruppen gegen syrische Regierungstruppen. Durch die Einigung der OPEC auf Drosselung der Ölproduktion werden deutlich höhere Ölpreise ab dem ersten Quartal 2017 erwartet. Dies deutet darauf hin, dass sich die russische Wirtschaft erholen und auch bei

einer Beibehaltung der EU-Sanktionen wachsen wird. Das Wirtschaftsmagazin Forbes und der IWF rechnet mit einem Wirtschaftswachstum von 1% bis 1,2% des BIP.

Ausblick

2017 wird die Außen- und Sicherheitspolitik Russlands hauptsächlich von der Maßnahmensetzung der USA abhängen. Es ist zu erwarten, dass die USA auf die vielen außenpolitischen Akzente Russlands der letzten Monate reagieren wird müssen. Offen bleibt allerdings, inwieweit es zu einer Koordinierung und Abstimmung bei der Interessensdurchsetzung zwischen den USA und Russland vor allem in Syrien und in der Ukraine kommt. Welche mittelfristigen Folgewirkungen der Präsidentschaftswechsel in den USA für Russland haben wird, ist zwar ungewiss, jedenfalls wird der Ausgang der US-Wahlen in Moskau grundsätzlich als positiv interpretiert und stellt den entscheidenden Ausgangspunkt für die kommenden Prozesse in der internationalen Politik dar.

Es ist wahrscheinlich, dass sich die USA und Russland auf eine gemeinsame Vorgehensweise gegen islamistische Terrornetzwerke werden einigen können. Zentrale Aspekte der künftigen amerikanisch-russischen Beziehungen werden von den folgenden Fragen abhängen:

Werden die USA die Errichtung einer Flugverbotszone in Syrien forcieren und Rebellengruppen mit Waffen unterstützen?

Inwieweit werden die USA das NATO-Engagement in den an Russland angrenzenden Allianzmitgliedern fortführen?

Werden die USA die ukrainische Regierung im Kampf gegen prorussische Separatisten unterstützen? Wenn ja, in welchem Ausmaß und mit welchen Mitteln?

Welche Position wird die neue US-Administration in der Frage der von Russland annektierten Schwarzmeerhalbinsel Krim einnehmen?

Inwieweit kommt es zu einer Verschlechterung der Beziehungen zwischen Washington und Peking?

Russland hatte in Folge der Ukrainekrise und den Sanktionen durch die USA und EU die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu China intensiviert. Würde die neue US-Administration eine Konfrontation mit der chinesischen Regierung eingehen, müsste sich Moskau neu positionieren. Entscheidende Akzente könnten von den Akteuren bereits in der ersten Jahreshälfte 2017 gesetzt werden. Zu Jahresende 2016 scheinen aus russischer Sicht in der kommenden US-Legislaturperiode unterschiedliche Szenarien möglich zu sein.

Der indo-pazifische Raum

Indien – Pakistan: neue Eskalation des Konflikts

Die Beziehungen zwischen den „Erzrivalen“ Indien und Pakistan haben erneut einen Tiefpunkt erreicht. Nach Entspannungssignalen 2014 und 2015 begann das Jahr 2016 mit dem Anschlag auf eine indische Luftwaffenbasis. Im September 2016 griffen vier Terroristen die Militärbasis in Uri nahe der „line of control“, der De-facto-Grenze zwischen Indien und Pakistan im geteilten Kaschmir, an. 18 indische Soldaten starben, die meisten durch das Anzünden von Unterkunftszelten. Alle Angreifer sollen getötet worden sein. Indiens Premierminister Narendra Modi sah sich zum Handeln gezwungen. Zunächst wollte er es bei diplomatischen Maßnahmen bewenden lassen. Sowohl in der Öffentlichkeit als auch in der eigenen Bharatiya-Janata-Partei wurden Forderungen laut, diese Provokation nicht auf sich sitzen zu lassen. Indiens Möglichkeiten, gegen Angriffe, die von pakistanischem Boden ausgehen, vorzugehen, sind beschränkt. Pakistan verfügt wie Indien über Nuklearwaffen, somit besteht das Risiko einer nuklearen Eskalation. Zudem ist das indische Militär in die Planungen für sicherheitspolitische Eventualitäten nur sehr unzureichend eingebunden, was die militärische Option von vornherein einschränkt. Schließlich reagierte Indien mit einem punktuellen Militärschlag unter Einsatz leichter Waffen. Eine Reihe von Unterschlüpfen, die der Vorbereitung von Angriffen auf indisches Territorium dienten, wurden bei einem Vorstoß nur wenige hundert Meter auf pakistanischem Gebiet zerstört. Zwei pakistanische Soldaten starben, Indien soll keine Verluste erlitten haben.

In Islamabad wurde die Aktion als Ablenkungsmanöver der indischen Regierung für die eigene Bevölkerung bezeichnet, man drohte mit scharfen Konsequenzen für den Wiederholungsfall. Wie schon in der Vergangenheit wies Pakistan auch im Fall Uri jegliche Verwicklung von sich, kritisierte aber Übergriffe indischer Sicherheitskräfte in Kaschmir. Pakistans Verteidigungsminister Khawaja M. Asif beschuldigte Indien, an Attacken in Pakistan beteiligt gewesen zu sein; Uri sei „self-generated“ gewesen. Vorausgegangen waren dem Schlagabtausch zwischen den verfeindeten Nachbarn monatelange Unruhen im indischen Teil Kaschmirs, die fast 80 Menschenleben gekostet haben. Es waren die schwersten Ausschreitungen seit sechs Jahren. Der Konflikt mit Pakistan und die Separatistenbewegung sind der Grund dafür, dass in der Region 500.000 Soldaten stationiert sind.

Anlass für die jüngsten Unruhen war der Tod von Burhan Wani, einem bekannten Anführer von Hizbul Mujahideen, der größten Separatistenorganisation Kaschmirs. Er starb bei einem Gefecht mit indischen

Sicherheitskräften. Das Begräbnis soll 100.000 Menschen auf die Straßen gebracht haben. Seine große Popularität, die besonders auf die Internet-Präsenz zurückzuführen war, gab Anlass zur Warnung, dass durch sein Vorbild die Reihen der Separatisten gestärkt werden könnten. Die Proteste brachen unmittelbar nach seinem Tod aus und eskalierten rasch. Die Sicherheitskräfte setzten Schrotmunition und Tränengas ein. Eine Ausgangssperre wurde verhängt, Schulen, Banken und Geschäfte blieben geschlossen. Zur Wiederherstellung der Ordnung wurden Internet und Mobiltelefonverbindungen gekappt.

In weiterer Folge kam es zu einer ganzen Serie von bewaffneten Grenzzwischenfällen zwischen Indien und Pakistan mit Toten auf beiden Seiten. Dabei wurde auch Artillerie eingesetzt. In zwei Fällen sollen Körper von indischen Soldaten verstümmelt worden sein, in Berichten war von einer Enthauptung die Rede – seitens der indischen Streitkräfte wurde nicht ausgeschlossen, dass es sich dabei auch um das Werk von Freischärlern gehandelt haben könnte. Auf pakistanischer Seite sollen neun Insassen eines zivilen Fahrzeuges gestorben und weitere neun verletzt worden sein. Ein zu Hilfe kommendes Rettungsfahrzeug ist nach diesen Darstellungen von indischer Seite ebenfalls unter Beschuss genommen worden. Pakistan gab mehr als fünfzig tote Zivilisten in den jüngsten Auseinandersetzungen an, Indien mindestens ein Dutzend.

Die Bedrohung durch Pakistan und auch durch China veranlasst Indien, qualitativ aufzurüsten. Es investiert aktuell in die Modernisierung seiner Streitkräfte und war 2016 der Staat mit den viergrößten Rüstungsausgaben (50,7 Milliarden USD). Nur die USA, China und Großbritannien geben mehr aus. Indien soll laut Berechnung von Jane's die Briten bereits 2020 überholen.

Nordkorea: Kommt 2017 der nukleare Durchbruch?

Immer manifester wurde im vergangenen halben Jahr die nukleare Bedrohung durch Nordkorea. Mit dem fünften Atomversuch im September und einer Reihe von Raketentests wurden deutliche Fortschritte im Nuklearprogramm demonstriert. Erstmals verlief der Test einer U-Boot-gestützten Rakete erfolgreich. Das ist insofern von Bedeutung, als solche Systeme schwieriger als landgestützte zu orten sind und Südkorea dagegen keine effektiven Abwehrsysteme besitzt. Die nordkoreanische Nuklearbewaffnung wird so immer mehr von einem theoretischen zu einem praktischen Problem. Der Umgang mit dem nuklear bewaffneten Nordkorea rückt gegenüber der Verhinderung der

nuklearen Bewaffnung in den Vordergrund. Sorgen bereiten dabei die zahlreichen Kurzstreckenraketen Nordkoreas. Sollten einzelne mit Nuklearköpfen bestückt werden, wären diese bei einem massiven Angriff von konventionell bestückten nicht zu unterscheiden.

Das neue Jahr leitete Staatsführer Kim Jong-un mit der Ankündigung des Tests einer Interkontinentalrakete, mit der das US-Festland getroffen werden könnte, ein. Kim dürfte starken Druck auf die nordkoreanischen Experten ausüben, heuer einen entscheidenden Durchbruch beim Nuklearprogramm zu erlangen. Er will damit die Voraussetzung für eine Neuordnung des Verhältnisses zu den USA schaffen. Die Information stammt von Thae Yong-ho, dem ehemaligen stellvertretenden Botschafter Nordkoreas in London, der im August 2016 in den Süden übergelaufen ist. Laut seiner Darstellung wird Kim das Nuklearprogramm unter keinen Umständen aufgeben. Es sei auch nicht verhandelbar – Kim werde sich auf kein Tauschgeschäft einlassen, bei dem die Aufgabe des Nuklearprogramms der Preis für Wirtschaftshilfe ist. Er wolle die Anerkennung Nordkoreas als Nuklearmacht durch die USA und erst von dieser Position aus weiterverhandeln. Neue Gespräche zwischen Washington und Pjöngjang sind nicht ganz von der Hand zu weisen, da die Sanktionspolitik gescheitert ist. Zahlreiche vom UN-Sicherheitsrat und den USA verhängte Einschränkungen haben die Fortführung des Nuklearprogrammes nicht verhindert. Thae rechnet auch mit keinem Kurswechsel Pekings. China werde Kim weiter unterstützen, weil es eine Wiedervereinigung Koreas unter Federführung des Südens und damit eine Machtausdehnung der USA bis an die chinesische Grenze befürchte. Das wisse Kim und nütze es aus.

Donald Trump hat China bereits kritisiert, dass es die USA in Sachen Nordkorea nicht unterstütze (aber sehr wohl Geld und Wohlstand aus den USA beziehe). Der neue US-Außenminister Rex Tillerson äußerte sich in die gleiche Richtung. China hat an sich – das ist nichts Neues – an einem nuklear-bewaffneten Nordkorea kein Interesse. Zumindest in diesem Punkt stimmen Peking und Washington überein. Nordkorea könnte somit ein Anknüpfungspunkt für eine US-chinesische Zusammenarbeit sein. Dazu wird es Vertrauen brauchen, das nicht so leicht herzustellen ist. Als das US-Finanzministerium im September 2016 gegen eine chinesische Firma, die in das nordkoreanische Nuklearprogramm verwickelt sein soll, Maßnahmen ankündigte, löste dies in Peking Protest aus: Man ermittle bereits selber gegen das Unternehmen, lehne aber rechtliche Schritte gegen chinesische Personen und Firmen durch das Ausland ab. So wie die USA China Halbherzigkeit bei der Verhinderung des nordkoreanischen Nuklearprogramms vorwerfen, traut

auch China den US-Ambitionen nicht. Aus Pekings Sicht wollen die USA ihre Position in Südkorea halten, um so über einen Außenposten gegenüber China zu verfügen. Peking ist besonders die Aufstellung des Raketenabwehrsystems Terminal High Altitude Area Defence im Auge (eine Batterie wird möglicherweise in der zweiten Jahreshälfte 2017 nach Südkorea verlegt). Dabei geht es nicht nur um die Abwehrfähigkeit dieses Systems, sondern auch um das Radar, mit dem auch chinesisches Territorium erfasst werden kann. China fordert den Verzicht der Stationierung, weil sonst das strategische Gleichgewicht in der Region beschädigt werden würde.

Präsident Trump: US-Bündnispolitik am Prüfstand

Ein nuklear bewaffnetes Nordkorea könnte Dynamiken auslösen, die Peking zu einer Überprüfung seiner bisherigen Haltung veranlassen könnten, weil es an einem nuklearen Wettrüsten in Ostasien kein Interesse hat. Japan und Südkorea würden wohl, wenn Pjöngjang soweit sein sollte, die Frage der Anschaffung von Nuklearwaffen überdenken. Donald Trump hatte im Frühjahr 2016 erklärt, dass er sich beide Verbündete als Nuklearmächte vorstellen könnte, Tillerson lehnte dies in seiner Anhörung vor dem Senat allerdings ab. Trump will, dass die US-Verbündeten mehr für ihre Verteidigung tun, widrigenfalls sich die USA von den Bündnissen zurückziehen würden. Das war für Japans Premierminister Shinzo Abe Grund genug, Trump noch vor der Inauguration zu besuchen, um für eine weitere militärische Unterstützung durch die USA zu werben. Es war die erste Begegnung Trumps mit einem ausländischen Staatsmann nach seiner Wahl. Abe zeigte sich mit dem Gespräch zwar zufrieden, über den Inhalt wurde allerdings nichts verlautet.

Während die bisherige Bündnispolitik der USA von Trump vielleicht doch weitergeführt werden wird, ist die Umsetzung der Transpacific Partnership (TPP) weniger wahrscheinlich. Abe ist ein Unterstützer des Freihandels, sein Land hat das TPP-Abkommen auch schon ratifiziert. Für Japan wäre die Verwirklichung vorteilhaft, weil es Mitglied in einem Wirtschaftsverbund von 12 Staaten sein würde, ohne dass China mit dabei wäre (eine Alternative zur TPP wäre ein Freihandelsabkommen mit der EU). Sollte TPP scheitern, bekämen die chinesischen Projekte der „Regional Comprehensive Economic Partnership“ bzw. der „Free Trade Area of the Asia-Pacific“ neue Bedeutung. China könnte sich als führende pazifische Wirtschaftsmacht profilieren. Für die USA käme das einem Verlust ihres Einflusses in dieser Region gleich.

Der außenpolitische Kurs von Donald Trump wird erst in den kommenden Monaten Konturen annehmen. Für

die Beziehungen zu Asien werden das Verhältnis zu China, das weitere Schicksal der Transpacific Partnership und die Politik gegenüber den US-Verbündeten entscheidend sein. Alle diese Punkte hängen zusammen. Bemerkenswert war im vergangenen Jahr die Wendung des neuen Präsidenten der Philippinen, Rodrigo Duterte, in Richtung China, die mit einer scharfen Distanzierung vom Bündnispartner USA verbunden war: "(...) I announce my separation from the United States," verkündete er öffentlichkeitswirksam bei einem Staatsbesuch in Peking. Nach Dutertes Worten sollen daraus das Ende für Truppenstationierungen der USA auf den Philippinen, für gemeinsame Übungen und Patrouillenfahrten resultieren. Die Neuausrichtung ist auch insofern bemerkenswert, als die Philippinen 2016 vor dem Internationalen Schiedsgerichtshof in Den Haag einen großen Erfolg erzielten, als dieser im Streit um das Südchinesische Meer Chinas Positionen großteils zurückwies. Auf der Tagung der Assoziation of Southeast Asian Nations (ASEAN) im September 2016 vermied Duterte eine Erörterung des Urteils, um später zu erklären, dass die Philippinen es nicht weiter beachten und Peking damit nicht behelligen würden. Duterte ist über die USA erzürnt, weil Barack Obama seinen Feldzug gegen die Drogenkriminalität, zu der die massenweise illegale Tötung von (angeblichen) Drogenkriminellen zählt, kritisierte. Duterte dürfte aber auch die Überzeugung gewonnen haben, dass gegen den übermächtigen Nachbarn China keine Politik zu machen ist und die einseitige Anbindung an Washington nicht genügend Vorteile bringt. Ob unter Präsident Trump wieder eine Annäherung stattfinden wird, wird sich weisen. Trump soll sich zumindest Duterte gegenüber freundlich über dessen Drogenpolitik geäußert haben. Die Philippinen werden zudem auf ihre Gebietsansprüche im Südchinesischen Meer nicht verzichten, genauso wenig die Chinesen. Dieser Konflikt wird somit bestehen bleiben. Und die Kündigung des Verteidigungsbündnisses mit den USA von 1951 ist sowieso nie zur Debatte gestanden ...

Südchinesisches Meer: Der Konflikt wird schärfer

Das Ausgreifen Chinas auf das Südchinesische Meer wird immer mehr zu einer Belastung für die internationalen Beziehungen. Die große Bedeutung dieser Meeresregion als Wirtschaftsader und die Vielzahl an betroffenen Staaten, vor allem die beiden größten Wirtschaftsmächte des Globus, USA und China, machen die zunehmende Militarisierung dieses Streites so brisant. Der Ausbau der von China künstlich errichteten Inseln zu Militärstützpunkten geht zügig voran. Besonders am Subi-, am Mischief- und am Fiery-Cross-Riff wurden umfassende Ausbauten

vorgenommen. Alle drei verfügen über Hangars für jeweils bis zu zwölf Kampfflugzeuge und vier weitere größere Maschinen. Zu deren Schutz werden Fliegerabwehrkanonen und möglicherweise Nahbereichsverteidigungssysteme errichtet. Mit der Aufstellung von Boden-Luftraketen ist zu rechnen. Durch diese und vier weitere Stützpunkte hat China bessere Möglichkeiten, seine Ansprüche auf nahezu das gesamte Südchinesische Meer zu verteidigen.

Die Philippinen, die 2017 den Vorsitz in der ASEAN haben, wollen die Frage nicht auf die Tagesordnung des heurigen Gipfels der Organisation, die heuer ihr 50-jähriges Bestehen feiert, setzen. Damit kommen die Philippinen einmal mehr den Chinesen entgegen. China hat sich stets gegen eine multilaterale Lösung ausgesprochen und für Verhandlungen zwischen den einzelnen betroffenen Staaten plädiert. Damit hat Peking die Möglichkeit, die ASEAN-Staaten gegeneinander auszuspielen. Die Philippinen wollen, dass bis Mitte 2017 ein „code of conduct“ für den Konflikt erstellt wird. Die Ausarbeitung dieses Codes war schon in der 2002 zwischen China und den ASEAN-Mitgliedern abgeschlossenen „Declaration on the Conduct of Parties in the South China“ vorgesehen, bislang konnte aber darüber keine Einigung erzielt werden.

Zahlreich waren in den vergangenen Monaten Flüge und Fahrten auf und über dem Südchinesischen Meer, mit denen China und die USA ihre jeweilige Haltung in dem Konflikt deutlich machen wollten. China demonstrierte seine Hoheitsansprüche, die USA ihr Beharren auf der Freiheit der Schifffahrt. Die USS Decatur führte im September 2016 eine sogenannte „freedom of navigation operation“ durch, die durch das Gebiet der Paracelsus-Inseln führte – aus Sicht Pekings ein „illegales“ Unterfangen, weil das Schiff nicht um Einfahrt in die Gewässer ersucht hatte. Es war auch ein Test für ein geändertes Führungsverfahren: Verantwortlich für die Operation war diesmal die dritte Flotte in San Diego und nicht die siebte Flotte im japanischen Yokosuka, zu deren Operationsgebiet an sich die Meeresregionen westlich der Datumsgrenze gehören. Durch eine derartige Flexibilisierung will die U.S. Navy die Durchführung von zwei Operationen in Asien gleichzeitig gewährleisten.

Die chinesische Luftwaffe führte im September eine Operation mit mehr als 40 Flugzeugen – darunter Bomber H-6K und Kampfflugzeuge Su-30 – im Westpazifik durch, um die Fähigkeit zu solchen Langstreckenflügen inklusive Luftbetankung zu erproben. Dabei wurde die Straße von Miyako zwischen den japanischen Inseln Okinawa und Miyako überflogen. Die Operation war völlig im Einklang mit internationalem Recht, es wurden keine Hoheitsrechte verletzt. Politisch und militärisch war sie aber geeignet,

Spannungen zu erzeugen. So flogen erstmals Kampfflugzeuge auf dieser Route. Der Zeitpunkt war auch nicht ganz zufällig gewählt: Kurz zuvor hatte der japanische Verteidigungsminister Tomomi Inada erklärt, dass Japan sein Engagement im Südchinesischen Meer durch gemeinsame Übungen mit den USA verstärken werde – angesichts der chinesischen Ansprüche auf das Meer eine unfreundliche Ansage. Japan hat größtes Interesse, dass der Zugang zum Südchinesischen Meer frei bleibt, sind seine Wasserwege doch für die japanische Wirtschaft Lebensadern.

Militärisch ist die Erweiterung des Operationsraumes der chinesischen Luftwaffe nach Westen für die USA relevant, da von H-6K-Bombern abgefeuerte chinesische Cruise Missiles die US-Basis auf der Pazifikinsel Guam treffen könnten. China will solche Übungsflüge über dem westlichen Pazifik nun regelmäßig durchführen. Im Dezember flogen zwei chinesische Bomber und zwei Aufklärer, zeitweise begleitet von zwei Su-30, ebenfalls durch die Miyako-Straße und weiter östlich von Taiwan über die Bashi-Straße, die zwischen Taiwan und den Philippinen liegt. Zwei japanische F-15 simulierten daraufhin ein Abfangmanöver. Die chinesischen Flugzeuge sollen dann die japanischen mit riskanten Luftmanövern gefährdet haben; einmal mehr ein unfreundlicher Akt zwischen den beiden Staaten. Die Flugroute östlich von Taiwan war für die Inselrepublik von Bedeutung, weil die Ostseite für eine militärische Besetzung als strategisch relevant gilt. Zwei Wochen später fuhr ein Verband der chinesischen Marine von sechs Schiffen, darunter Chinas einziger Flugzeugträger, die Liaoning, fast die gleiche Route. Peking zeigte mit diesen militärischen Demonstrationen „seine Fähigkeiten und seinen Willen“, wie die Expertin Yun Sun meinte. Man könnte auch sagen: seine militärische Macht.

Wie wird Trumps China-Politik aussehen?

Wie die USA und ihr neuer Präsident Trump mit dem selbstbewusst auftretenden China umgehen werden, ist noch nicht klar. Es gibt allerdings Gründe zur Annahme, dass Trump Peking gegenüber forsch auftreten wird. Der Journalist Sam Lewis-Hargreave brachte es auf den Punkt: *“China is winning. America is losing. And if there’s anything Donald Trump hates, it’s losing.”* Trump hatte schon in der Vergangenheit die Chinesen als „Feinde“ bezeichnet, allerdings auch deren Führer als befähigter als die der USA bewertet. Demgemäß dürfte Trump China als gefährlichen Konkurrenten einschätzen. Auffällig war, dass Trump nach der Wahl auf chinesische Haltungen und Empfindlichkeiten keine Rücksicht nahm. Er ließ sich einen Anruf der taiwanesischen Präsidentin Tsai Ing-wen durchstellen, die ihm zur Wahl gratulieren wollte. Aus Sicht Pekings

ein Affront, wird doch Taiwan als abtrünnige Provinz betrachtet. Offizielle Kontakte mit Taiwan werden von Peking stets als Eingriff in die Souveränität gewertet. Trotz einer kritischen Positionierung Donald Trumps, bekennen sich auch die USA weiterhin zur Ein-China-Politik und betrachten die Regierung in Peking als einzige legitime Vertretung Chinas. Trump war der erste US-Präsident seit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Taipeh, der mit einem taiwanesischen Präsident gesprochen hatte. Ob sich Trump der Tragweite seines Handelns bewusst war oder ob er aus Unwissenheit gehandelt hatte, war zunächst unklar. Trump hatte auch bei anderen Telefonaten mit ausländischen Regierungschefs diplomatisches Fingerspitzengefühl missen lassen. Beratungen für diese Gespräche durch das Außenministerium vermied er. Peking legte zwar Protest gegen das Telefonat mit Tsai ein, spielte die Angelegenheit aber ansonsten herunter bzw. sprach von einem „Trick“ Taipehs.

Die Beziehungen zwischen Festland und Insel sind aktuell angespannt. Peking hat die offiziellen Kanäle stillgelegt, nachdem Tsai in ihrer Augurationsrede den „Konsens von 1992“ nicht als bindend anerkennen wollte. Der Konsens besagt, dass es ein China gibt, aber verschiedene Interpretationen in Peking und Taipeh, was darunter zu verstehen sei. Peking misstraut Tsais Absichten und befürchtet, dass ihre Politik auf die Unabhängigkeit der Insel hinauslaufen könnte. Einen selbständigen Kurs Taiwans ließ Tsai auch in der Frage des Südchinesischen Meeres erkennen (Taiwan stellt hier eigene Ansprüche). Als im Juli 2016 aus Peking der Vorschlag einer gemeinsamen Haltung zum Schiedsspruch von Den Haag kam, wurde dies von Taipeh zurückgewiesen. Tsai wollte nicht den Eindruck erwecken, dass es ein China gebe, das mit einer Stimme spreche. Die große Mehrheit der Taiwanesen steht hinter Tsais Politik. Auch das Telefonat mit Trump wurde positiv aufgenommen.

Der gewählte Präsident verteidigte das Gespräch trotz der negativen Reaktionen aus Peking. So stellte er die rhetorische Frage, ob China bei den USA denn angefragt habe, ob es seine Währung entwerten, US-Importe belasten oder militärische Einrichtungen im Südchinesischen Meer errichten dürfe, und beantwortete sie leicht ironisch, dass er das nicht glaube. Dieses Verhalten und Berichte über vorhergehende Kontakte zwischen dem jeweiligen Umfeld der beiden lassen den Schluss zu, dass das Gespräch vorbereitet war – es sollen neben Höflichkeiten auch Inhalte ausgetauscht worden sein – und es sich nicht um eine spontane Aktion gehandelt hat. Es gibt in konservativen Kreisen Befürworter einer offensiven Unterstützung Taiwans durch die USA, selbst wenn dadurch die Beziehungen zu Peking leiden sollten. Möglicherweise

kam die Empfehlung zu dem Telefonat aus dieser Richtung.

Der Ton zwischen der chinesischen Regierung und Trump wurde in der Folge wesentlich rauer. Trump stellte auch die Ein-China-Politik zur Disposition, indem er fragte, warum die USA daran gebunden sein sollten, wenn nicht im Gegenzug ein „Deal“ in einem anderen Bereich abgeschlossen werden könnte. Trump dachte dabei an die Währungspolitik, den Nuklearstreit mit Nordkorea und den Konflikt um das Südchinesische Meer. Peking machte sofort klar, dass es überhaupt nichts mehr zu reden gäbe, sollte Washington von der Ein-China-Politik Abstand nehmen, weil dies die politische Grundlage für die Entwicklung der Beziehungen sei. Die „Global Times“, eine chinesische Zeitung mit stark nationaler Ausrichtung, schrieb, dass die Ein-China-Politik nicht Gegenstand von Geschäften sein könne, und stellte die Drohung in den Raum, dass die Wiedervereinigung von Festland und Insel auch mit Gewalt erfolgen könnte.

Nicht in das Bild eines Konfrontationskurses passte die Nominierung von Terry Branstad zum US-Botschafter in Peking. Branstad ist Gouverneur von Iowa, ein langgedienter Politiker mit insgesamt 21 Jahren Amtserfahrung. Branstad verbindet eine langjährige Beziehung mit Staats- und Parteichef Xi Jinping, der ihn als „alten Freund“ bezeichnet, in der chinesischen Kultur eine besondere Auszeichnung. Die beiden lernten sich 1985 bei Xis erstem Aufenthalt in den USA kennen. 2012 flog Xi, damals noch Vizepräsident, wieder nach Iowa und besuchte Branstad. Der enge Kontakt hat sich bezahlt gemacht: Heute kommt mehr als die Hälfte des von China importierten Sojas aus diesem Bundesstaat. Die Nominierung von Branstad, der als Pragmatiker gilt, kann als Signal gewertet werden, dass Trump an ausgeglichenen Beziehungen interessiert ist.

Bemühungen um einen Ausgleich werden in den kommenden Monaten wohl stattfinden, hat doch auch die Anhörung des neuen Außenministers Tillerson gezeigt, dass Peking mit Widerständen aus Washington zu rechnen hat. Tillerson sprach davon, dass China der Zugang zu den Stützpunkten im Südchinesischen Meer zu verwehren sei. Tillerson verglich das Vorgehen Chinas mit dem Russlands auf der Krim. Während die offizielle Reaktion aus Peking zunächst verhalten war, waren in der Presse scharfe Erwidernungen zu lesen, denen aber aufgrund der staatlichen Kontrolle der Medien offiziöser Charakter zuzuschreiben ist. Tillerson hätte sich mit Nuklearstrategien vertraut machen sollen, wenn er eine „große Nuklearmacht“ zwingen wolle, sich von ihrem eigenen Territorium zurückzuziehen, schrieb die „Global Times“. „China Daily“ warnte vor einer

„devastating confrontation“, sollten es die USA auf eine gegen China gerichtete Politik anlegen. Mit gemesseneren Worten, aber gleichfalls deutlich stellte schließlich auch das chinesische Außenministerium klar, dass die Ein-China-Politik nicht zur Disposition stehe: “The One China principle is the precondition and political basis for any country having relations with China. If anyone attempts to damage the One China principle or if they are under the illusion they can use this as a bargaining chip, they will be opposed by the Chinese government and people.”

Im heurigen Jahr steht der Parteitag der Kommunistischen Partei bevor. Für den Staatspräsidenten und Generalsekretär des Zentralkomitees der Partei, Xi Jinping, wird es darum gehen, seine Macht zu festigen, indem er Führungspositionen mit Vertrauten besetzt. In der höchsten Hierarchieebene, dem Ständigen Komitee des Politbüros, werden fünf von sieben Mitgliedern in den Ruhestand gehen. Chinas Wirtschaftswachstum hat sich den letzten Jahren abgekühlt, ein Trend, der sich auch 2017 fortsetzen dürfte. Für 2016 wurde mit einem Wachstum von 6,6 Prozent gerechnet, für heuer mit 6,5 Prozent. China ist hoch verschuldet, die Exporte gehen zurück, die Konkurrenzfähigkeit sinkt durch steigende Löhne und eine abnehmende Zahl an Arbeitskräften, die Politik der vergangenen Jahre, in die Infrastruktur und den Immobilienmarkt zu investieren, lässt sich in dem Ausmaß nicht mehr fortsetzen. Xi steht somit unter Erfolgsdruck und dürfte daher an seinem nationalistischen Kurs, den er schon bislang verfochten hat, festhalten.

Myanmar: Verfolgung der Rohingya wird zu regionalem Problem

In Südostasien wird die langjährige Unterdrückung der muslimischen Minderheit der Rohingya in Myanmar zunehmend zu einem Problem für die ganze Region. Der Konflikt geht auf die Zeit des Zweiten Weltkriegs zurück. Kern ist der Umstand, dass die rund 1,1 Million Rohingya in Myanmar nicht als autochthone Bevölkerung, sondern als Immigranten aus Bangladesch betrachtet werden. Bewaffnete Widerstandsgruppen haben stets existiert. Seit 2012 hat sich die Lage verschärft. Damals kam es zu Ausschreitungen gegen Moslems in ganz Myanmar. Mangels entsprechender Ausweise konnten die Rohingya nicht an den Wahlen 2015 teilnehmen. Die Menschen sind fortwährenden Schikanen durch die staatlichen Ordnungshüter ausgesetzt. Im Oktober 2016 wurden drei Bezirke im Norden des Teilstaates Rakhine zur Operationszone erklärt, nachdem drei Posten der Sicherheitskräfte von

einigen hundert Männern mit Messern, Schleudern und auch Schusswaffen attackiert worden waren; neun Polizisten starben, Ziel waren Waffen und Munition. Aus Angst vor den muslimischen Rebellen ergriffen rund 3.000 Buddhisten die Flucht. Bei den folgenden Auseinandersetzungen sollen 102 Rohingya und 32 Sicherheitskräfte getötet worden sein. Beigetragen zu diesem Ausbruch an Gewalt hat auch der Umstand, dass die illegale Migration nach Malaysia, die früher für die jungen Männer ein häufig genutzter Weg war, der misslichen Situation in ihrer Heimat zu entkommen, unterbunden wurde, wodurch sich ein Rekrutierungspotential für militante Kräfte eröffnete.

Beim Vorgehen der Sicherheitskräfte soll es zu zahlreichen Übergriffen auf die Bevölkerung gekommen sein. Satellitenbilder zeigen, dass ganze Dörfer in Brand gesteckt wurden. Solche Attacken, gemeinsam mit der langjährigen Praxis der Diskriminierung der Rohingya, werden den Konflikt am Leben halten. Die Vereinten Nationen sprechen von 30.000 Menschen, die aus ihren Wohnstätten vertrieben wurden. Zu einer weiteren Eskalation könnte der Plan beitragen, aus Buddhisten der lokalen Bevölkerung Selbstschutzkräfte zu bilden. Die „International Crisis Group“ stuft die Gruppe hinter dem aktuellen Aufstand als gut organisiert und finanziell potent ein. Harakah al-Yaqin (Bewegung des Glaubens) wird von in Saudi-Arabien lebenden Emigranten der Rohingya gelenkt; die Führer vor Ort gelten als gut ausgebildet im Guerilla-Kampf. All diese Faktoren bilden das Potential für eine Verschärfung des Konfliktes.

Die Regierung von Myanmar weist indes die Vorwürfe von Menschenrechtsverletzungen zurück. Enttäuschung hat die mangelnde Bereitschaft von Staatsrätin Aung San Suu Kyi ausgelöst, sich der Lösung des Konfliktes anzunehmen. Suu Kyi war die Leitfigur der Demokratiebewegung in Myanmar, saß 15 Jahre in Hausarrest, wurde für ihr Eintreten gegen das Militärregime mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet und ist heute die eigentliche starke Frau hinter der seit 2016 im Amt befindlichen Reformregierung der „Nationalen Liga für Demokratie“ (das Präsidentenamt ist ihr aufgrund der Verfassung verwehrt). 23 Persönlichkeiten, darunter 13 Friedensnobelpreisträger, schrieben einen offenen Brief an den UN-Sicherheitsrat, in dem sie Suu Kyi Untätigkeit vorwarfen. Suu Kyi war bemüht, die Kritik an ihrem Land abzuwehren und die Vorwürfe zu relativieren. Beobachter gaben zu bedenken, dass das Militär nach wie vor über große Macht verfügt und sich Suu Kyi mit den Generalen arrangieren müsse, um die politischen Reformen nicht zu gefährden. Hinzu kommt, dass eine Unterstützung von Moslems im Land nicht populär ist.

Das Leid der muslimischen Rohingya rief den Premierminister von Malaysia, Najib Razak, auf den

Plan. Malaysia ist ein überwiegend muslimisches Land. Bei einer Großveranstaltung in Kuala Lumpur bezeichnete er die Vorgänge in Myanmar als „Genozid“. Die Staaten der Region und auch die internationale Gemeinschaft sollten auf Myanmar Druck ausüben, um die Gewalt zu beenden. Razak sprach auch von einer Beleidigung des Islam. Er rief den Präsidenten Indonesiens, Joko Widodo, auf, ebenfalls eine öffentliche Protestveranstaltung zu organisieren. Razaks Verhalten war insofern überraschend, als in der ASEAN die Nichteinmischung in Angelegenheiten der anderen Mitgliedsstaaten ein wesentlicher Grundsatz ist. Möglicherweise wollte Razak auf diese Weise auch von einem innenpolitischen Skandal ablenken. Malaysia beherbergt nach seinen Angaben 56.000 geflohene Rohingya, hat also Interesse an einer Entschärfung des Konflikts. Daniel Russel, der im US-Außenministerium für Ostasien und den pazifischen Raum zuständig ist, äußerte die Befürchtung, dass in Myanmar und Bangladesch der islamistische Jihadismus einen Aufschwung nehmen könnte, Malaysia und Indonesien sollten daher die Emotionen nicht anheizen. Indonesien entschied, statt lautstarken Protest humanitäre Hilfe in Form von Lebensmitteln und Bekleidung zu leisten.

Syrien und die Folgen

Der Syrienkonflikt hat die strategische Landkarte wie kaum ein anderer Konflikt in den letzten Jahren verändert. Gründe für den Konflikt sind das Scheitern der zivilgesellschaftlichen Reform- und Protestbewegung (sog. „Arabischer Frühling“), die Formierung des militärischen Widerstandes und die Unterwanderung desselben durch radikal-islamistische Gruppen, die Einflussnahme der Regionalmächte Türkei, Iran und anfangs noch Saudi-Arabien auf den Konfliktablauf, die Involvierung Russlands und zu guter letzt das Auftreten des Islamischen Staates (IS siehe Infobox).

Nach vielen gescheiterten Vermittlungsversuchen ermöglichte der politische Richtungswechsel der Türkei die von der UN überwachte Evakuierung Ost-Aleppos im Herbst 2016. Danach lag die Initiative bei den Russen, denen es mit kasachischer Unterstützung gelang, Teheran, Damaskus und Ankara sowie die syrische Opposition Ende Jänner 2017 in Astana an den Verhandlungstisch zu bekommen. Das „Syrienjahr“ 2017 steht also unter dem großen Fragezeichen, ob Astana der Beginn eines Prozesses ist, der den Konflikt entlang der existierenden Waffenstillstandslinien stabilisieren oder gar einfrieren lässt. Vorderhand unberechenbare Faktoren sind die Frage, wann und durch wen (USA, YPG, Syrer) der IS aus Syrien vertrieben wird und welche Aufmerksamkeit die neue amerikanische Administration dem Syrienkonflikt widmen will.

Mit einiger Sicherheit lässt sich jedoch jetzt schon voraussagen, dass sowohl die Türkei als auch der Iran eine wichtige Rolle spielen werden. Beide Staaten wurden vom Syrienkonflikt unterschiedlich beeinflusst.

Instabil und fremd geworden: die Türkei

Bis zum Amtsantritt der AKP war die Türkei um höfliche Distanz zu ihren muslimischen Nachbarstaaten bemüht. Politisches Ziel war die Mitgliedschaft in der Europäischen Union, mit der das nationalistische Europäisierungsprojekt hätte abgeschlossen werden sollen. Die daraus erfolgte Verleugnung geographischer und kulturgeographischer Realitäten mussten selbst die Kemalisten relativieren, z.B. durch Interventionen im Nordirak aufgrund der Kurdenfrage (siehe Kasten).

Auf konzeptioneller Ebene wurde jedoch erst unter Außenminister Ahmet Davutoğlu und Präsident Recep Tayyip Erdoğan die Umorientierung der Außenpolitik vorgenommen. Davutoğlu bemühte sich, durch wirtschaftliche und kulturelle Kooperation mit der islamischen Welt zur Stabilisierung und politischen Entradikalisierung der Region beizutragen. Erdoğan

hingegen irritierte durch islamistische Rhetorik und Osmanennostalgie.

Zum sicherheitspolitischen Bumerang entwickelte sich die türkische Syrienpolitik. Ankara rechnete anfangs wie Paris, London und Berlin mit einem baldigen Sturz Bashir al-Assads und unterstützte daher die syrische Moslembroderschaft in der Hoffnung, pro-türkische sunnitische Eliten in Damaskus an die Macht zu bringen und dies in kurzer Zeit vollbringen zu können. Diese Wunschvorstellung erklärt zunächst die großzügige Geste Ankaras, die Grenzen für (arabischsprachige, sunnitische) syrische Flüchtlinge zu öffnen. Offensichtlich hatten die Türken sich jedoch wie alle anderen Mächte mit der Konfliktdauer verkalkuliert und standen bei der Bewältigung der Flüchtlingsproblematik vor Herausforderungen, die sie nur schwer bewältigen konnten aber geschickt zum Druckmittel gegen die Europäer umformten.

Eine weitere Konsequenz der türkischen Anti-Assad-Politik war die enge sicherheitspolitische Kooperation mit Katar. Der Kleinstaat am Golf ist nicht nur wegen seiner Finanzmacht ein wichtiger Partner der Türkei, seine Medienmacht (Al-Jazeera) und sein von Saudi-Arabien unabhängiger politischer Kurs (Unterstützung der Moslembroderschaft) tragen wesentlich zur Attraktivität für Ankara bei. Jedoch führte diese Partnerschaft zur Entfremdung mit Saudi-Arabien, einem finanziell ebenfalls sehr einflussreichen Partner der Türken. Und schließlich führte die Unterstützung der Gegner Assads zu Beziehungen zwischen Ankara und radikalen Al-Qaida Gruppen in- und außerhalb der sog. Free Syrian Army. Aufgeflogene Waffenlieferungen durch den türkischen Geheimdienst MIT wurden von der Opposition als Beweis zitiert, dass Ankara nicht einmal vor einer Unterstützung des IS zurückschreckte (siehe die Infobox). Selbst wenn derartige Beziehungen, sofern sie existierten, kaum mehr als lose Geheimdienstkontakte gewesen sein dürften, so warfen sie doch ein schiefes Licht auf die türkische Politik gegenüber radikalen Gruppen und führten im Zuge der generellen türkisch-europäischen Entfremdung zu großem Misstrauen. Zudem waren sie keine Garantie dafür, dass der IS die Türkei nicht angreifen werde – von 2014 bis 2016 verübte der IS mehr als ein Dutzend Anschläge mit vielen Toten im Land.

Vier Gründe erklären den türkischen Politikwechsel gegenüber Syrien: Erstens ließ sich der offensichtliche Misserfolg Ankaras in Syrien nicht mehr verheimlichen. Dort hatte man nicht nur keinen Erfolg gegen Assad sondern auch noch Russland verärgert (Abschuss eines russischen Kampfflugzeuges im Jahr 2015, Ermordung des russischen Botschafters im Dezember 2016). Ein Kurswechsel konnte daher helfen, die Beziehungen mit Russland zu reparieren. Dazu kam zweitens die relative Isolation der Türkei im westlichen politischen Lager, die

trotz des Flüchtlingsdeals von 2015 nach dem gescheiterten Militärputsch von 2016 noch verstärkt wurde. Darüber hinaus, drittens, wurde der Krieg in Syrien immer doppelgleisig geführt: Den Sturz Assads betrieb der Geheimdienst MIT mithilfe lokaler Kräfte, die Armee hingegen sah immer die PKK-affilierte YPG als die eigentliche Bedrohung. Nach dem Scheitern des Friedensprozesses im Jahr 2015 fiel es der Regierung daher nicht schwer, dem Druck des Militärs nachzugeben und die Lage in Nordsyrien („Rojava“) als die eigentliche Bedrohung für das Land darzustellen. Schließlich, viertens, bot eine Militärintervention in Syrien trotz aller Risiken die Möglichkeit, zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen: Indem die türkische Armee die Region von Jerablus bis El-Bab einnahm, verhinderte sie die Vereinigung der kurdischen (sprich PKK-geführten) Kantone Qamishli und Kobani mit dem dritten Kanton Afrin. Gleichzeitig konnte sich Ankara der internationalen Gemeinschaft gegenüber als energischer Kämpfer gegen den IS ausweisen, der von El-Bab aus hartnäckigen Widerstand leistet und den Türken schwere und demütigende Verluste zufügt (z. B. das Verbrennen türkischer Soldaten bei lebendigem Leibe), die sich nur durch eine strenge und effiziente Zensur in der Türkei unterdrücken lassen.

IS: Der zweitbeste Feind

Aus westlicher vor allem aus US-amerikanischer Sicht steht der Kampf gegen den IS im Vordergrund der militärischen und politischen Anstrengung. Daher gehen die meisten Akteure in der Region davon aus, dass sie sich auf ihre „eigentlichen“ Feinde und strategischen Ziele konzentrieren können. Denn mit Ausnahme der irakischen Regierung ist der IS jedermanns zweitbesten Feind, dessen Niederlage bald erwartet wird. Außerdem sind die arabischen Führer des IS in der Region gut bekannt und Gesprächskanäle zu ihnen müssen existieren, auch wenn sie sich im Einzelfall schwer nachweisen lassen. Daher spielen ältere Konflikte eine größere Rolle: die irakischen Kurden fürchten ein Erstarken der Zentralregierung in Bagdad mehr als den IS, ähnlich fürchtet Teheran einen aus der alten Elite hervorgehenden General, der den Irak unter dem Banner des Arabismus eint, mehr als den Kalifen von Mosul, während das syrische Regime zwar den IS bekämpft, seinen Hauptfeind aber in anderen Oppositionsgruppen sieht. Die Türkei wiederum bekämpft zwar den IS, dessen Opfer sie erst jüngst geworden ist, hat aber die syrischen PKK-Ableger YPG und PYD als Hauptfeind, während die PKK hofft, durch den von der YPG geführten Kampf gegen den IS internationale Anerkennung zu bekommen und mittelfristig die Streichung von der Terrorliste zu erreichen.

Für Ankara mag der Kurswechsel in Syrien noch zur rechten Zeit gekommen sein, um die Position des Landes bei den Verhandlungen in Astana zu stärken. Er unterstreicht jedoch, dass das Land nicht in der Lage ist, die Ereignisse in Syrien in seinem Sinne zu diktieren und seine Interessen nur in Kooperation mit Partnern wie Russland und Iran wahrnehmen kann. Noch ist es jedoch zu früh, um von einer möglichen Dreier-Allianz zu sprechen. Viel mehr handelt es sich um eine Interessenskonvergenz, die pragmatische gehandhabt wird.

Langfristig bedeutender und für die Region unberechenbarer dürfte jedoch die Veränderung des Verhältnisses zu Europa und zum Westen allgemein sein. Unabhängig davon, wie der EU-Beitritt der Türkei gesehen wird, bildeten die politische und kulturelle Ausrichtung der türkischen Eliten nach Europa und die Einbindung des Landes in die Verteidigungsstrukturen der NATO eine fixe Größe in den strategischen Gleichungen des Nahen Ostens, die sich nun verändern.

Die innenpolitischen Umwälzungen, vor allem die Säuberungen im Sicherheitsapparat, die erwartungsgemäß nach dem Putsch intensiviert wurden, haben in der letzten Zeit auf alle Bereiche des öffentlichen Lebens übergegriffen. Manche Autoren sprechen bereits von einer großangelegten politischen Säuberung gegen unliebsame Akademiker, Richter, Journalisten und Intellektuelle, um nur die wichtigsten Berufsgruppen zu nennen. Ersetzt werden diese fehlenden Kader durch in der Regel weniger gebildete Erdoğan-Anhänger aus dem islamistischen und ultranationalistischen Spektrum, deren antidemokratische und antiwestliche Rhetorik immer wieder Anlass zu Besorgnis in Berlin, Brüssel und Washington gab. Noch ist nicht klar ersichtlich, welche genauen Zugeständnisse Erdoğan an die Ultranationalisten in- und außerhalb der MHP machen musste, die Distanz zur EU und der harte Kurs in der Kurdenfrage könnten jedoch schon ein Teil davon sein.

Diese Entwicklung wurde spätestens ab 2013 deutlich, als Erdogans Absichten, eine Präsidialrepublik einzurichten, nicht mehr verschleiert wurden. Dabei geht es dem Präsidenten in erster Linie nicht nur unbedingt darum, Familienangehörige wegen mutmaßlicher Korruptionsvorwürfe vor Strafverfolgung zu schützen, obwohl dieser Aspekt bestimmt auch eine Rolle spielt. Vielmehr spiegelt die von Erdoğan Ende Jänner 2017 durch das Parlament gepeitschte Verfassungsreform den in der türkischen Gesellschaft verbreiteten Wunsch nach einem „starken Mann“ (*büyük adam*) entweder in der Art eines Atatürk oder wenigstens als eine Art osmanischen Sultan wider; denn gute Parteichefs werden gleich wie Sufi Meister oder Stammeschefs auch als Wohltäter (*veli-nimet*) wahrgenommen, denen man Respekt (*hörmət*) ohne

Widerrede zollt. Dem Parlament kommt in diesem Zusammenhang nur mehr eine beratende Funktion zu, die Minister sind kaum mehr als Wesire, die nach Gutdünken ein- oder abgesetzt werden können, dasselbe gilt für die Richterschaft. Das Resultat wäre dann ein autoritärer Führerstaat nach orientalistisch-despotischem Muster². Damit einher geht die Ablehnung des herkömmlichen Demokratieverständnisses auf intellektueller und akademischer Ebene und die Betonung einer „Demokratie“, die im „Einklang mit den traditionellen türkischen Werten ist“. Kritische Debatten über Menschen- und Minderheitenrechte werden dadurch ebenso schwierig, wie es beinahe unmöglich wird, die Wirtschaftslage, ohne zu beschönigen, in der Öffentlichkeit zu hinterfragen.

Dadurch stellt sich von türkischer Seite weniger die Frage des EU-Beitritts als die eines besonders privilegierten Verhältnisses zu Europa, das Ankara im Idealfall nach seinen Interessen gestalten will. Die Beitrittsperspektive wird selbstredend keinesfalls aufgegeben, sondern als eine Art diplomatisches Mikado gespielt: wenn die Europäer als erste „nein“ zum EU-Beitritt sagen, haben sie nach türkischem Kalkül in den Augen der internationalen und vor allem der globalen muslimischen Öffentlichkeit verloren und den Beweis erbracht, dass Europa ein chauvinistischer und christlicher Club ist. Außerdem ist zu erwarten, dass Großbritannien und die Türkei sich in der Frage der zukünftigen besonderen Partnerschaft mit der EU koordinieren werden. Ob und inwieweit diese Koordination den beiden Staaten Vorteile bei den Verhandlungen schaffen wird, kann noch nicht beurteilt werden.

Zusammengefasst können folgende Kernaussagen für 2017 gemacht werden: Mittelfristig werden sich die Beziehungen zum Westen lockern, da ihnen zunehmend die gemeinsame Wertebasis abhanden kommt, ohne jedoch ganz zum Bruch zu führen. Innenpolitisch wird der Kurs in Richtung Präsidialrepublik fortgesetzt werden. Außenpolitisch bleibt die Türkei zwar NATO Mitglied, geht aber von Fall zu Fall opportunistische Zweckbündnisse mit anderen Akteuren in der Region ein. Eine durchdachte Außenpolitik und Strategie, wie sie noch unter Davutoğlu versucht wurde, ist vorderhand nicht zu erkennen. Aus europäischer Sicht

ist die Türkei nun politisch-instabil und kulturell fremd geworden.

Vorsichtig und selbstbewusst: die Islamische Republik Iran

Der Amtsantritt des neuen amerikanischen Präsidenten Donald J. Trump am 20. Jänner 2017 kommt für die iranische Regierung und die strategischen Planer in Teheran ungelegen. Seine Drohungen, aus dem Nuklearabkommen JCPOA wieder auszusteigen oder es aufzuschneiden, wurden von den Iranern postwendend zurückgewiesen. Erwartungsgemäß erfüllt Teheran seinen Teil des Abkommens und verlangt von der internationalen Gemeinschaft, nun ihrerseits mit der schrittweisen Aufhebung der internationalen Sanktionen zu beginnen.

Die politische Bedeutung des Abkommens liegt zunächst in der iranischen Wirtschafts- und Innenpolitik. Denn durch das Abkommen soll die Islamische Republik Iran wieder an die internationalen Märkte angeschlossen und der Handel normalisiert werden, um in weiterer Folge Investoren ins Land zu locken und die Wirtschaft zu stabilisieren. Den dadurch entstehenden Reformdruck will Präsident Hasan Ruhani dazu nutzen, Gesetze und Regelungen zu adaptieren und zu modernisieren. Vor allem ist seine Regierung bemüht, die Rechtssicherheit für Investoren herzustellen. Hinter dieser wirtschaftsfreundlichen Politik stehen aus Ruhanis Sicht aber nicht nur wirtschaftliche Überlegungen. Denn die mangelnde Rechtssicherheit betrifft nicht nur ausländische Investoren, sondern die gesamte Gesellschaft. Ruhani versucht in seiner Politik die wirtschaftsfreundlichen Ansätze seines Mentors, des kürzlich verstorbenen Sheikh Ali Akbar Hashemi-Bahramani, genannt Rafsanjani, und den menschen- und bürgerrechtlichen politischen Ansatz seines Vorgängers Seyyed Mohammad Khatami zu vereinen.

Ruhani plant also den erhofften Wirtschaftsaufschwung zu nutzen, um die von ihm während des Wahlkampfes versprochenen Gesellschaftsreformen – im Prinzip handelt es sich um bescheidene, aber dennoch wichtige Liberalisierungsschritte – umzusetzen. Gleichzeitig soll die aufgeblähte Verwaltung gestrafft und effizienter gestaltet werden. Beschwerden über behördliche Inkompetenz gehören im Iran zur Tagesordnung, vor allem die allgegenwärtige Korruption, die Ideologisierung des Verwaltungsapparates, der omnipräsente staatliche Überwachungs- und Repressionsapparat sowie der stetig steigende Einfluss der Revolutionsgarde in der Wirtschaft und die damit einhergehenden Wettbewerbsverzerrungen tragen zur Delegitimierung des Regimes in der Bevölkerung bei.

² Der Begriff der „orientalischen Despotie“ prägte die akademische Debatte über den Kommunismus in den 1950er Jahren. Angesichts jüngster Ereignisse in der Region plädiere ich für eine Wiedereinführung des Begriffs, will man sich nicht absurder Oxymorone wie „illiberale Demokratie“ oder „demokratisch legitimierter Autoritarismus“ u.ä. bedienen. Vgl. Carl August Wittfogel, *Oriental Despotism. A Comparative Study of Total Power*, Yale 1957.

Ruhani hat seine gesellschaftspolitischen Ziele 2013 in einem Strategiepapier namens „Bürgervertrag“ (*manshūr-e shahrvandân*) niedergelegt. Im Text geht es dabei weniger um einen großangelegten Gesellschaftsentwurf, sondern um die Verbriefung der Bürgerrechte (*boquq-e shahrvandân*) und die Anwendung derselben in der Islamischen Republik. Umgelegt auf die Realpolitik bedeutet dies nicht notwendigerweise ein Zurückfahren des staatlichen Repressionsapparates, aber eine deutliche Einschränkung der selbst-arrogierten Machtbefugnisse irregulärer Gruppen, der sogenannten Hezbollahis. Ihre Anhänger sind in vielen Fällen auch in den Sicherheitskräften aktiv und für ihre Willkür, Brutalität und Unberechenbarkeit berüchtigt. Diese Gruppen entstanden Anfang der 1990er Jahre mit dem expliziten Ziel, die Politik des damaligen Präsidenten Rafsanjani und später Khatamis zu konterkarieren. Von ihnen kam bisher der hartnäckigste Widerstand gegen die Politik Ruhanis. Zum einen blockierten ihre Vertreter im Parlament die Regierungsarbeit, indem sie zum Beispiel Kampagnen gegen Minister und Vertraute des Präsidenten führten. Zum anderen verwickelten ihre Aktivisten die staatlichen Kulturbehörden und Sicherheitskräfte in endlosen Streitereien über genehmigte (!) kulturelle Aktivitäten wie Dichterlesungen, Konzerte oder Kinovorführungen.

Der Hintergrund derlei Aktivitäten ist ein ernster: Der Islamischen Republik war es bisher nicht gelungen, die Anwendung des koranischen Prinzips „Gutes befehlen und Schlechtes verwehren“ (*al-amr bi-l-ma'ruf va nahy ani l-munkir*, Sure 9:71; Artikel 8 der iranischen Verfassung) zu regeln. Das erlaubte es den Hezbollahis und anderen selbsternannten Tugendwächern, „Sünder“ auf eigene Faust zu bestrafen oder „sündige“ Veranstaltungen zu stören. Abgesehen von den oft brutalen Folgen für die Betroffenen wurden diese Aktionen in den 1990er und 2000er Jahren eingesetzt, um dadurch Druck auf die Politik auszuüben und entweder politische Kurskorrekturen oder wirtschaftliche Zugeständnisse für ihre Klientel zu erzwingen. Die Unberechenbarkeit dieser Gruppen, von denen viele durch Ahmadinejad erstmals in wichtige Positionen gekommen waren, ist ein Grundübel des politischen System Irans, das der aus dem iranischen Sicherheitsapparat stammende Ruhani entschärfen will. Sein Ziel ist es, durch die wirtschaftliche Gesundung des Landes die Klientelnetzwerke der Hezbollahis unattraktiv zu machen, ihre Aktivisten von den Politikern zu trennen und in der Gesellschaft zu marginalisieren.

Ruhanis Wirtschaftsreform ist in den Provinzen an eine Verwaltungsreform gekoppelt. Dabei spielt die Stärkung der Provinzverwaltungen eine zentrale Rolle: den staatlich eingesetzten Gouverneuren (*ostândâr*) sollen mehr Entscheidungskompetenzen im

Wirtschaftsbereich zugestanden werden und die Anzahl regional-ansässiger Beamter in der örtlichen Verwaltung erhöht werden. Die Regierung hofft damit zwei Ziele zu erreichen: Erstens die Stärkung der Wirtschaft in den Provinzen, indem die Entscheidungsfindungsprozesse verschlankt werden, weil sie von den Teheraner Ministerien weg in die Provinzverwaltungen gelegt werden. Zweitens wird damit auch den iranischen Volksgruppen entgegengekommen, die vor allem in den heiklen Grenzprovinzen die Mehrheit stellen. So wurde in der Provinz Kordestan seit einem Jahr die kurdische Sprache unterrichtet, was als Reaktion auf den kurdischen Nationalismus und die Verbesserung der Stellung der kurdischen Sprache in der Türkei und die davon ausgehende Vorbildwirkung für die iranischen Kurden gedacht ist. Forderungen anderer Volksgruppen auf muttersprachlichen Unterricht, wie sie vor allem von den türkisch-sprachigen Aserbaidschanern vorgebracht wurden, sind bisher nicht berücksichtigt worden. Es ist also abzuwarten, ob Kordestan eine Ausnahme bleibt oder der Beginn einer neuen Volksgruppenpolitik ist.

Die innen- und wirtschaftspolitische Erfolgsbilanz Ruhanis sieht bisher recht mager aus und kann sich negativ auf die *Präsidentschaftswahl im Mai 2017* auswirken. Dennoch gehen die meisten Beobachter von seiner Wiederwahl aus. Einerseits, weil er die ideale Figur für den existierenden politischen Kompromiss der Eliten ist, da er weder dem Reformlager, noch den Prinzipalisten oder den Konservativen angehört. Darüber hinaus hilft ihm natürlich seine Verankerung im iranischen Sicherheitsapparat, denn nur so war es ihm möglich, mit Rückendeckung des Revolutionsführers den Einfluss der Revolutionsgarden auf die Tagespolitik (nicht jedoch auf die Wirtschaft!) einzuhegen. So gesehen hat Ruhani gute Chancen, wieder der nächste Präsident der Islamischen Republik Iran zu werden, was nicht heißt, dass es zu keinen Überraschungen kommen könnte. Vorstellbar ist z.B., dass die allgemeine Frustration in der Bevölkerung sich negativ auf die Wahlbeteiligung auswirkt, was vor allem die Reformkräfte schädigen würde, oder dass das Nukleardossier von amerikanischer Seite während des Wahlkampfes hochgespielt wird und sich dadurch die politische Dynamik im Land verändert. Das würde bedeuten, dass (ähnlich wie 2005) einem Überraschungskandidaten unerwartete Chancen einräumt werden – vorausgesetzt, ein derartiger Alternativkandidat wird von wichtigen politischen Netzwerken unterstützt, wofür es zurzeit keine Hinweise gibt.

Neben der Innen- und Wirtschaftspolitik wirkt sich die Umsetzung des JCPOA auch auf die Außenpolitik aus. Zwar erwartet niemand das Zusammenbrechen des Abkommens, oder dass Iran den

Atomwaffensperrvertrag verlässt. Doch eine ernste Krise zwischen den USA und Iran, vielleicht noch in der ersten Jahreshälfte, scheint den meisten Beobachtern wahrscheinlich. Aber selbst wenn die USA am internationalen Konsens über das iranische Nuklearprogramm festhalten, wird der neue amerikanische Präsident den Druck auf Teheran erhöhen. Hauptstreitpunkt ist dabei die iranische *Regionalpolitik*, die nicht nur in Washington kritisch betrachtet wird.

Aus iranischer Sicht ist von den großen ideologischen Projekten in der Region, in denen der Untergang prowestlicher Regime vorausgesagt und das Verschwinden Israels von der Landkarte prophezeit wurde, spätestens mit dem Ausscheren der palästinensischen Hamas aus der sogenannten „Widerstandsachse“ nichts mehr übrig geblieben. Was blieb, ist im Wesentlichen eine Fokussierung auf Syrien und Irak, die Kurdenfrage (siehe Kasten) und das Problem der Konfessionalisierung der Konflikte. Diese ist einerseits der von den Saudis betriebenen propagandistischen Umdeutung der Widerstandsachse in einen „schiitischen Halbmond“ geschuldet, andererseits ist es aber auch das Resultat der Konflikte im Irak und Syrien. Die Konfessionalisierung beraubte die Iraner weitgehend ihrer islamischen Legitimität in der Region, wo sie als Perser und Schiiten seit jeher als Außenseiter betrachtet wurden. Außerdem beobachtet Teheran mit wachsender Sorge, wie sich iranische Sunniten extremistischen Gruppen wie dem IS anschließen und nach ihrer Rückkehr zur Bedrohung für die innere Sicherheit des Landes werden.

Am deutlichsten wird der ideologische Wandel Irans in der Syrienpolitik. Zu Beginn der Krise wurde die Unterstützung des Regimes ideologisch gerechtfertigt, Syrien wurde zum Frontstaat gegen Israel und gegen die „globale Arroganz“, sprich die von den USA dominierte Weltordnung, hochstilisiert. Die militärische Unterstützung bestand im Wesentlichen aus Hilfe zur Selbsthilfe und wurde über die „Qods“-Einheit der Revolutionsgarde abgewickelt. Diese fungierte einerseits als Militärberater, wobei sie durchaus auch in Gefechte eingriffen, andererseits aus dem Aufbau ideologisch-verlässlicher lokaler Milizen. Bald nach dem Beginn der Krise wurden vermehrt schiitische Afghanen und Iraker herangezogen, was zwangsläufig die Konfessionalisierung des Konfliktes verstärken musste. Nach dem Siegeszug des IS im Jahre 2014 wurde die Begründung für den Syrieneinsatz verändert. Nunmehr betonte Teheran der eigenen Bevölkerung gegenüber, es sei vernünftiger, den IS fern von den iranischen Grenzen zu bekämpfen und so ein Übergreifen der Organisation auf iranisches Staatsgebiet zu verhindern. Die schweren Verluste im Kampf gegen den IS führten

dazu, dass Teheran mit seinen nun drei schiitischen Milizen (Fatehin, Zeynabiyun und Fatemin) alle Möglichkeiten zur Rekrutierung Freiwilliger erschöpft hatte. Wie dramatisch sich die militärische Situation verschlechtert haben muss, lässt sich allein daran ablesen, dass 2016 erstmals Einheiten der regulären iranischen Armee ins Ausland verlegt wurden, nämlich Teile der prestigösen 65. Luftlandebrigade, deren Tradition auf die US-amerikanischen Green Berets zurückgeht.

Teheran setzt in seiner Syrienpolitik jedoch nicht für sich allein auf die militärische Karte, sondern stimmt sich mit Russland ab. Das betrifft militärische Operationen genauso, wie die internationale Politik, wie die iranische Teilnahme an den Gesprächen in Astana zeigt. Offensichtlich versuchen Moskau und Teheran unter Einbindung der Türkei und in Koordination mit der Regierung in Damaskus einen Waffenstillstand entlang der jetzigen Frontlinien zu erwirken, um in weiterer Folge eine syrische Nachkriegsordnung zu schaffen. Ähnliches hatte schon die UN unter Staffan di Mistura versucht. Sollte es wider Erwarten Teheran und Moskau im Laufe des kommenden Jahres tatsächlich gelingen, die Waffen zum Schweigen zu bringen, so würde dies einen wichtigen politischen Erfolg für beide Staaten bedeuten, die von diesem Moment an als Ordnungsmächte in der Region auftreten werden. Eine Beruhigung der Lage in Syrien würde die Lage im Irak jedoch nicht sofort verändern.

Im bürgerkriegsgeplagten Zweistromland profitiert Iran von seit Jahrzehnten etablierten schiitischen Netzwerken, von denen das wichtigste die „Badr“-Organisation ist. Badr ist maßgeblich am Aufbau der schiitischen Volksmobilisierungskräfte (*hashd al-sha'bi*) beteiligt, deren rechtlicher Status mittlerweile durch einen Parlamentsbeschluss abgesichert ist. Diese Einheit kommt zurzeit in Mosul und in anderen Regionen des Landes zum Einsatz. Teheran ist in alle wichtigen Operationen der vereinten Kräfte der irakischen Armee, Volksmobilisierungskräfte und kurdischen Peschmerga auf der Führungsebene eingebunden. Neben dem Kampf gegen den IS wird zwischen schiitischen und kurdischen Kräften hartnäckig um jene Provinzen gerungen, deren Zugehörigkeit zur Region Kurdistan noch nicht geregelt ist. So verhinderten schiitische Kräfte einen Brückenschlag kurdischer Kräfte zwischen Tel Afar und dem Sinjar Gebirge und machten immer wieder deutlich, dass sie die umstrittene Stadt Kirkuk als arabisches Einflussgebiet sehen. Mittelfristig wird Teheran versuchen, einen offenen Bürgerkrieg zwischen Kurden und arabischen Schiiten zu verhindern und daher vermittelnd eingreifen. Gleichzeitig haben aber die Iraner kein Interesse daran, den Nachbarstaat so

stark werden zu lassen, dass er wie unter Saddam Hussein den Iran bedrohen kann.

Schließlich bleibt noch die Rolle der Amerikaner im Irak für Teheran ein Problem. Teheran profitiert vorderhand vom amerikanischen Kampf gegen den IS und der amerikanischen Unterstützung für die irakische Armee. Andererseits hoffen die Iraner, die USA werden mittelfristig das Land verlassen. Zum Problem für Teheran könnten formal den Volksmobilisierungskräften angehörende militante Gruppen werden, die nach dem Sieg über den IS mit den Amerikanern zusammenstoßen. Der jetzige amerikanische Präsident wird viel weniger Langmut beweisen und sofortige Genugtuung verlangen; ähnliches gilt auch für den Persischen Golf, wenn die Revolutionsgarden wieder versuchen sollten, dort die 5. Flotte zu provozieren.

Zusammengefasst ist davon auszugehen, dass die iranischen Regionalmachtansprüche bescheidener geworden sind und sich im Wesentlichen auf die – zugegeben herkulische – Aufgabe der Befriedung in Syrien und im Irak beschränkt. Erhöht hat sich das Eskalationspotential mit den USA, und zwar sowohl auf diplomatischer Ebene, als auch in der Region, vor allem im Irak und im Persischen Golf. Schwerpunkt der iranischen Politik bleibt jedoch die Umsetzung des JCPOA, mit der die notwendigen Reformen finanziert werden soll. Dies wird auch über die Wiederwahl von Ruhani entscheiden. Die Islamische Republik Iran wird vorsichtig auf der internationalen Bühne agieren, gleichwohl selbstbewusst die Region gestalten wollen.

Subsahara-Afrika

Gambia als Prüfstein für das Krisenmanagement der ECOWAS

Gambias Langzeitpräsident Yahya Jammeh verlor die Präsidentschaftswahlen Anfang Dezember 2016 gegen seinen Herausforderer Adama Barrow und gestand die Niederlage öffentlich ein. Allerdings weigerte er sich nur wenige Tage danach zurückzutreten und forderte eine Wiederholung der Wahl.

Die westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS drohte mit der Entsendung von Truppen, falls Präsident Jammeh bis zum Ende seines Mandates am 19. Jänner seinen Platz nicht für den neugewählten Präsidenten freimachen sollte. Diplomatische Initiativen der ECOWAS blieben bisher allerdings erfolglos.

Die Entwicklungen in Gambia könnten der Auslöser für mehrere Entwicklungen sein. Einerseits verlassen bereits Gambier aus Angst vor einer gewalttätigen Eskalation ihr Heimatland. Der Migrationsdruck aus Gambia war bereits in den letzten Jahren hoch und könnte durch die derzeitige politische Situation steigen; vor allem dann, wenn die politische Krise länger andauern oder tatsächlich Gewalt ausbrechen sollte. Andererseits steht auch die ECOWAS auf dem Prüfstand. Mit einer Einwohnerzahl von 1,5 bis zwei Millionen Menschen gehört Gambia zu den kleinsten Staaten Westafrikas. Sollte der regionale Block in seinen Bemühungen um eine friedliche politische Lösung scheitern, wäre das ein gravierender Rückschritt in der regionalen Integration wie auch der sicherheitspolitischen Bedeutung von ECOWAS. Besonders die Drohung, im Falle einer Nichteinigung Truppen nach Gambia zu entsenden, könnte sich als Boomerang herausstellen, wenn im tatsächlichen Anlassfall kein Staat mehr bereit wäre, dies auch tatsächlich zu tun. Die Afrikanische Union hat in Bezug auf Burundi beispielsweise den Lakmüstest ihrer diplomatischen und militärischen Glaubwürdigkeit nicht bestanden.

Mali – Verstärktes deutsches Engagement im internationalen Krisenmanagement

Deutschland wird sein Kontingent in Mali um 8 Hubschrauber und 350 Mann als Ersatz für die abziehenden Niederlande aufstocken und damit 1.000 der 15.000 Mann starken UNO-Mission stellen.

Das internationale Engagement in Mali wird zur Eindämmung gewaltbereiter islamistischer Gruppen für viele Jahre notwendig bleiben. Der Norden Malis ist nach wie vor instabil und eine friedliche Einigung und Einheit des Landes weit entfernt. Mehrere islamistische Gruppen sind weiterhin aktiv und ihr Aktionsradius bezieht sich nicht nur auf Mali, sondern auch auf die Nachbarstaaten. Eine Strategie zur staatlichen

Konsolidierung Malis sollte daher die Nachbarstaaten miteinbeziehen, die sowohl als Quelle als auch als Rückzugsgebiet für Terrorgruppen dienen.

Nigeria – Erfolge in der Terrorbekämpfung aber gravierende wirtschaftliche Probleme

Nach einer langen Periode von Problemen in der Terrorbekämpfung konnten die nigerianischen Sicherheitskräfte während der letzten Monate einige Erfolge gegen die Terrorgruppe Boko Haram erzielen. Als sichtbares Zeichen wurden während der letzten Monate befreite/freigelassene Mädchen aus der Gruppe der sogenannten „Chibok Girls“ in den Medien präsentiert. Im Oktober bestätigte der Minister für Information, Kultur und Tourismus, Lai Mohammed, die Freilassung von 21 Mädchen nach Verhandlungen mit Boko Haram: „It is not a swap, it is a release.“ Seinen Angaben zufolge soll es sich um einen wichtigen Schritt und Vertrauensbeweis zwischen Regierung und der Terrororganisation handeln. Unklar bleibt jedoch, ob und was Boko Haram tatsächlich für die Freilassung erhalten haben könnte. Die Anschläge von Boko Haram gehen indes im Nordosten des Landes weiter. Da sich die Taktik von offenen Angriffen mehr und mehr auf Anschläge verlagert, könnte dies tatsächlich auf ein letztes Aufbäumen der Terrorgruppe hindeuten. Genauso ist es aber möglich, dass sich die Gruppierung nur auf die früher erfolgreiche Strategie von Anschlägen und Selbstmordattentätern zurückzieht, wobei Boko Haram auch vor dem Einsatz von Kindern nicht zurückschreckt. Eine weitere Erklärung wäre auch die Heterogenität der Gruppe. Während in diesem Szenario ein Teil der Gruppe zu Verhandlungen mit der nigerianischen Regierung bereit ist, wollen andere Teile weiterkämpfen. Letztendlich wird es von den Zielen der jeweiligen Teilgruppen abhängig sein, ob sie an einer Verhandlungslösung interessiert sind oder nicht. Sind ihre Zielsetzungen ökonomisch, ist ein Ausgleich mit der Regierung möglich, sind sie jedoch religiös/ideologisch, wird es viel schwieriger werden, die Gewalt zu beenden.

Die Regierung scheint jedenfalls vom Erfolg ihrer Strategie gegenüber der Terrorgruppe überzeugt und hat Verhandlungen mit internationalen Finanzinstitutionen über einen Kredit zum Wiederaufbau des Nordostens aufgenommen. Dies hängt auch mit der generellen budgetären Situation des Landes zusammen. Die finanzielle Situation Nigerias ist durch den Verfall des Ölpreises sehr angespannt. Zudem verliert die Währung permanent an Wert, nachdem der Wechselkurs Mitte 2016 freigegeben wurde.

Südsudan – Präsident Kiir festigt seine Macht

Im Südsudan versucht Präsident Savlva Kiir Mayadit mit verschiedenen politischen Manövern seine Macht zu

erhalten und einzuzementieren. Neben zahlreichen Umbesetzungen in seiner Regierung wurden mehrere Provinzen geteilt. Die Zahl der südsudanesischen Provinzen wuchs somit auf 32 an. Dies lässt mehrere Schlüsse zu. Einerseits könnte der Präsident damit jene Kräfte bestrafen, die er für die gewaltsamen Eskalationen des Konfliktes während der letzten Monate verantwortlich macht. Gleichzeitig könnten damit Versorgungsposten für Unterstützer geschaffen worden sein. Die sehr undurchsichtige und fragile südsudanesische Innenpolitik könnte aber auch dem Versuch erlegen sein, potentielle Herausforderer ruhigzustellen. Andererseits könnten aber durch die Teilung auch Forderungen verschiedener ethnischer Gruppen nachgekommen oder entgegengewirkt worden sein, je nachdem, welchen Zweck der Präsident damit verfolgt. Analogien zu anderen Staaten zu ziehen scheint zwar nur bedingt zulässig zu sein, aber die Teilung und Umorganisation von Provinzen war in Nigeria nur bedingt erfolgreich.

Die UNO-Mission im Südsudan (UNMISS) wollte mit einer „Regional Protection Force“ auf die zunehmende Gewalt und Eskalation im Südsudan reagieren. Allerdings lehnt dies die südsudanesische Regierung nach wie vor ab. Je länger die Regierung es schafft, eine Entscheidung in diese Richtung zu blockieren, umso geringer erscheint die Chance, dass dieses Instrument des internationalen Konfliktmanagements auch tatsächlich zur Anwendung kommt. Wird die Protection Force mit der schnellen Eingreiftruppe der UNO in der Demokratischen Republik Kongo (DRC) verglichen, so fällt auf, dass in der DRC mit Südafrika ein militärisch potenter Staat an der Brigade (ca. 3.000 Personen) beteiligt war, der massive wirtschaftliche Interessen im Land hatte. Welche afrikanische Staaten die „Regional Protection Force“ im Südsudan letztendlich personell und materiell unterstützen würden, bleibt aus der Perspektive afrikanischer sicherheitspolitischer Weiterentwicklungen von Bedeutung. Aus der Perspektive des internationalen Krisen- und Konfliktmanagements ist jedenfalls interessant, ob dieses Instrument im Südsudan wieder eingesetzt und/oder weiterentwickelt werden wird.

Äthiopien – Ethnonationalismus als Gefahr für die Stabilität

Lange Zeit galt Äthiopien als ein aufstrebendes Schwellenland am Horn von Afrika und die wirtschaftlichen Erfolge sind durchaus beachtlich. Mit dem Plan einer Vergrößerung der Hauptstadt sowie weiteren ehrgeizigen Bauprojekten hat sich die politische Situation jedoch verschärft und gravierende Differenzen innerhalb des Staates traten zu Tage.

Obwohl in den Eliten Äthiopiens als Staat nicht in Frage steht, verstärkt sich der Ethnonationalismus der großen

Gruppen im Land. Gegenseitige Vorwürfe vor allem der Amharen und der Oromo prägen das Bild. Die Amharen sehen anti-amharische Kampagnen der Oromo-Eliten, die sie beschuldigen, andere ethnische Gruppen zu unterdrücken bzw. kolonisiert zu haben. Allerdings hat sich während der Proteste der Oromo wieder ein gemeinsamer Feind herauskristallisiert: die TPLF (Tigray People's Liberation Front), die zwar nur eine Minderheit in Äthiopien repräsentiert, aber die wichtigsten politischen Ämter besetzt. Daher ist es für die beiden größten ethnischen Gruppen des Landes relativ leicht, dieses Faktum zu nutzen.

Die Oromo-Proteste mit vielen Toten und unzähligen inhaftierten Aktivisten zielten nicht zuletzt darauf ab, die im föderalen System versprochene Autonomie für die Oromo einzufordern, da sie sich sowohl politisch als auch ethnisch von der Zentralregierung marginalisiert fühlen.

Das Aufeinanderprallen unterschiedlicher Vorstellungen über die Zukunft des Staates könnte sich relativ leicht in gewaltsamen Auseinandersetzungen entladen, nicht zuletzt, weil sich die Vorstellungen nicht mit jenen der anderen ethnischen Gruppen in Äthiopien decken bzw. einzelne Gruppen aus machtpolitischen Interessen gegeneinander ausgespielt werden könnten.

Zimbabwe – Vorbereitung auf Post-Mugabe-Zeit

Der seit 1987 regierende 92-jährige Langzeitpräsident Robert Mugabe hat bekanntgegeben, dass er auch 2018 wieder bei den Präsidentschaftswahlen antreten wird. Jedoch werden in seiner Partei, der ZANU-Pf, immer wieder Brüche sichtbar, die darauf hindeuten, dass sich hinter den Kulissen bereits mögliche Nachfolger in Position bringen. Auch künftige Oppositionskandidaten versuchen, sich zu positionieren, um vielleicht als Kandidat einer geeinten Opposition in Rennen um die Präsidentschaft geschickt zu werden. Viele der derzeit möglichen Herausforderer sind ehemalige Angehörige der Regierungspartei, die ZANU-Pf aus unterschiedlichen Gründen verlassen haben. Tatsächlich neu gemischt werden die politischen Karten in Zimbabwe allerdings erst, wenn Präsident Mugabe, aus welchen Gründen auch immer, nicht mehr die Geschicke des Landes bestimmt.

Lateinamerika

Chinas aufstrebende Rolle als Rüstungsausrüster in der Region

Bei einem Treffen der Verteidigungsminister Boliviens und Chinas, Reymi Ferreira und Chang Wanquan, im Dezember 2016 wurden neue bilaterale Kooperationsmöglichkeiten in militärischen Belangen erörtert. So überließ im Juli 2016 China dem bolivianischen Militär 31 gepanzerte Fahrzeuge im Wert von fast acht Millionen US Dollar. Die bolivianische Regierung sieht China als geopolitischen Partner, um den Einfluss der USA in Lateinamerika zu reduzieren. Diese Kooperation reiht sich in die chinesische Strategie ein, sich im großen Stil als Militärausrüster für lateinamerikanische Länder zu positionieren. Während praktisch bis 2005 keine nennenswerten chinesischen militärischen Verkäufe in Lateinamerika getätigt worden waren, machten diese von 2011-2015 22 Prozent der gesamten Waffenverkäufe an die Region aus. Während der Aufwärtstrend bei den Verkäufen in der Region auf ein wachsendes Vertrauen in die chinesische militärische Hardware schließen lässt, ist das chinesische Angebot – bis auf die gut etablierten Rüstungsbeziehungen mit Venezuela – auf Sekundärausrüstungen wie Radar und Trainingsjets beschränkt. Eine Trendwende, was sowohl Menge als auch Qualität der Ausrüstung betrifft, leitete die Ankündigung der argentinischen Präsidentin Christina Fernández de Kirchner im Februar 2015 ein, für fast 1 Milliarde US-Dollar chinesische Waffensysteme erwerben zu wollen. Darunter befinden sich fünfzehn Malvinas-Ozean-Patrouillenschiffe sowie vierzehn Chengdu FC-1 Mehrzweckkampfflugzeuge. Inwieweit die neue Regierung von Mauricio Macri, die die Regierung Kirchner Ende 2016 abgelöst hat, eine Neubewertung dieser Ankäufe und eine Abkehr der pro-russischen und pro-chinesischen Außenpolitik vornehmen wird, bleibt abzuwarten. Warum Chinas Rüstungsunternehmen so vehement versuchen, in diese Region zu expandieren, ist auf den ersten Blick nicht leicht zu erschließen. Selbstverständlich unterstützt das Prestige, ein "Top-Tier"-Waffenlieferant zu sein, Chinas langfristiges Ziel, die Stellung einer Großmacht zu erreichen. Das Ziel, den Umsatz zu steigern, spielt sicher auch eine Rolle. Doch da Lateinamerika nur rund sechs Prozent der gesamten weltweiten Rüstungstransfers von 2011 bis 2015 ausmacht, ist es unwahrscheinlich, dass Umsatzerlöse der zentrale Motivationsfaktor sind. Stattdessen sind die Erreichung der strategischen ökonomischen Ziele und der Aufbau des chinesischen Einflusses durch "soft power" wohl eher die wichtigsten Motivationsfaktoren für diese Rüstungsverkäufe in Lateinamerika.

Das polnische Transportflugzeug M28 'Bryza' auf Promotiontour in der Region

Lockheed Martin begann im Jänner 2017 das Kurzstrecken-Transportflugzeug M28 'Bryza' des polnischen Herstellers PZL Mielec in lateinamerikanischen und karibischen Ländern vorzustellen. Die Tour wird zwei Monate dauern und dreizehn Städte in sieben Ländern umfassen. Ab März wird das M28 in Trinidad und Tobago vorgestellt, danach in Brasilien, Argentinien, Ecuador, Kolumbien, Panama und Mexiko. Anfang April wird auch an der für Lateinamerika sehr wichtigen LAAD Verteidigungs- und Sicherheits-Ausstellung (LAAD Defence & Security - Defence & Security International Exhibition), teilgenommen, bevor die Tour Mitte Mai endet. Wie von Lockheed Martin angemerkt, wird besonderes Augenmerk auf die Allwetter- und „Rough-Field“-Fähigkeiten des M28 gelegt.

Marineübung IBSAMAR

Die fünfte gemeinsame Marineübung IBSAMAR (India-Brazil-South Africa Maritime) von Brasilien, Indien und Südafrika wurde an der Westküste Indiens bei Goa durchgeführt (siehe Bild 1). Diese wurde zum ersten Mal in Indien durchgeführt, während seit 2006 alle vorherigen Übungen vor den Küsten Südafrikas durchgeführt worden waren. Die trilaterale Marineübung zielte darauf ab, die Interoperabilität zwischen den Flotten der drei Länder sowie das gemeinsame Verständnis für maritime Sicherheit zu erhöhen. Die Übung wurde in zwei Phasen durchgeführt – einer Hafen- und einer Meer-Phase.



Manöver IBSAMAR V

Während der Hafenphase wurde ein breites Spektrum an professionellen Interaktionen durchgeführt, während der Meer-Phase wurden an der Küste von Goa diverse operative Aktivitäten wie Anti-U-Boot-Kriegsführung (Anti-Submarine Warfare, ASW), Luftabwehr sowie Visit Board Search and Seizure (VBSS) durchgeführt. Die Indische Marine nahm mit der INS Mumbai (einem Raketenzerstörer), der INS Shalki (einem Shishumar-Klasse-Unterseeboot) und der INS Trishul (einer Stealth-Fregatte) teil. Die brasilianische Marine war

durch die BNS Amazonas vertreten, die südafrikanische Marine durch die SAS Spioenkop mit integriertem Hubschrauber. In beiden Fällen waren zusätzlich Spezialkräfte an Bord. Die IBSAMAR-Trilaterale Marine-Übung stellt eine starke langfristige strategische Beziehung zwischen den drei Demokratien der BRICS-Staaten dar, die sich mit dem IBSA-Dialogue Forum (Indien-Brasilien-Südafrika-Dialogforum) eine politische Plattform geschaffen haben. Während die militärische Zusammenarbeit zwischen Indien, Brasilien und Südafrika mittels dieser gemeinsamen Manöver weiterhin gepflegt wird, hat sich die Dynamik des IBSA-Dialogforums seit dem letzten Gipfeltreffen 2001 in Südafrika deutlich verlangsamt. Es wird erwartet, dass das nächste Gipfeltreffen im Laufe des Jahres 2017 in Indien stattfinden wird (das geplante Gipfeltreffen 2013 wurde abgesagt).

Lateinamerikanische Friedenssicherung im Rahmen der UNO

Die einzige UN Peacekeeping-Mission auf dem amerikanischen Kontinent ist die United Nations Stabilization Mission in Haiti (MINUSTAH), die seit dem 1. Juni 2004 besteht. Die militärische Führung der Mission obliegt seit ihrer Gründung Brasilien (zurzeit in der Person von Lieutenant-General Ajax Porto Pinheiro). Mexiko nimmt erst seit dem Jahre 2015 an Friedensmissionen der UNO teil, davor wurde mit Hinweis auf die Verfassung eine Teilnahme ausgeschlossen. Nach offiziellen UNO-Daten hat Mexiko 12 Militärpersonen bei Friedensmissionen im Einsatz – vier in der Westsahara im Rahmen der MINURSO (United Nations Mission for the Referendum in Western Sahara), sechs in Haiti mit der MINUSTAH (United Nations Stabilization Mission in Haiti) und zwei im Libanon als Teil der UNIFIL (United Nations Interim Force in Lebanon) (Stand Juni 2016). Das meiste uniformierte Personal lateinamerikanischer Staaten im Rahmen der friedenserhaltenden Maßnahmen der UNO stellen Uruguay (1430 Personen), Brasilien (1291 Personen) und Chile (458 Personen) (Stand Ende Dezember 2016).

Inter-American Defense Board (IADB)

Lateinamerikanische Länder nehmen nicht nur an militärisch-polizeilichen Aufgaben der UNO teil, sondern beteiligten sich im Rahmen des Inter-American Defense-Board (IADB, dt. Interamerikanischer Verteidigungsausschuss) der Organisation Amerikanischer Staaten. Im August 2016 trafen sich die Militärs der Mitgliedstaaten des IADB in Montevideo zu einem zweitägigen Treffen mit den Tagesordnungspunkten globale Friedenssicherungseinsätze, überregionale Bedrohungsnetze und Integration von Frauen im

Das Inter-American Defense Board (IADB, dt. Interamerikanischer Verteidigungsausschuss) der Organisation Amerikanischer Staaten (englisch Organization of American States) wurde 1942 gegründet und ist damit die älteste regionale Verteidigungsorganisation der Welt. Hauptaufgabe ist es, die OAS und ihre Mitgliedsstaaten sowohl in militärischen und verteidigungspolitischen Belangen als auch bei Naturkatastrophen und Entminungsaufgaben zu unterstützen. Zentraler Teil des IADB ist das Inter-American Defense College in Washington. Das IADB wird von der OAS finanziert.

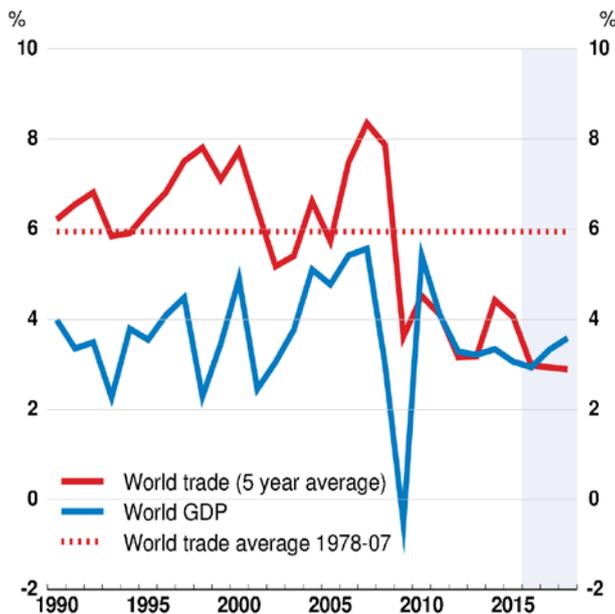
Wehrdienst im historischen Zentrum der Hauptstadt von Uruguay.

Kolumbiens Annäherung an die NATO

Nach Angaben des kolumbianischen Verteidigungsministers Luis Carlos Villegas im Dezember 2016 hat die NATO einen militärischen Zusammenarbeitspakt akzeptiert, um dem Land bei der Bewältigung des nach über 50 Jahren beendeten Krieges mit der Guerilla (Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia, FARC) zu helfen. Desweiteren soll die Kooperation bei Themen wie der Cybersicherheit und dem transnationalen Kampf gegen das Organisierte Verbrechen intensiviert werden. Dieses Abkommen wurde prompt vom venezolanischen Außenministerium kritisiert, das darauf hinwies, dass es, geschlossen mit einem Militärbündnis, dem Nuklearstaaten angehören, die „Friedenszone“ (zona de paz) Lateinamerikas verletze, zu der sich Kolumbien im Rahmen seiner Mitgliedschaft mit der Unión de Naciones Sudamericanas (Unasur) und der Comunidad de Estados Latinoamericanos y Caribeños (CELAC) verpflichtet hat. Ebenfalls unter Kritik Venezuelas geraten sind die U.S.-Militärbasen in Lateinamerika. Die venezolanische Außenministerin Delcy Rodríguez verlangte auf dem Dritten Lateinamerikanischen Treffen der progressiven Bewegungen (Encuentro Latinoamericano Progresista, ELAP) in Ekuador im September 2016 die Schließung derselben. Der Präsident von Ekuador erinnerte bei diesem Treffen auch an die von ihm angeordnete Schließung des U.S.-Marinestützpunktes in Manta und reagierte auf entsprechende Kritik, dass er einen U.S. Stützpunkt in Ekuador zulassen würde, sofern auch der nördliche Nachbar dies für einen ekuadorianischen Stützpunkt erlauben würde.

Schwierige Entwicklung der globalen Ökonomie in unsicheren Zeiten

Nach einem Absinken des Weltwirtschaftswachstums im Jahr 2016 auf nur 2,3 Prozent wird dieses nach den Berechnungen der Weltbank 2017 wieder etwa 2,7 Prozent betragen. Somit wird das Wachstum erneut auf das Niveau von 2014 und 2015 zurückkehren. Der Internationale Währungsfond (IWF) geht sogar von einem Wachstum von 3,4 Prozent, die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) von immerhin 3,3 Prozent aus. Gründe für die aktuelle Erholung sind einerseits die sich erholenden Rohstoffpreise und andererseits die unverändert starke Binnennachfrage bei den aufstrebenden und sich entwickelnden Rohstoffimporteuren. Dennoch muss neuerlich festgestellt werden, dass sich die Weltwirtschaft auch acht Jahre nach der globalen Finanzkrise nur langsam erholt und das vorhandene Potential für die weitere Wirtschaftsentwicklung nur begrenzt genutzt werden kann. Die Weltbank sieht die globale Wirtschaft überdies, insbesondere auf Grund der Unsicherheit bezüglich der (wirtschafts-)politischen Ausrichtung vor allem der USA aber auch einiger wichtiger europäischer Staaten, weiter deutlichen Risiken ausgesetzt. Langanhaltende Unsicherheiten könnten jedoch das langsame Investitionswachstum prolongieren.



Jährliche Wachstumsraten des globalen Handels und BIP (Quelle: OECD)

Die Industriestaaten werden dabei 2017 laut Weltbank voraussichtlich um 1,8 Prozent, laut IWF um 1,9 Prozent wachsen und auf diesem Niveau auch in den kommenden Jahren verharren. Der IWF geht überdies

davon aus, dass fiskalpolitische Stimulationen die Konjunktur in den großen Industriestaaten sogar über dieses Niveau treiben könnten. Dies könnte generell ein Impuls für ein schnelleres Weltwirtschaftswachstum sein, als derzeit prognostiziert. Auf Grund der speziellen Rolle, welche die Vereinigten Staaten in der Weltwirtschaft spielen, ist auch zu erwarten, dass wirtschaftspolitische Richtungsänderungen durch die Regierung Trump globale Auswirkungen haben werden. Veränderungen der US-Wirtschaft übertragen sich auf den Rest der Welt dabei nicht nur durch unzählige direkte und indirekte Verbindungen, sondern auch durch die Leitrolle der USA. US-Wachstum kann durch eine Erhöhung der Importnachfrage direkte Auswirkungen auf Handelspartner haben, aber auch indirekte, indem durch den Handel ausgelöste Spillover-Effekte die Produktivität stärken. Auf Grund seiner beträchtlichen Rolle in den globalen Rohstoffmärkten führt US-Wachstum in der Regel auch zu einer erhöhten globalen Rohstoffnachfrage und damit steigenden Preisen. Finanzmarktentwicklungen in den USA können noch größere globale Auswirkungen haben, da geldpolitische Impulse in den Vereinigten Staaten nicht nur innerstaatliche Auswirkungen haben, sondern auch grenzüberschreitende Spillover-Effekte insbesondere auf Finanzmärkten erzeugen.

Das Wachstum der Schwellen- und Entwicklungsländer, auf die ein Drittel des weltweiten BIP und etwa drei Viertel der Weltbevölkerung entfallen, hat sich 2016 auf 3,4 Prozent verlangsamt und wird sich 2017 gemäß Weltbank wieder auf 4,2 Prozent, 2018 und 2019 voraussichtlich auf 4,6 bzw. 4,7 Prozent steigern. Der IWF erwartet für 2017 eine Steigerung von 4,5 Prozent und für 2018 von 4,8 Prozent. Der Grund dafür liegt vor allem bei den langsam wieder steigenden Rohstoffpreisen. Die rohstoffexportierenden Länder dürften sich daher, nach einem Minimalwachstum von 0,3 Prozent im Vorjahr, 2017 auf 2,3 Prozent steigern. Die rohstoffimportierenden Schwellen- und Entwicklungsländer dürften dagegen 2017 unverändert mit 5,6 Prozent wachsen. Es darf aber nicht außer Acht gelassen werden, dass sich die Wachstumsaussichten in den Schwellen- und Entwicklungsländern generell verlangsamt haben und zumeist nicht die Einkommensunterschiede zu den fortgeschrittenen Volkswirtschaften aufholen können. Auch ist das Investitionswachstum in den Schwellen- und Entwicklungsländern von ohnehin bescheidenen 3,4 Prozent im Jahr 2015 weiter auf 3 Prozent im Jahr 2016 gesunken. Damit ist das Investitionswachstum deutlich unter den langfristigen Durchschnitt des vergangenen Vierteljahrhunderts gesunken. Die langfristigen Erwartungen in das Investitionswachstum mussten dabei wiederholt zurückgefahren werden. Darin spiegelt sich die globale Erwartung deutlich langsamerer

Wachstumsaussichten wieder. Die deutlichsten Reduktionen waren dabei in den BRICS-Staaten bzw. den rohstoffexportierenden Ländern zu verzeichnen. Das verlangsamte Investitionswachstum ist jedoch nur teilweise eine Korrektur des hohen Vorkrisenniveaus. Es spiegelt auch die Wachstumshemmnisse wider, mit denen sich die Schwellen- und Entwicklungsländer konfrontiert sehen. Darunter fallen (noch immer) niedrige Öl- und Rohstoffpreise, die Reduktion ausländischer Direktinvestitionen, ein Anstieg der Privatverschuldung und politische Risiken. Überdies werden die Aussichten für die Schwellen- und Entwicklungsländer durch zurückhaltenden internationalen Handel sowie schwache Produktivitätszuwächse gedämpft.

Obwohl sich die Weltwirtschaft 2017 vorsichtig erholen wird, markieren ein stagnierender Welthandel, behutsame Investitionen und erhöhte politische Unsicherheiten ein weiteres schwieriges Jahr für die Weltwirtschaft. In vielen Schwellen- und Entwicklungsländern belasten schwache Investitionen mittelfristig die Perspektiven. Dennoch werden steigende Rohstoffpreise die Rohstoff-Exporteure aus der Krise führen und eine solide Binnennachfrage die Rohstoff-Importeure stabilisieren. Fiskalanreize in den großen Volkswirtschaften könnten das globale Wachstum sogar über die prognostizierten Werte hinaus steigern. Zentrales Risiko für die globale Ökonomie sind politische Unsicherheiten in den großen Volkswirtschaften.

Der globale Freihandel

Sowohl in Europa – Stichwort CETA und TTIP – als auch in den USA steht der internationale Freihandel in der Kritik. Kritische Studien zeigen, dass parallel zur wirtschaftlichen Integration das Pro-Kopf-Wachstum der Weltwirtschaft seit den 1960ern kontinuierlich zurückgegangen und kein positiver Zusammenhang zwischen Welthandel und Wirtschaftswachstum nachzuweisen ist. Das Wachstum Chinas, das Befürwortern der Globalisierung als Erfolgsbeispiel dient, sei lediglich auf Kosten der westlichen Welt zustande gekommen. Dort sei das Wachstum deshalb gesunken und die Arbeitslosigkeit gestiegen. Die Nachteile der Globalisierung - durch einen verschärften Wettbewerb und Niedriglöhne in Entwicklungs- und Schwellenländern - führen teilweise nicht nur zu Arbeitslosigkeit bzw. schlechteren Arbeitsbedingungen in den Industriestaaten, sondern auch zu einem Kontrollverlust der Nationalstaaten auf wirtschaftspolitischer Ebene.

Neben anderen Faktoren verursachten Ängste und Verluste im Zuge der Globalisierung zuletzt auch politische Umwälzungen. Donald Trumps Wahlerfolg lässt sich unter anderem damit erklären. Trump kritisierte in seinem Wahlkampf, dass zahlreiche Politiker des „Establishments“ ignorieren oder beschönigen würden, dass die verschärfte Konkurrenz aus Billiglohnländern Millionen Jobs in den Industriestaaten, konkret in der US-amerikanischen Industrie, vernichtet hätten. Gleichzeitig würden Reallöhne seit Jahrzehnten stagnieren oder sogar sinken. Die Schere der Einkommen wäre real auseinandergegangen und die US-amerikanische Mittelschicht schrumpfe. Daher war es ein zentrales Thema in Trumps Wahlkampf, den Freihandel und die Freihandelsabkommen in Frage zu stellen. Kritiker dieser Abkommen sowohl in den USA als auch Europa sehen den zu großen Freiraum für internationale Investoren nicht nur als Gefahr für nationale Ökonomien, sondern auch für die Entwicklung einer fairen Weltwirtschaft. Produktionen werden dorthin verlagert, wo die niedrigsten Löhne und die geringsten Regulationen eine kostengünstige Herstellung erlauben. Verfechter einer liberalen Wirtschaftspolitik argumentieren dagegen, dass es im Sinn von Wachstum und Arbeitsplätzen notwendig sei, Investoren möglichst optimale Bedingungen zu bieten. Das Gegenmodell eines nationalen Protektionismus, die Abschottung eines Markts von ausländischer Konkurrenz, schütze zwar einzelne Betriebe und Branchen vor starker Konkurrenz, berge aber gleichzeitig die Gefahr höherer Preise und teilweise auch monopolartiger Strukturen. Zahlreiche internationale Analysten befürchten überdies, dass ein von den USA initiiertes Protektionismus negative Auswirkungen auf das Wachstum der globalen Wirtschaft haben könnte.

Die Herausforderung für (Wirtschafts-)Politiker der entwickelten Industriestaaten ist es somit, Maßnahmen zu forcieren, welche die negativen Auswirkungen der Globalisierung auf ihre nationalen Industrien und Ökonomien abdämpfen, ohne die Vorteile des globalen Wirtschaftsaustausches zu beseitigen, wollen sie den Ruf nach stärkerem Protektionismus hintanhalten.

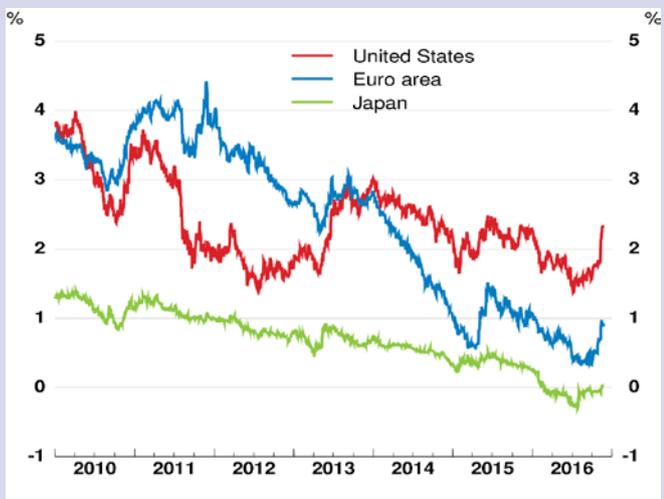
Protektionismus ist ein wirtschaftspolitisches Verhalten von Nationalstaaten zum Schutz inländischer Wirtschaft gegenüber ausländischer Konkurrenz. Dies erfolgt primär über Zölle und mengenmäßige Kontingentierungen von Importen sowie Subventionen für die heimische Wirtschaft. Protektionistische Maßnahmen sollen Schutzeffekte auslösen, um Härten eines Strukturwandels zu mildern bzw. die Entwicklung eigener Industrien zu fördern.

Trump kündigte jedenfalls an, nicht nur aus der erst kürzlich ausverhandelten Trans-Pacific Partnership (TPP), sondern auch aus dem seit 1994 geltenden North American Free Trade Agreement (NAFTA) mit den Nachbarn Kanada und Mexiko auszusteigen. Trumps Ziel ist es, für die USA vorteilhaftere bilaterale Handelsverträge abzuschließen. Alternativ könnte es auch zu einer Korrektur dieser Freihandelsverträge kommen. Der Abschluss des auch in Europa sehr kritisch beurteilten transatlantischen Handelsabkommens TTIP zwischen der EU und den USA ist hingegen (vorerst jedenfalls) ziemlich sicher vom Tisch.

Donald Trumps Wahl und die globalen Geldmärkte

Während sich die Kapitalzuflüsse in die Schwellen- und Entwicklungsländern im Jahr 2016 zwar generell erholt haben, hat der rasche Anstieg von US-Anleiherenditen und die Aufwertung des US-Dollar nach den US-Wahlen Ende 2016 wieder zu einer plötzlichen Verschärfung der Finanzierungsbedingungen für diese Staaten geführt. In einigen Fällen hat diese Verschärfung bereits zu erheblichen Währungsabwertungen und Kapitalabflüssen geführt bzw. die Emission von Anleihen verlangsamt. Der plötzliche Anstieg von US-Renditen spiegelt die langfristigen Inflationserwartungen und Aussichten auf eine schnellere Normalisierung der US-Geldpolitik wider.

Die Europäische Zentralbank und die Bank of Japan setzen gleichzeitig auf eine expansive Geldpolitik. So waren Ende 2016 fünfjährige Anleihen von Volkswirtschaften, die insgesamt fast 20 Prozent des weltweiten BIP darstellen, immer noch negativ. Da gleichzeitig die Wirkung der derzeitigen Fiskalpolitik im Euroraum für das kommende Jahr allgemein als neutral eingeschätzt wird, hat die Europäische Kommission eine expansivere Haltung empfohlen, da dies zu einem schnelleren Schließen der Ausgabenlücke führen und wieder Raum für eine Geldpolitik schaffen würde.



Renditeentwicklung 10-jähriger Regierungsanleihen (Quelle: Thomson Reuters/OECD)

Industriestaaten

Wie bereits erwähnt haben sich die Aussichten für die wichtigsten Industriestaaten nach einem kleineren Einbruch 2016 zuletzt wieder etwas verbessert. Das Wachstum wird 2017 wieder auf 1,8 Prozent steigen und sich vermutlich auch mittelfristig in etwa auf diesem Wert stabilisieren. Steigende bzw. hohe Staatsverschuldung und Leitzinsen bei oder in der Nähe von Null verringern weiterhin Möglichkeiten bzw. Wirksamkeit antizyklischer Maßnahmen. Dadurch sind diese Volkswirtschaften anfälliger für interne und externe Risiken. Je länger die expansive Geldpolitik fortgesetzt wird, desto größer ist überdies die Wahrscheinlichkeit, dass Blasen auf Aktien- und Immobilienmärkten entstehen.

In den USA wurde die in den letzten Jahren gegenüber Europa deutlich bessere Wirtschaftsentwicklung 2016 zwar eingebremst, wird 2017 aber mit knapp 2,2 Prozent wiederum besser als die europäische sein. Auch weiterhin und in absehbarer Zukunft ist davon auszugehen, dass die USA zumindest um einen halben Prozentpunkt höhere Steigerungsraten als Europa aufweisen werden. Die für die USA angestellten Prognosen sind angesichts der möglichen Veränderungen in der neuen Regierung jedoch grundsätzlich als sehr unsicher zu bewerten. Der IWF geht derzeit von einem US-Wirtschaftswachstum in Höhe von 2,3 Prozent, die Weltbank von 2,2 Prozent aus. Auf Grund der politischen Unsicherheiten ist dies jedoch nur das mit der höchsten Wahrscheinlichkeit behaftete Szenario. Interessanterweise hatte sich nach der Wahl von Donald Trump zum neuen US-Präsidenten die Einschätzung der Wachstumsperspektiven für die USA nicht nur auf den internationalen Finanzmärkten, sondern auch durch die relevanten internationalen Organisationen deutlich verbessert.

Ein ähnliches Phänomen war zumindest auf den internationalen Finanzmärkten auch nach dem medial und politisch gezeißelten Brexit-Votum zu beobachten. Auch wuchs die britische Wertschöpfung nach dem Brexit-Entscheid robust. Großbritannien verzeichnete in den Monaten nach dem Brexit-Votum Ende Juni 2016 entgegen den meisten Prognosen ein robustes Wachstum. Selbst die stark von Zukunftseinschätzungen bestimmten Bruttoanlageinvestitionen expandierten. Bislang hat der Brexit-Entscheid die Realwirtschaft jedenfalls nicht beeinträchtigt. Auch ein abwertungsbedingter Preisauftrieb kann noch nicht identifiziert werden. Dennoch rechnet die Weltbank, dass die Wachstumswahlen der britischen Wirtschaft auf 1,2 Prozent für 2017 und 1,3 Prozent in den kommenden Jahren zurückgehen wird. Der IWF rechnet

diesbezüglich mit 1,5 Prozent für 2017 und 1,4 Prozent für 2018. Dies ist jeweils etwa 1 Prozentpunkt unterhalb der Vorjahre und etwa auf dem langjährigen Niveau der Euro-Zone.

Für den Euroraum geht die Weltbank für 2017 von einem Wachstum von 1,5 und in den Folgejahren von 1,4 Prozent aus – der IWF von stabilen 1,6 Prozent. Die Erholung des Euroraumes verläuft somit weiterhin schleppend und auf eher niedrigem Niveau. Die Erholung im Euroraum erfolgt dabei wesentlich langsamer als in anderen Industriestaaten nach vergleichbaren systemischen Banken Krisen. Jedenfalls ist laut Weltbank zu erwarten, dass die Wirtschaft des Euroraumes 2017 und in den folgenden Jahren mit etwa 1,5 Prozent wachsen wird. Der IWF geht von 1,6 Prozent aus.

Die Geldpolitik der EZB zeigt inzwischen faktisch keine Wirkung mehr. Auch unter der Annahme, dass die aggressive Geldpolitik der EZB als Reaktion auf die Banken- und Wirtschaftskrise sinnvoll war, ist auch offensichtlich, dass diese dazu beigetragen hat, Reformen aufzuschieben und auch die Idee des Stabilitätspakts in Europa aufzuweichen. Letztere ist inzwischen weitgehend unglaubwürdig. Der staatliche Schuldenstand dürfte bekanntlich nicht mehr als 60 Prozent und das jährliche Haushaltsdefizit nicht mehr als 3 Prozent des BIP betragen. Diese Kriterien hatten das vorrangige Ziel, in der Eurozone die Leistungsfähigkeiten der nationalen Wirtschaftsräume zu harmonisieren und somit für eine wirtschaftliche Stabilität und Solidität der EU zu sorgen. Zuletzt belief sich der öffentliche Schuldenstand im Verhältnis zum BIP im Euroraum insgesamt jedoch auf 91,2 Prozent. Die höchsten Verschuldungsquoten wurden in Griechenland (179,2 Prozent), Italien (135,5 Prozent) und Portugal (131,7 Prozent) verzeichnet, die niedrigsten Quoten in Bulgarien (29,4 Prozent), Luxemburg (22,0 Prozent) und Estland (9,7 Prozent). Auch Österreich hat eine offizielle Staatsverschuldung von etwa 86 Prozent seines BIP, bzw. etwa 300 Mrd. Euro, und liegt damit weit über der Maastricht-Grenze. Noch extremer ist jedoch die Situation, wenn die Gesamtschuldensituation, die auch implizite Belastungen berücksichtigt, betrachtet wird. Dabei werden neben den explizit ausgewiesenen Staatsschulden auch die abschbaren zukünftigen Staatsdefizite sowie die nach geltender Gesetzeslage zwingenden Ausgaben, denen keine Reserven gegenüberstehen, berücksichtigt. Wie die Stiftung Marktwirtschaft zuletzt berechnet hat, beträgt diese Schattenverschuldung in Irland 1064 Prozent des BIP, in Luxemburg 961 Prozent, Spanien 493 Prozent, Belgien 472 Prozent, Slowenien 464 Prozent, Großbritannien 410 Prozent und Finnland 396 Prozent.

Österreich hat nach dieser Berechnung 137 Prozentpunkte implizite Staatsschulden und somit insgesamt eine Gesamtschuldensituation von 223 Prozent des BIP. Eine Besserung dieser Situation ist nicht in Sicht. Langfristig sind sowohl die explizite als auch die implizite Verschuldung potentielle Destabilisierungsfaktoren und haben somit sicherheitspolitische und strategische Bedeutung.

Japan schafft gemäß IWF-Prognose weiterhin ein schwaches Wachstum von 0,8 Prozent. Der private Konsum bleibt schwach und auch die Exporte sind durch die geringe Auslandsnachfrage gedämpft. Die geldpolitischen Maßnahmen der japanischen Zentralbank haben zuletzt auch zu keinen signifikanten Veränderungen geführt. Zentrales Problem Japans bleibt natürlich die schrumpfende und alternde Erwerbsbevölkerung. Japans Wachstum wird deshalb 2018 weiter sinken – vermutlich auf etwa 0,5 Prozent.

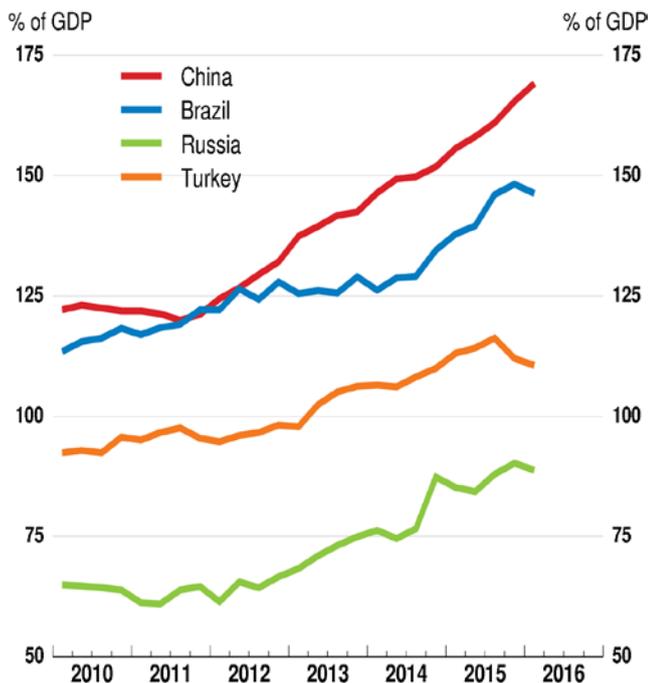
Österreichische Wirtschaftsentwicklung

Die österreichische Wirtschaft ist 2016 auf einen überschaubaren, aber soliden Wachstumskurs zurückgekehrt. Im abgelaufenen Jahr ist die Wirtschaftsleistung laut IHS um 1,4 Prozent, laut WIFO um 1,5 Prozent gewachsen. Dieses Wachstum beruht dabei auf einer robusten Binnenkonjunktur. Der private Konsum hat sich im 2. Halbjahr an das durch die Steuerentlastung Anfang 2016 erhöhte verfügbare Einkommen angepasst. Gestützt von der Steuerreform belebte sich aber nicht nur der private Konsum, sondern auch die Investitionen wurden ausgeweitet. Insbesondere die Ausrüstungsinvestitionen zogen deutlich an. Im Einklang mit der schwachen Entwicklung des Welthandels blieb die Exportkonjunktur hingegen mäßig, während die Importe aufgrund der starken Binnennachfrage merklich zulegten. Das WIFO rechnet dabei jedoch mit einer weiteren Verbesserung der Konjunkturdynamik. Die Konsumschwäche der Vorjahre scheint jedenfalls überwunden zu sein und auch die Exportwirtschaft sollte in den kommenden Jahren von einer Belebung des Welthandels profitieren. Auf dieser Basis rechnen IHS und WIFO für die Jahre 2017 und 2018 mit einem Wirtschaftswachstum von jeweils 1,4 bis 1,5 Prozent. Damit wird die Wirtschaft in Österreich wieder annähernd so schnell wie jene des Euroraums wachsen. Auch die Arbeitsmarktlage stabilisiert sich auf mäßigem Niveau. Aufgrund der Konjunktorentwicklung hat zwar die Beschäftigungsnachfrage 2016 um 1,5 Prozent zugelegt, jedoch reicht diese Beschäftigungsdynamik nicht aus, um den Anstieg des Arbeitskräftepotenzials vollständig aufzunehmen. Vor allem steigt die Zahl der Erwerbspersonen aus dem Ausland und in den nächsten Jahren wird ein verstärkter Zustrom von

Asylberechtigten auf den Arbeitsmarkt erfolgen. Die Arbeitslosenquote betrug daher im Jahresdurchschnitt 2016 laut nationaler Definition knapp 9,1 Prozent bzw. laut Eurostat-Definition 6,1 Prozent. Und obwohl in den nächsten beiden Jahren die Beschäftigung vermutlich um jeweils etwa 1 Prozent steigen wird, ist für die Jahre 2017 und 2018 mit einem Anstieg der Arbeitslosenquote laut nationaler Definition auf 9,5 bzw. 9,6 Prozent und laut Eurostat-Definition auf 6,1 bzw. 6,3 Prozent zu rechnen.

Wachstumsmärkte, regionale Mächte und Schwellenländer

Das Wachstum der rohstoffexportierenden Schwellen- und Entwicklungsländer war 2016 auf magere 0,3 Prozent gesunken und wird 2017 wieder auf 2,3 Prozent steigen. Mittelfristig erwartet die Weltbank einen Anstieg auf ca. 3 Prozent. Die rohstoffimportierenden Schwellen- und Entwicklungsländer entwickelten sich dagegen relativ unabhängig von den Rohstoffpreisen und wuchsen 2016 um 5,6 Prozent. Auf diesem Wert werden sie auch 2017 und in den kommenden Jahren verharren.



Verschuldung nationaler Unternehmen (Quelle: BIS/OECD)

Unter den wichtigsten Schwellenländern wird China nach den Prognosen der Weltbank und des IWF 2017 voraussichtlich um 6,5 Prozent wachsen. 2015 waren es knapp 6,9 und 2016 noch 6,7 Prozent gewesen. Weiterhin ist dabei eine von Strukturreformen begleitete geordnete Verlangsamung des Wachstums zu erwarten. Trotz zurückgehender Auslandsnachfrage, schwächeren

privaten Investitionen und Überkapazitäten in einigen Sektoren wird vor allem die innerchinesische Nachfrage das nationale Wirtschaftswachstum unterstützen. China setzt zusehends auch darauf, die Wertschöpfung innerhalb des Landes zu vergrößern. Daher werden Zulieferteile zunehmend innerhalb des Landes nachgefragt, während der Wert der importierten Waren nach China erstmals seit 1990 gesunken ist. China schafft es überdies, die deutliche Verlangsamung der industriellen Wirtschaftsaktivität vor allem durch den kontinuierlichen Ausbau des Dienstleistungssektors abzufedern. Inzwischen entfallen bereits 50 Prozent des BIP auf letzteren. Der Dienstleistungssektor ist auch für die Mehrheit neuer städtischer Arbeitsplätze verantwortlich. Dies trug zu einer Entlastung des durch Kündigungen im industriellen Sektor belasteten Arbeitsmarktes bei. Außerdem bleibt das Konsumwachstum robust. Der IWF problematisiert jedoch die Abhängigkeit von politischen Stimulierungsmaßnahmen sowie die anhaltenden Probleme mit Unternehmensschulden. Insbesondere Budgetbeschränkungen von staatlichen Unternehmen erhöhen das Risiko einer stärkeren Abkühlung oder einer plötzlichen und unkontrollierten Anpassung. Diese Risiken könnten sich durch einen Kapitalabfluss vor allem in einer unruhigen äußeren Umgebung verschärfen.

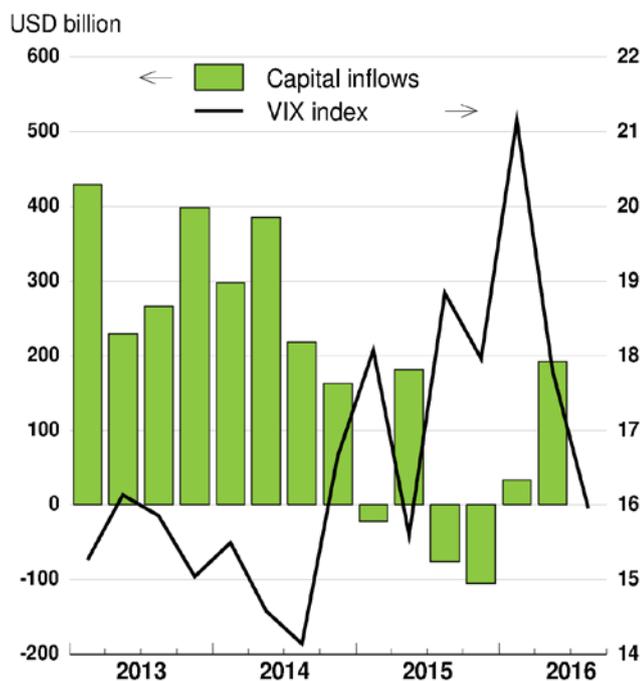
Das Wachstum in der Ostasien-Pazifik-Region (ohne China gerechnet) wird 2017 voraussichtlich 5 Prozent betragen. Verantwortlich für die Erholung des Wachstums auf den langjährigen Durchschnitt sind vor allem die Rohstoff-Exporteure. Das Wachstum der Rohstoffimporteure wird gleichzeitig weitgehend stabil bleiben. In Thailand wird sich das Wachstum auf 3,2 Prozent, in Indonesien dank höherer privater Investitionen voraussichtlich auf 5,3 Prozent und in Malaysia voraussichtlich auf 4,3 Prozent erhöhen.

In Südasien wird sich 2017 das Wachstum voraussichtlich auf 7,1 Prozent steigern. Die meisten südasiatischen Volkswirtschaften profitieren von robustem privatem und öffentlichem Konsum, Infrastrukturinvestitionen und einer Erholung bei den privaten Investitionen. Die Inlandsnachfrage bleibt weiter die Haupttreiberin des Wachstums. Indien, die größte Volkswirtschaft der Region, zeigt ebenso wie Pakistan und Bangladesch dabei weiter positive Entwicklungen. Indiens robuste Wachstumszahlen werden sich auf 7,6 Prozent steigern. Grund dafür sind erfolgreiche Reformen zur Überwindung von inländischen Versorgungsengpässen und die Steigerung der Produktivität.

Russland wird sich aus der Rezession der letzten beiden Jahre befreien. Im Vergleich zum Vorjahr (-0,6 Prozent) wird sich das Wachstum auf 1,5 Prozent steigern. Vor

allein die steigenden Rohstoffpreise ermöglichen es Russland, zu diesem moderaten Wachstum zurückkehren. Davon ausgehend, dass die Ölpreise in den nächsten Jahren nicht wieder exzessive Werte erreichen werden, wird mittelfristig das russische Wachstum aber unter dem Vorkrisenniveau von damals durchschnittlich 4,1 Prozent verbleiben. Die leichte Erholung in Russland heben auch die Wachstumsprognosen für Osteuropa und Zentralasien von 0,5 Prozent 2015 und 1,2 Prozent 2016 auf 2,4 Prozent im Jahr 2017.

Auch die ukrainische Wirtschaft wuchs 2016 erstmals nach Beginn der Krise wieder um 1 Prozent. Dies reflektiert eine leichte Entspannung des Konflikts im Osten der Ukraine sowie die Resultate erster positiver Reformauswirkungen, die darauf abzielen, die Wirtschaft zu stabilisieren und Ungleichgewichte zu reduzieren. Die zweite Überprüfung des IWF-Programms wurde im September 2016 genehmigt. Dies ermöglichte die Freigabe weiterer, bereits zuvor zugesagter Hilfgelder. Im zweiten Halbjahr 2016 blieb die Inflation immerhin unter 15 Prozent und der Wechselkurs konnte sich im letzten Quartal stabilisieren.



Kapitalzuflüsse und deren Volatilität in Entwicklungs- und Schwellenländern (Quelle: Bloomberg; IWF, Thomson Reuters /OECD)

Brasilien schafft es 2017 ebenfalls aus der Rezession. Nach einem deutlichen Minus von 3,4 Prozent im Jahr 2016 wird es 2017 um etwa 0,5 Prozentpunkte wachsen. Mittelfristig wird es sich bis 2019 wieder auf etwa 2 Prozent Wachstum steigern. Die Schwäche der regional-dominanten Volkswirtschaft führt auch zu statistisch

schwachen Wachstumsraten für ganz Lateinamerika von nur 1,2 Prozent. Positiv wirken sich dabei die stabilisierten Rohstoffpreise aus, die den regionalen Rohstoffexporteuren verbesserte Rahmenbedingungen und höhere Steuer- und Exporteinnahmen ermöglichen. Politische Unsicherheit in den Vereinigten Staaten und gedämpftes Wachstum wichtiger Handelspartner wird 2017 die lateinamerikanische Wirtschaft belasten. Südamerika erwartet nach einer Rezession von 2,8 Prozent im Vorjahr in diesem Jahr ein schwaches Wachstum von 0,8 Prozent. Mexiko und Zentralamerika werden 2017 voraussichtlich nur um 2,1 Prozent wachsen. Ein geringerer Aufwand für die Haushaltskonsolidierung und höhere Investitionen dürften das Wachstum in Argentinien unterstützen, das 2017 um etwa 2,7 Prozent wachsen wird. Venezuela wird hingegen nach wie vor unter den schweren wirtschaftlichen Ungleichgewichten leiden und dieses Jahr voraussichtlich um 4,3 Prozent schrumpfen. Das Wachstum in den karibischen Ländern dürfte hingegen mit 3,1 Prozent weitgehend stabil sein. Die zukünftigen Handelsbeziehungen zu den USA stellen für die weitere Entwicklung Lateinamerikas die größte Unsicherheit dar.

Das Wachstum im Nahen Osten und Nordafrika wird 2017 voraussichtlich 3,1 Prozent betragen. Die Prognose basiert auf einem zu erwartenden Anstieg der Ölpreise auf durchschnittlich 55 US-Dollar pro Barrel für dieses Jahr. Die moderaten Ölpreise erlauben Saudi-Arabien jedoch nur 1,6 Prozent Wachstum, während sich der Iran im Anschluss an die Aufhebung der Sanktionen mit 5,2 Prozent doch deutlich erholt. Mittelfristig sind für den Iran Wachstumsraten zwischen 4,5 und 5 Prozent zu erwarten. Der Aufschwung der Ölpreise in den kommenden Jahren wird voraussichtlich eine Erholung der regionalen Entwicklung mittelfristig um 3,5 Prozent erlauben.

Das Wachstum in Afrika südlich der Sahara wird sich voraussichtlich auf 2,9 Prozent im Jahr 2017 verbessern, nachdem dieses 2016 auf 1,5 Prozent gefallen war. Die Steigerungsrate von 2,9 Prozent ist jedoch kaum höher als das Bevölkerungswachstum. Hauptgrund für die Wirtschaftsprobleme auch der relevantesten afrikanischen Volkswirtschaften waren und sind die niedrigen Rohstoffpreise. Südafrika wird daher 2017 auch weiterhin nur moderat um 1,1 Prozent, Nigeria um 1 Prozent und Angola um 1,2 Prozent wachsen.

(Daten: IWF, Weltbank, OECD, Europäische Kommission, Eurostat, Statistik Austria, WIFO, IHS)

Bildnachweis

S. 5: Foto: Jasper Goslicki, Transparent des Vereins „Arbeit Familie Vaterland“ von Henry Nitzsche, parteiloser Bundestagsabgeordneter, lizenziert unter der Creative-Commons-Lizenz „Namensnennung – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 nicht portier, Quelle: Wikipedia

S. 8: Foto: EUNAVFOR MED operation SOPHIA ITA and DEU MoD visit EUOHQ Rome, lizenziert unter der Creative-Commons-Lizenz Public Domain Mark 1.0, Quelle: Flickr

S. 13: Foto: POTUS Headshot, licensed under the Creative Commons Attribution 3.0 license, Quelle: <http://www.whitehouse.gov>

S.23: Foto: Christian Timmig / HQ AIRCOM Public Affairs Office, Forward Air Controllers provide command and control support to the ground commander - Czech-led Ample Strike 2016 offers realistic, challenging scenarios to train and maintain this critical skill, Quelle: www.ac.nato.int

S.24: Foto: NATO Secretary General attends the European Council, Quelle: www.nato.int

S.46: Foto: SAS Spioenkop during Exercise IBSAMAR V, Quelle: indiannary.nic.in

S.48: Graphik: World trade and GDP growth. Quelle: OECD November 2016 Economic Outlook database. In: OECD Economic Outlook No. 100 vom 28.11.2016, Escaping the Low-Growth Trap? Effective Fiscal Initiatives, Avoiding Trade Pitfalls. Handout for the press, 11. URL: <http://www.oecd.org/eco/outlook/Escaping-the-low-growth-trap-press-handout-summary-of-projections-oecd-economic-outlook-november-2016.pdf> zuletzt eingesehen am: 14.01.2017

S.50: Graphik: 10-year government bond yields. Quelle: Thomson Reuters. In: OECD Economic Outlook No. 100 vom 28.11.2016, Escaping the Low-Growth Trap? Effective Fiscal Initiatives, Avoiding Trade Pitfalls. Handout for the press, 10. URL: <http://www.oecd.org/eco/outlook/Escaping-the-low-growth-trap-press-handout-summary-of-projections-oecd-economic-outlook-november-2016.pdf> zuletzt eingesehen am: 14.01.2017

S.52: Graphik: Corporate debt in key EMEs. Quelle: BIS. In: OECD Economic Outlook No. 100 vom 28.11.2016, Escaping the Low-Growth Trap? Effective Fiscal Initiatives, Avoiding Trade Pitfalls. Handout for the press, 9. URL: <http://www.oecd.org/eco/outlook/Escaping-the-low-growth-trap-press-handout-summary-of-projections-oecd-economic-outlook-november-2016.pdf> zuletzt eingesehen am: 14.01.2017

S.53: Graphik: EME capital inflows and volatility. Quelle: Bloomberg; IMF Balance of Payments Statistics; and Thomson Reuters. In: OECD Economic Outlook No. 100 vom 28.11.2016, Escaping the Low-Growth Trap? Effective Fiscal Initiatives, Avoiding Trade Pitfalls. Handout for the press, 10. URL: <http://www.oecd.org/eco/outlook/Escaping-the-low-growth-trap-press-handout-summary-of-projections-oecd-economic-outlook-november-2016.pdf> zuletzt eingesehen am: 14.01.2017

Autoren

Mag. Dr. Rastislav BÁCHORA, eMA	Russland und der zentralasiatische Raum
Mag. Dr. Gerald BRETTNER-MESSLER	Der indopazifische Raum
Dr. Gerald HAINZL	Afrika südlich der Sahara
Dr. Gunther HAUSER	Europa und die EU
Mag. Herwig JEDLAUCNIK, MBA	Polarisierung als dominanter Faktor strategischer Entwicklungen Schwierige Entwicklung der globalen Ökonomie in unsicheren Zeiten
Dr. Johannes MAERK	Lateinamerika
Dr. Otto NADERER	Die NATO und die transatlantischen Beziehungen
Dr. Walter POSCH	Syrien und die Folgen
Mag. Dr. Felix SCHNEIDER	Weltmacht USA

Institut für Strategie & Sicherheitspolitik (ISS)

Das Institut für Strategie und Sicherheitspolitik wurde 1967/68 als Institut für militärische Grundlagenforschung geschaffen und ist damit das älteste Forschungsinstitut der Landesverteidigungsakademie in Wien. Zum ursprünglichen Auftrag, das moderne Kriegsbild und dessen weitere Entwicklung zu erforschen, militärische Strategien zu vergleichen und den Einfluss der modernen Kriegführung auf die österreichische Landesverteidigung zu untersuchen, kamen inzwischen weitere Bereiche. In die Bereiche Strategie, internationale Sicherheit sowie Militär- und Zeitgeschichte gegliedert, widmen sich die Forscher des Instituts in enger Kooperation mit zivilen und militärischen wissenschaftlichen Institutionen im In- und Ausland der Erforschung aktueller strategischer, sicherheitspolitischer und zeithistorischer Fragen. Die Ergebnisse werden in Form von Publikationen sowie in der Lehre im Ressort und darüber hinaus vermittelt.

Erhalten Sie bereits die regelmäßigen Einladungen zu unseren Vorträgen und Veranstaltungen? Wenn Sie noch nicht auf unserer Verteilerliste stehen, bitten wir um eine kurze Nachricht an wolfgang.gosch@bmlvs.gv.at bzw. um Ihren Anruf unter +43 (0) 50201 10 28301, um Sie in unseren Verteiler aufzunehmen.

ISS: Forschung – Lehre – Meinungsbildung

www.bundesheer.at/iss

